

Werner Onken

# MARKTWIRTSCHAFT OHNE KAPITALISMUS

Von der Akkumulation und  
Konzentration in der Wirtschaft zu ihrer  
Dezentralisierung

**Band 3**

**Online-Version 2019/2020**

**Kapitel 12**

# **Marktwirtschaft ohne Kapitalismus**

## **Von der Akkumulation und Konzentration in der Wirtschaft zu ihrer Dezentralisierung**

Werner Onken

**Kapitel 12** (von 15)

**Orientierungssuche in Zeiten einer  
„neuen Unübersichtlichkeit“ (Habermas) -  
Erste Ansätze einer Neuorientierung der  
Globalisierungskritik in die Richtung einer  
dezentralisierten Marktwirtschaft  
ohne Kapitalismus**

Oldenburg 2019 / 2020

1. Online-Auflage April 2020

© Werner Onken

[https://www.werner-onken.de/  
onken@sozialoekonomie.info](https://www.werner-onken.de/onken@sozialoekonomie.info)

PrePress / Online:  
Rettberg-Gauke Verlags- & Medienservice

## **12 Orientierungssuche in Zeiten einer „neuen Unübersichtlichkeit“ (Habermas) - Erste Ansätze einer Neuorientierung der Globalisierungskritik in die Richtung einer dezentralisierten Marktwirtschaft ohne Kapitalismus**

Seit dem Niedergang des kommunistischen Sowjetimperiums im Herbst 1989 und dem Übergang des chinesischen Kommunismus in einen von der kommunistischen Partei organisierten Kapitalismus und erst recht seit dem Beginn der großen Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise (2008) hätte eine gesellschaftspolitische Schlüsselfrage auf die Tagesordnung gehört, die bislang auch von kritischen Wirtschafts-, Sozial-, Politik- und RechtswissenschaftlerInnen und von der Zivilgesellschaft noch nicht in der notwendigen Deutlichkeit gestellt wird: Was wollen linksliberale und linke KritikerInnen der kapitalistischen Globalisierung, die die sowohl in sozialer als auch in ökologischer Hinsicht zerstörerische Vorherrschaft von multinationalen Konzernen nicht länger hinnehmen wollen, an die Stelle der privatkapitalistischen Macht- statt Marktwirtschaft setzen? Bislang fehlt ihnen ein ordnungspolitisch durchdachtes Gegenmodell eines monopolfreien und offenen Welthandels, mit dem sie sich dem rechtspopulistischen Rückzug in sich abschottende Nationalstaaten wirksam entgegenstellen könnten.

Ohne eine tiefere ordnungs- und gesellschaftspolitische Neuorientierung stürzten sich GlobalisierungskritikerInnen bis zum Aufkommen des Rechtspopulismus vielfach in einen Aktionismus, zum Beispiel in - zweifellos sinnvolle - Kampagnen für eine Tobin-Steuer, gegen eine Privatisierung des Wassers oder gegen sog. Freihandelsabkommen wie MAI oder TTIP, CETA & Co. Dabei argumentierten sie häufig undifferenziert gegen ‚den Marktfundamentalismus‘ oder gegen die ‚Markthodoxie‘. Wenn sie aber die privatwirtschaftliche Konzentration des Kapitals in Megakonzernen nicht mehr wie die früheren Theoretiker des ‚Organisierten Kapitalismus‘ steigern und in staatlichen Händen ‚vollenden‘ wollen und wenn sie sich auch nicht mit einer halbherzigen Rückkehr vom angelsächsischen in einen rheinischen Kapitalismus begnügen wollen, dann bleibt als Alternative zu einem Rückfall in den nationalistischen Handelsprotektionismus nur noch die Suche nach Wegen in eine nachkapitalistische Marktwirtschaft mit einem offenen Welthandel zwischen dezentralisierten kleineren und mittleren Unternehmen, der nicht mehr von der Marktmacht großer multinationaler Konzerne beherrscht wird. Dafür bedarf es einer konstruktiv-kritischen Rückbesinnung auf einige bislang gering geschätzte Denkrichtungen und deren Zusammenführung zu einer freiheitlichen und zugleich gerechten Alternative zum globalisierten Kapitalismus. Es sind dies

- a) die von Marx & Engels tragischer Weise als kleinbürgerlich verhöhnten Ideen des englischen und französischen Frühsozialismus sowie von Proudhon und Mill,
- b) die von ihren Epigonen ebenso wie von bürgerlichen Ökonomen bekämpften Denkansätze der Bodenrechts- und Geldreformer,

c) der von Böhm, Eucken, Röpke und Rüstow entwickelte frühe Ordoliberalismus mit seiner Vision eines von Monopolen freien vollständigen Wettbewerbs, der von seiner kapitalistisch-sozialdarwinistischen Perversion geläutert, aber hinsichtlich des Umgangs mit den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen noch nicht zu Ende gedacht war, und

d) die ebenfalls in ökonomischer und politischer Hinsicht noch unzureichenden Vorstellungen von Kohr, Schumacher und Illich über eine gemäß dem Leitbild „Small is beautiful“ umgestaltete Wirtschaft und Gesellschaft.

Diese Rückbesinnung und Neuorientierung kann freilich nur gelingen, wenn wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche KritikerInnen des globalen Kapitalismus erkennen, dass sich ihr Kampf gegen den radikalen Marktfundamentalismus bislang gegen ein falsches Feindbild richtete. Was sie als ‚Markt‘ bekämpften, ist gar nicht der Markt als solcher, sondern geradezu sein Gegenteil, nämlich die im Fundamentalismus des kapitalistischen Geldes wurzelnde Beschränkung des Wettbewerbs durch marktbeherrschende Mono- und Oligopole.

In die große Richtung der zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten entstandenen, noch unverbundenen, aber dennoch miteinander kombinierbaren Ansätze zur Unterscheidung von Marktwirtschaft und Kapitalismus wiesen auch die Resultate der historisch-sozialwissenschaftlichen Forschungen der beiden französischen Historiker Fernand Braudel und Immanuel Wallerstein.

## **12.1 Historisch-sozialwissenschaftliche Bestandsaufnahmen von Fernand Braudel und Immanuel Wallerstein**

Fernand Braudel (1902-1985), der neben Georges Duby, George Lefèbvre und Jacques Le Goff zu der von Lucien Febvre begründeten sog. Annales-Schule gehörte, kam ohne die Kenntnis der diversen Bodenrechts- und Geldreformansätze oder des Ordoliberalismus in zahlreichen Einzelstudien über die Wirtschaftsgeschichte des Mittelmeerraums zu dem Gesamteindruck, dass zwischen der „eigentlichen Marktwirtschaft“ und der kapitalistisch deformierten Marktwirtschaft unterschieden werden müsse. „Man könnte sagen, dass sich die Ökonomie der gesamten Welt wie eine Abfolge von Höhenunterschieden auf einer Reliefkarte darstellen lässt.“<sup>1</sup> Als untere Ebene der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Menschen betrachtete Braudel überschaubare lokale und regionale Märkte als „Verbindungsglied zwischen Produktion und Konsumtion. ... Der Markt einer Kleinstadt bietet ein gutes Beispiel für diesen ‚transparenten‘ Austausch, der nichts Überraschendes hat, bei dem jede Partei schon im Voraus die Regeln und den Ausgang kennt und die stets bescheidenen Profite ungefähr einkalkulieren kann.“ Dank des weitgehend unbehinderten Wettbewerbs halten sich alle lokalen und regionalen wirtschaftlichen Kräfte im Großen und Ganzen in einem Gleichgewicht.

---

<sup>1</sup> Fernand Braudel (1986), S. 36 - 37.

„Bis ins 19. Jahrhundert hinein bildete ... die Marktwirtschaft ... nur eine mehr oder weniger dicke und resistente - manchmal jedoch auch sehr dünne - Schicht zwischen dem unter ihr liegenden Ozean des Alltagslebens und den Entstehungsprozessen des Kapitalismus, die sie mehr als einmal von oben her beeinflussten.“<sup>2</sup>

Über dieser auch schon von Polanyi beschriebenen vormodernen Marktwirtschaft begann sich seit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert der Kapitalismus in unterschiedlichen Höhen zu erheben. Im Kapitalismus kamen internationale statt lokale und regionale Märkte zur Vorherrschaft, die zudem stark monopolisiert waren, den Wettbewerb einschränkten und hohe Profite ermöglichten. „Diese hohen Profite führten zur Akkumulation beträchtlichen Kapitals, zumal sich der Fernhandel in den Händen einiger weniger Personen befand.“ Bezeichnenderweise wurde gerade der Fernhandel zum Nährboden für die Entstehung großer anonymer Aktiengesellschaften. „Der Kapitalismus braucht eine Hierarchie. ... Demgegenüber verteilte sich der örtliche Handel auf eine Vielzahl von Beteiligten.“<sup>3</sup>

Braudels Unterscheidung zwischen lokalen und regionalen Märkten einerseits und kapitalistischen Weltmärkten andererseits erinnerte an Aristoteles' Unterscheidung zwischen der „natürlichen Erwerbskunst“ und der „Chrematistik“. Allerdings nahm Braudel nicht wie Aristoteles auch den in sich widersprüchlichen Doppelcharakter des Geldes in den Blick. Zusammenfassend charakterisierte er „zwei Typen von Austausch: Der eine ist alltäglich und basiert auf Konkurrenz, weil er einigermaßen transparent ist; der andere - die höhere Form - ist komplex und an Herrschaft orientiert. ... nicht im ersten, sondern im zweiten Typus liegt die Sphäre des Kapitalismus.“ Da in der Hoffnung auf eine Überwindung des Kapitalismus immer und immer wieder die Marktwirtschaft als solche attackiert wurde, stellte Braudel dieser undifferenzierten Sozialkritik die mahnende Frage entgegen: „Wie kann man vergessen, dass der Markt immer wieder umgangen oder verfälscht und die Preise willkürlich durch faktische oder gesetzlich verordnete Monopole diktiert worden sind?“<sup>4</sup>

Die von ihm selbst als „Problem der Probleme“ bezeichnete Frage „Soll die Hierarchie, die Abhängigkeit eines Menschen von einem anderen Menschen, zerstört werden?“ ließ Braudel am Ende offen. Jean-Paul Sartre habe sie 1968 bejaht. „Aber ist so etwas überhaupt möglich?“<sup>5</sup> Ja - es könnte möglich sein - sogar auf eine nicht zerstörerische Weise - , wenn im Sinne von Braudels Vergleich mit einer Reliefkarte die kapitalistischen Berge mit Hilfe der von Bodenrechts- und Geldreformern sowie von Ordoliberalen vorgedachten und weiterentwickelten Werkzeuge nach und nach abgetragen würden, d.h. wenn dieses abgetragene

---

<sup>2</sup> Fernand Braudel (1986), S. 43 und 50.

<sup>3</sup> Fernand Braudel (1986), S. 53 und 68.

<sup>4</sup> Fernand Braudel (1986), S. 45, 58 und 98.

<sup>5</sup> Fernand Braudel (1986), S. 69.

Werkzeuge nach und nach abgetragen würden, d.h. wenn dieses abgetragene ‚Material‘ nach und nach gleichmäßig über die ganze Ebene verteilt würde und wenn, um im Bild zu bleiben, Berge und Täler ausgeglichen würden. Damit würde die Hierarchie zwischen den Menschen durch ihre soziale Gleichheit ersetzt und die Abhängigkeit von Personen und Sachen würde in eine bloße gegenseitige Abhängigkeit von Sachen übergehen. -

In diese Richtung wiesen auch die Forschungsergebnisse von Braudels Schüler Immanuel Wallerstein (1930-2019), der im Anschluss an eine kritische Auseinandersetzung mit der Kolonialherrschaft europäischer Staaten in Afrika eine globalisierungskritische „Weltsystemanalyse“ begründete. Ihr zufolge besteht das auf dem „Primat endloser Kapitalakkumulation“ basierende „moderne Weltsystem“ seit dem „langen 16. Jahrhundert“. Wallerstein nahm an, dass dieses Weltsystem nicht dauerhaft fortbestehen könne, weil „die Konkurrenz ... dem Erzielen großer Profite“, welche seine Existenz sichern, „abträglich ist“. Könnte er hierbei vielleicht an das von Marx formulierte „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitraten“ gedacht haben? Im Laufe einer chaotischen Übergangszeit würden jedenfalls „neue Ordnungssysteme“ entstehen. Ohne anzudeuten, wie sich „der Primat endloser Kapitalakkumulation eliminieren“ ließe, erwartete Wallerstein ganz im Sinne des Ordoliberalismus und der „Small is Beautiful“-Bewegung die Entstehung einer „großen Vielfalt hinsichtlich der Größe wirtschaftlicher Unternehmen. ... Zweifellos würde es weniger gigantische und mehr mittlere Strukturen geben statt der unaufhörlichen Vergötzung der Vergrößerung.“ Als „erstes strukturelles Element“ eines nachkapitalistischen Wirtschaftssystems würden „dezentralisierte gemeinnützige Betriebe als Grundlage für den Produktionsmodus innerhalb dieses neuen Systems“ entstehen. Wallerstein fragte sich auch, wie die Vorgänge in den „vielfältigen gemeinnützigen Produktionsbetrieben“ aufeinander abgestimmt werden könnten. „Vielleicht ... durch den Markt“, aber keinesfalls durch „den monopolistisch kontrollierten Weltmarkt, den wir im augenblicklichen System haben“. Ähnlich wie Braudel unterschied er den bestehenden monopolkapitalistisch vermacheten Markt von einem noch herzustellenen „wirklichen Markt“, der eine Regulierung benötige - aber nicht in Form einer staatlichen Zentralverwaltung oder Globalsteuerung. „Behörden, die sich mit der Produktionsplanung befassen, braucht es nicht zu geben.“ Stattdessen gingen Wallersteins Überlegungen in die ihm nicht näher bekannte Richtung einer ordoliberalen rechtsstaatlichen Rahmenordnung, die „vielleicht so etwas wie Verkehrsampeln an einer viel befahrenen Straße“ aufstellt. „Die Regulierung könnte sich darauf beschränken, Betrug zu bekämpfen, den Informationsfluss zu verbessern und bei Über- oder Unterproduktion Warnsignale zu senden.“<sup>6</sup> Zusätzlich zu Ampeln und Detailregeln wäre jedoch auch eine Gesamtordnung des Verkehrs vonnöten.

---

<sup>6</sup> Immanuel Wallerstein (2002), S. 15 - 17, 41 - 44, 73 und 81 - 87.

## 12.2 Nach 200 Jahren des kapitalistischen „Weltsystems“ (Wallerstein) und nach mehr als 40 Jahren seiner völligen Liberalisierung und Deregulierung

Die erste „große Transformation“ (Karl Polanyi) von traditionellen feudalen Agrargesellschaften in moderne kapitalistische Industriegesellschaften führte gleichsam zu einem extrem hohen Anstieg im „Relief“ der bisherigen Menschheitsgeschichte (Fernand Braudel), den der Naturwissenschaftler und Systemforscher Frederic Vester (1925-2003) grafisch veranschaulichte:

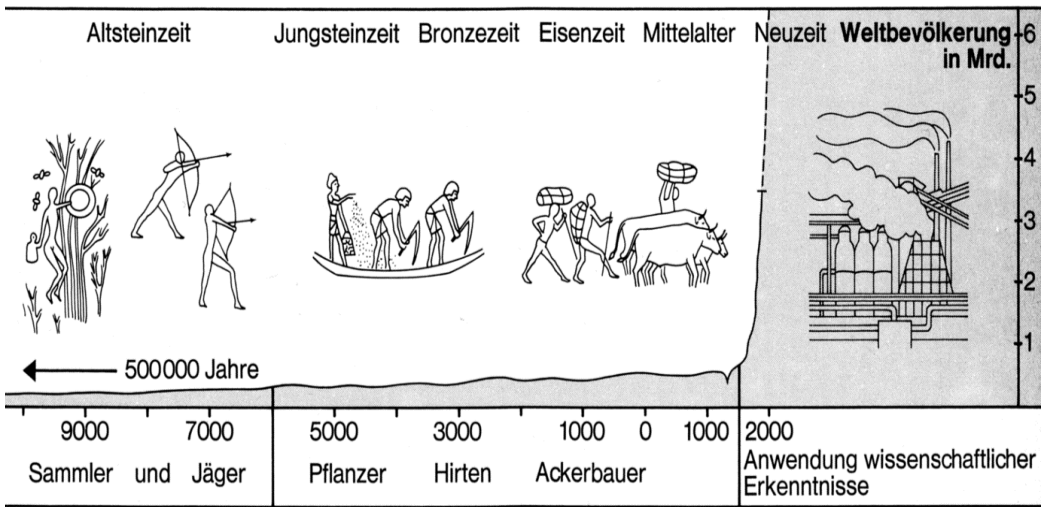


Abb.: Wachstumskurve der Menschheit

aus: Frederic Vester, Das kybernetische Zeitalter – Neue Dimensionen des Denkens, Frankfurt/M. 1974, S. 309.

Dieser große Sprung der Menschheit aus ihrer bis dahin mehr oder weniger stationären, nur zeitweise von einigen antiken Hochkulturen unterbrochenen Entwicklung beruhte offenbar nicht nur auf dem Übergang zu einer stärkeren Arbeitsteilung und auf der Ausbreitung von Märkten, wie es der klassische Liberalismus postulierte. Eine durchaus differenzierte Arbeitsteilung und lokale bzw. regionale Märkte mit sogar weltweiten Handelswegen wie zum Beispiel der Seidenstraße gab es auch schon vorher. Vielmehr beruhte dieser große Sprung auf einer besonderen Akkumulations- und Konzentrationskraft des Geldes, die das sich zeitweise mit exponentiellen Zuwachsraten akkumulierende und konzentrierende Geld bzw. Geldkapital auf den Gipfel der wirtschaftlichen „Relieffkarte“ (Braudel) katalysierte. Und er beruhte auf einem Eigentumsrecht, das ihm die menschliche Arbeitskraft und die natürlichen Ressourcen verfügbar machte.

Einerseits vollzog der klassische Liberalismus den großen historischen Fortschritt von der sozialen und politischen Hierarchie in traditionell-agrarischen Feudalgesellschaften zu einer modernen, mehr egalitären Gesellschaft freier und gleicher Bürger. Jedoch legte er tragischer Weise auch den Grundstein für eine kapitalistische Fehlentwicklung der angestrebten egalitär-bürgerlichen Marktgesellschaft zu einer neuen sozialen Hierarchie, indem er

a) über die eigendynamische Akkumulations- und Konzentrationskraft des Geldes bzw. Geldkapitals und die gleichermaßen problematische Möglichkeit der privaten Aneignung der natürlichen Lebensgrundlagen aller Menschen hinweg sah, und indem er

b) die drei Produktionsfaktoren in ihren real existierenden Gestalten der lohnabhängigen Arbeit, des konzentrierten Geld- und Realkapitals und des ebenfalls sehr ungleich verteilten Bodeneigentums als selbstverständlich und unabänderlich hinnahm und indem er dementsprechend den Arbeitslohn, den Kapitalzins und die Bodenrente als die gleichermaßen ‚natürlichen‘ „drei Urquellen eines jeden Einkommens wie eines jeden Tauschwertes“ rechtfertigte.<sup>7</sup>

Damit war der Zug in die Moderne schon wirtschaftlich entgleist, noch bevor er überhaupt an Fahrt aufgenommen hatte. Statt dass die alte feudale Ständegesellschaft in ein republikanisch-demokratisches Gemeinwesen mit einem in sich homogenen „Dritten Stand“ (Emmanuel Sièyes) aus wirtschaftlich selbstständigen Bürgern überging, nahm auch die bürgerlich-kapitalistische Industriegesellschaft analog zur feudalen Pyramide die Form einer Pyramide an. An ihre Spitze setzte sich die Großbourgeoisie aus Industriellen, Finanziers, Kaufleuten Beamten und Militärs, die fortan über die mittleren ‚kleinbürgerlichen‘ Schichten und über das Industrieproletariat einschließlich der industriellen Reservearmee herrschte. Während der feudale Adel entweder in der Großbourgeoisie aufging oder verarmte und in die mittleren und unteren Schichten herabsank, verbanden sich die Kirchen mit allen Schichten der Gesellschaften - politisch und wirtschaftlich mit den oberen und theologisch als „Option für die Armen“ mehr mit den mittleren und unteren Schichten.

Die soziale Ungleichheit hatte sich schon von Anfang an unbemerkt in das klassisch-liberale Ziel einer egalitären Bürgergesellschaft eingeschlichen, und zwar in Gestalt von hierarchisch organisierten Unternehmen. Nach den Vorstellungen von Adam Smith gehörten sie wie selbstverständlich jeweils einem privaten Unternehmer, der seinerseits jeweils etwa 20 lohnabhängige Arbeiter beschäftigte.<sup>8</sup> Während die englischen und französischen Frühsozialisten sowie Mill und Proudhon noch die Hoffnung hatten, dass sich die Fehlentwicklung der bürgerlichen Gesellschaft zur bürgerlich-kapitalistischen Hierarchie noch korrigieren und die kapitalistische Klassengesellschaft sich durch soziales Unternehmertum und vor allem durch Genossenschaften in eine nachkapitalistische Bürgergesellschaft von

---

<sup>7</sup> Adam Smith (1776/1978), S. 46 - 49.

<sup>8</sup> Adam Smith (1776/1978), S. 57.

Freien und Gleichen umwandeln ließe, postulierten Marx & Engels als vermeintliche Vollender des Humanismus eine nur scheinbar klassenlose Gesellschaft, die in Wirklichkeit die hierarchische Struktur der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft beibehielt. Sie übertrug sie auf die sozialistische Produktionsweise, indem sie die (Groß-)Bourgeoisie gewaltsam gegen eine Schicht von kommunistischen Funktionären austauschte, welche fortan die Arbeiter und Bauern beherrschten.

Die vom Ansatz her egalitäre, aber de facto doch in sich hierarchisch geschichtete und sich zugleich mit einer noch nie dagewesenen Geschwindigkeit entwickelnde bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft verlor im Laufe des 19. und frühen 20. Jahrhunderts sowohl ihre soziale als auch ihre ökologische Einbettung in die gesamten Lebenszusammenhänge (Karl Polanyi). Und ihre in periodisch wiederkehrenden Krisen sichtbar werdende innere Instabilität steigerte sich schließlich nach den Erschütterungen durch den Ersten Weltkrieg so sehr, dass die labile bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft ihre innere Balance in der großen Weltwirtschaftskrise vollends verlor und in die Gefahr geriet, in totalitäre Herrschaftsformen abzustürzen. Entweder konnte sie Russland folgen, das mehr oder weniger direkt vom Feudalismus zum Kommunismus übergegangen war, oder sie konnte wie in Italien und Spanien, deren kapitalistische Entwicklung den Feudalismus noch nicht überwunden hatte, den Irrweg in den Faschismus einschlagen. Und statt in den Kommunismus stürzte die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft schließlich in Deutschland, das im Westen bereits industriekapitalistisch entwickelt war und im Osten noch agrarfeudalistisch geblieben war, auf tragische Weise in den Abgrund einer barbarischen Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus, in dem die Zivilisation völlig zerbrach.

Auch nach Auschwitz und Hiroshima verharrten die industriell entwickelten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften des Westens und zahlreicher Schwellenländer, die diese Form der Entwicklung später ‚nachholten‘, noch immer in ihrer hierarchischen Schichtung und inneren sozialen Zerklüftung. In Westdeutschland wurde sie nicht vom Ordoliberalismus korrigiert, obwohl dieser mit seinen „konstituierenden Prinzipien“ anfangs noch einige Voraussetzungen für eine dezentralisierte monopolfreie Wettbewerbswirtschaft ohne „Dinosaurier“-Unternehmen und ohne eine gigantomanische Massenproduktion an den Rändern „wachsender Riesenstädte“ mit zu langen Transportwegen schaffen wollte.<sup>9</sup> Aber der Ordoliberalismus hatte noch nicht die strukturelle Sonderstellung des universal liquiden und potentiell hortbaren Geldes erkannt, durch die das Band zwischen Geben und Nehmen sowohl bei Käufen und Verkäufen als auch beim Sparen und Investieren gelockert oder gar ganz zerrissen wurde. Er hatte gewissermaßen den

---

<sup>9</sup> Franz Oppenheimer, *Die soziale Forderung der Stunde* (1919/1996b), S. 104 –107, sowie ders. (1933/1996), S. 155. – Walter Eucken (1952/1960), S. 255 – 269 und 279 – 285. – Wilhelm Röpke (1948b), S. 155 – 174, hier: S. 156 und 162 – 163. Röpke zitierte noch ein Wort Goethes, wonach „wir Menschen sowohl im Erkennen wie auch in allem Praktischen auf ein gewisses Mittleres angewiesen sind“. (S. 172 – Goethe, *Zur Naturwissenschaft und Morphologie* Band 1, Heft 4, S. 368). – Alexander Rüstow (1949), S. 135.

leisen strukturellen ‚Urknall‘ des modernen Kapitalismus nicht vernommen, der fortwährend zur Expansion des kapitalistischen Universums führte. Und er hatte nicht erkannt, dass die Zerstreung der bislang konzentrierten wirtschaftlichen Macht und die Verwirklichung eines funktionsfähigen Preissystems in einer vollständigen Konkurrenz zwischen vielen kleinen und mittleren Betrieben in Landwirtschaft, Industrie, Dienstleistungen und Handel zusätzlich zur Aufhebung der Haftungsbeschränkungen und der Privilegien im Patent- und Markenschutz auch eine Entkapitalisierung des Geldes und der natürlichen Lebensgrundlagen erfordert hätte.

Seitdem ist innerhalb der Ökonomie noch nicht wieder versucht worden, das entgrenzte und gegenüber Menschen und Natur verselbstständigte System des Kapitalismus einzufangen und im Sinne einer Dezentralisierung zu zivilisieren, m.a.W. das „stahlharte Gehäuse“ des Kapitalismus (Max Weber) vorsichtig zu öffnen und den Kurs der mit zunehmender Geschwindigkeit in eine falsche Richtung fahrenden ‚Titanic‘ der fossil basierten kapitalistischen Weltwirtschaft zu korrigieren. Auch hatte die wachstumskritische „Small is beautiful“-Bewegung von Kohn, Schumacher, Illich und anderen ihr gegenüber das Nachsehen, weil ihr eine Vorstellung von den geldwirtschaftlichen Antriebskräften des großen Tankers fehlte.

Mit seiner unheiligen Trinität von Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung öffnete der Neoliberalismus, der sich mittlerweile vollends vom frühen Ordoliberalismus entfernt hatte<sup>10</sup>, seit den 1970er Jahren die Schleusen noch stärker für eine Expansion des extrem ungleichmäßig verteilten Finanzkapitals. Mit Hilfe der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien erlangte es außerdem eine unbehinderte erdumspannende Beweglichkeit. Rund um die Welt konnte sich das Finanzkapital neue rentable Anlagemöglichkeiten verschaffen, indem es die realwirtschaftliche Produktion in ferne Länder mit minimalen Sozial- und Umweltstandards verlagerte. Und parallel zum vermehrten Auftreten von Sättigungs- und Stagnationsphänomenen in den ‚entwickelten‘ Ländern konnte es auf internationalen Finanzmärkten gleichsam in virtuelle Stratosphären ausweichen, wo sich unter Inkaufnahme von immer größeren Risiken noch Renditen mit komplexen „toxischen“ Finanzinnovationen erzielen ließen.<sup>11</sup>

Unter der Vorherrschaft der entgrenzten Finanzmärkte nahmen die monopolkapitalistische Vermachtung der realwirtschaftlichen (Welt-)Märkte und die Perversion des Leistungswettbewerbs zu einem sozialdarwinistischen Verdrängungswettbewerb noch nie dagewesene Ausmaße an. Im Kampf um Marktanteile gerieten kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) ins Hintertreffen gegenüber der

---

<sup>10</sup> Vgl. Ralf Ptak, Grundlagen des Neoliberalismus, in: Christoph Butterwegge, Bettina Löscher, Ralf Ptak Hrsg. (2008), S. 13 – 86. Dieses Buch ist streckenweise sehr instruktiv. Es beachtet aber den Gegensatz zwischen dem Ordo- und dem Neoliberalismus nicht genügend deutlich, so dass es letztlich Ressentiments gegen den Liberalismus als solchen weckt.

<sup>11</sup> Zur Deutung der Finanzinnovationen als modernen Formen der klassischen Geldhortung und Flucht aus der Realwirtschaft vgl. Thomas Betz (2012), S. 25 - 35.

Übermacht der Konzerne.<sup>12</sup> In dieser gesellschaftlichen Schieflage schaffen nur noch wenige Angehörige der mittleren Schichten den Aufstieg nach oben, während vielen der Abstieg nach unten in abhängige Beschäftigungen oder gar in das Prekariat droht. Im Zuge seiner Verselbstständigung drang das Finanzkapital auch noch in realwirtschaftliche Bereiche vor, die ihm bis dahin verschlossen waren: nunmehr gerieten auch ehemals öffentliche Güter wie Wasser, Verkehr, Bildung, Gesundheit und Altersvorsorge in den Sog der Privatisierung.<sup>13</sup>

Weltweit nehmen die Kluft zwischen Reichtum und Armut sowie die hierarchische Schichtung der Gesellschaft zu und die mittleren Schichten, die als Rückgrat einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft unentbehrlich sind, befinden sich vielerorts in einem Prozess ihrer schleichenden Erosion.<sup>14</sup> Nach einer Serie von mehr oder weniger weit reichenden Krisen, die den „finanzgetriebenen Kapitalismus“<sup>15</sup> während der Jahrzehnte seiner neoliberalen Entfesselung in Mexiko, Thailand, Russland, Türkei, Brasilien und Argentinien begleiteten, geriet das gesamte Weltfinanzsystem 2008 schließlich so sehr in eine Schieflage, dass sein Kollaps nur noch mit gigantischen, aus dem Steuern der Allgemeinheit finanzierten Programmen zur Rettung von systemrelevanten Großbanken („too big to fail“) abgewendet werden konnte. „Was 2008 der Welt drohte, war noch schlimmer als 1929“, schrieb der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze 10 Jahre später und beklagte rückblickend, dass angesichts der drohenden Kernschmelze des internationalen Finanzsystems nicht auch die „Systemfrage“ gestellt worden ist - also die Frage nach den tieferen Ursachen der Entstehung systemrelevanter Großbanken und nach den Möglichkeiten ihrer Zerlegung.<sup>16</sup>

Mittlerweile verbinden sich ökonomische und soziale Krisen mit den ökologischen Krisen zu einer sich noch gegenseitig verstärkenden Gesamtkrise. Deren Gefährlichkeit haben weitblickende Wissenschaftler wie Frederic Vester schon während der 1980er Jahre vorausgesehen. Schlaglichtartig führte Vester mit einer Grafik vor Augen, dass sich die Menschheit gegenwärtig an einem historischen Wendepunkt befindet. Demnach sind die ersten Jahrzehnte des dritten Jahrtausends die Zeit einer endgültigen Entscheidung zwischen einer noch weiter fortschreitenden sozialen und ökonomischen Entbettung der Wirtschaft bis zu einer ganz großen Katastrophe oder dem Gelingen einer Kurskorrektur, die von dem sich selbst beschleunigenden kapitalistischen Akkumulations- und Konzentrationsmodus wegführt und eine soziale und ökologische Wiedereinbettung einer

---

<sup>12</sup> Vgl. hierzu Stefania Vitali & James Glattfelder & Stefano Battiston (2011).

<sup>13</sup> Zur Schrumpfung der Mittelschichten vgl. Gerhard Bosch & Thorsten Kalina vom Institut für Arbeit und Qualifikation (2015). - Zur Privatisierung öffentlicher Güter vgl. Werner Rügemer (2008), (2011) und (2012).

<sup>14</sup> Zur sozialen Ungleichheit in Deutschland vgl. Hans Ulrich Wehler (2013). Markus Grabka & Christian Westermeier, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW (2014), S. 151 - 164. - Deutsche Bundesbank (2016), S. 61 - 86. Zur weltweiten sozialen Ungleichheit vgl. World Economic Forum (2014) und Oxfam International (2016).

<sup>15</sup> Elmar Altvater (2009/2010), S. 3 - 12.

<sup>16</sup> Adam Tooze (2018). Vgl. auch Rudolf Hickel (2012a).

dezentralisierten Wirtschaft ermöglicht, in der viele kleine und mittlere Unternehmen sowohl miteinander konkurrieren als auch kooperieren.

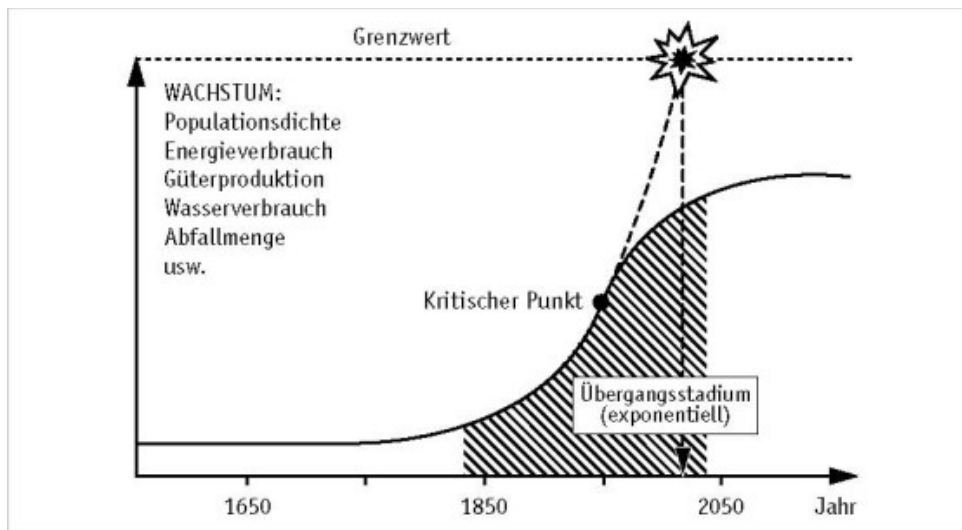


Abb.: Logistische Wachstumskurve und Grenzwertüberschreitung

aus: Frederic Vester, Leitmotiv vernetztes Denken –

Für einen besseren Umgang mit der Welt, München 1988, S. 41.

### 12.3 Der unbewältigte „Geldkomplex“ als „Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts“ (Peter Ulrich)

Unmittelbar vor dem ‚Ausbruch‘ der zweiten großen Weltfinanzkrise, deren Ausmaß auch nach Einschätzung von Barry Eichengreen & Kenneth O’Rourke dramatischer war als das der ersten großen Weltwirtschaftskrise von 1929<sup>17</sup>, hatte der schweizerische Ökonom und Wirtschaftsethiker Peter Ulrich (\*1948) von der Aufgabe der Ökonomie und insbesondere der von ihm selbst maßgeblich mit entwickelten „Integrativen Wirtschaftsethik“ gesprochen, „sich der Herausforderung des Geldkomplexes anzunehmen, auch wenn die real bestehenden Macht- und Interessenstrukturen für einschlägige geistige Innovationen vorerst wenig Raum bieten. ... Neue ‚Finanzprodukte‘ suchen die schnelle Wertsteigerung ohne den langsamen Umweg über real lebensdienliche Investitionen. ... Es ist letztlich der Druck zur Verzinsung, der das Anlage suchende Kapital alle Grenzen, leider oft auch die der Menschlichkeit und der Naturverträglichkeit, sprengen lässt - wenn die zuständige Politik es denn zulässt.“<sup>18</sup>

<sup>17</sup> Barry Eichengreen & Kenneth O’Rourke (2010).

<sup>18</sup> Peter Ulrich (2008), S. 5 - 6 (Druck der Verzinsung, Geldkomplex als unerledigte Kapitalfrage der Ökonomie).

In der Gewissheit, dass es auf die Dauer nicht möglich sein würde, den „Geldkomplex“ der Wirtschaft unbehandelt zu lassen, stellte Ulrich einige „Schlüsselfragen des 21. Jahrhunderts“: „Wo soll das alles hinführen? Die kapitale Frage der real existierenden Marktwirtschaft bleibt die unerledigte ‚Kapitalfrage‘: Ist eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus oder zumindest eine ohne dessen lebenspraktisch problematische ‚Sachzwänge‘ machbar? Soll und kann überhaupt der Zinsmechanismus, der den Leistungswettbewerb verzerrt, eliminiert werden? Wie lässt sich ein für die Koordination komplex-arbeitsteiliger Wirtschaftsprozesse funktionierendes Geld ohne den problematischen ‚Jokervorteil‘ der Lager- und Hortungsfähigkeit definieren? ... Wo wird etwa ‚Geldpolitik‘ nicht nur stabilitätspolitisch, sondern auch in systemkritischer Absicht analysiert? Wo werden die eigentums- und unternehmensrechtlichen Voraussetzungen für die gesellschaftliche Neutralisierung der Kapitalverwertungsmechanismen untersucht? Und wo wird umfassend über die ‚zivilisierende‘ Einbettung einer leistungsfähigen Marktwirtschaft in eine zeitgemäße Gesellschaftsordnung nachgedacht, mitsamt einem postkapitalistischen Eigentumsrecht, das einer voll entfalteten Bürgergesellschaft dienlich wäre?“ Ulrich beklagte die „akademische Heimatlosigkeit ... all dieser epochalen Fragen“ und wies deshalb der „modernen Wirtschaftsethik“ die Aufgabe zu, den „Geldkomplex“ zu bearbeiten.<sup>19</sup>

Trotz des anfänglichen Erschreckens über das gewaltige Ausmaß der Krise auf den internationalen Finanzmärkten und trotz zahlloser Versprechen, für Abhilfe sorgen und die Wiederholung einer solchen Krise verhüten zu wollen, kehrte der Mainstream der Ökonomie bald zu seinem gewohnten Alltag zurück. Und auch die Wirtschaftsethik hat ihre Aufgabe, sich des „Geldkomplexes“ anzunehmen und ihr eine ‚akademische Heimat‘ zu geben, bislang nicht erfüllt. Nur Scherhorn beharrte darauf, dass das Geld dienen statt herrschen müsse, damit die ökonomischen und ökologischen Krisen überwunden werden können. „Das kapitalistische Weltsystem ist auf dem Primat der Kapitalexpansion aufgebaut und treibt deshalb den Prozess der Kommodifikation, der für das Wachstum der Produktion nötigen Verwandlung von Bedürfnissen in Waren, blindlings weiter voran, ohne ihn auf Nachhaltigkeit zu überprüfen. Aber das System stößt heute an seine Grenzen. ... Unter dem Aspekt der nachhaltigen Entwicklung kann man die ... Verlangsamung des Wachstums nur bejahen. Einkommen und Konsum müssen sich in den Entwicklungsländern nach oben, in den Industrieländern nach unten anpassen, um sich weltweit auf einem mittleren Niveau der Ansprüche zu treffen, bei dem die Tragfähigkeit des Planeten Erde nicht überfordert wird.“<sup>20</sup>

---

<sup>19</sup> Peter Ulrich (2008), S. 5 - 6 (akademische Heimatlosigkeit der Schlüsselfragen des 21. Jahrhunderts nach einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, Geld ohne Jokervorteil, postkapitalistisches Eigentumsrecht).

<sup>20</sup> Gerhard Scherhorn (2009), S. 63–64, 71 und 77. - Vgl. auch Hans Georg Nutzinger (2014), S. 154 - 158.

## 12.4 Von Simons' und Fisher's „100%-Money“ zu Hubers „Vollgeld“

Statt die von Ulrich aufgeworfene „epochale Frage“ nach dem „Geldkomplex“ zum Forschungsthema zu machen, hielt der ökonomische Mainstream an seinem ‚business as usual‘ fest. Und selbst die wenigen Vorreiter eines Paradigmenwechsels wie Binswanger und Peukert konzentrierten sich vorerst ganz auf das von Joseph Huber (\*1948) zum „Vollgeld“ weiterentwickelte „100%-Money“ von Simons & Fisher, mit dem auch Eucken sympathisiert hatte.<sup>21</sup>

Ebenso wie die von Gesell ausgegangene Geld- und Bodenrechtsreformbewegung ging Huber von einer Alleinverantwortung des Rechtsstaats für die institutionelle Gestaltung des Geldwesens aus - beide Reformansätze sind damit gleichermaßen skeptisch gegenüber einer von Hayek befürworteten Währungskonkurrenz. Jedoch war Huber von Beginn an auf einen kompromisslosen Konfrontationskurs gegenüber Gesell gegangen, um auf gar keinen Fall in dessen Nähe verortet zu werden. Abgesehen von einigen Differenzierungen in seiner Kritik an Gesell hatte es Huber in seinem Buch „Vollgeld“ (1998) für zweckmäßig gehalten, sich „im Interesse der Akzeptanz“ seines eigenen Reformansatzes „klar von Gesells Lehren zu distanzieren. Dies bedeute nicht, Gesell nachträglich für indiskutabel zu erklären. Man wird ihm in Theorie und politischer Konzeption historisch manches anerkennen.“ Als Beispiel hierfür nannte Huber den 1944 in Bretton Woods gegründeten Internationalen Währungsfonds, obwohl dieser gerade *nicht* gemäß den Grundgedanken von Gesells „Internationaler Valuta-Assoziation“ und Keynes „Bancor“-Plan eingerichtet worden war. „Man kann Gesell heute mit Interesse nachlesen, wie man auch Sorel, Proudhon oder Blanqui nachlesen kann, aber es bleibt dies doch eine Retrospektive, die sich mit den Zukünften von gestern befasst. Heute sind Gesells Fragestellungen nicht mehr aktuell und sie geben keine nützliche Perspektive für die weitere Zukunft.“<sup>22</sup>

Huber verfasste eigens einen ausführlichen Anhang zu seinem Buch „Vollgeld“, um die von ihm postulierte Unvereinbarkeit des Vollgeldes mit der „gekünstelten Konstruktion des Schwundgeldes nach Silvio Gesell“ besonders hervorzuheben. Er unterstellte ihm sogar, dass er sich in seiner widersprüchlichen Haltung zwischen Individualismus, Freiheitsliebe, Weltoffenheit, „Idealismus und Gemeinschaftsfrömmigkeit“ und „sozialrevolutionärer Neoromantik ... auch schon einmal zu völkisch-rassistischen Tönen hinreißen ließ“. Dabei waren solche Töne damals in besonderem Maße gerade bei solchen ‚Geldreformern‘ zu vernehmen, die anders als Gesell wie Wenzel Schober und Josef Schlesinger in Österreich, Gottfried Feder in Deutschland oder Arthur Kitson, Clifford ‚Major‘ Douglas und Frederic Soddy

---

<sup>21</sup> Joseph Huber (1998). - Hans Christoph Binswanger (2008). - Helge Peukert (2013/2015). - Walter Eucken (1952/1960), S. 260. - Zu Verbindungslinien zwischen dem „100%-Money“ und Eucken vgl. Beat Weber (2013), S. 73 – 88.

<sup>22</sup> Joseph Huber (1998), S. 381 - 382.

in England weniger das Geld als vielmehr die Geschäftsbanken oder gar jüdische Bankiers angriffen.<sup>23</sup> Zwar bagatellierte Gesell die Macht von Banken und Unternehmen nicht; aber er griff Bankiers und Unternehmer bzw. Kapitalisten nicht als handelnde Personen an, weil sich deren Verhalten für ihn von der strukturellen Macht des kapitalistischen Geldes ableitete und nicht von persönlichen Eigenschaften der Akteure wie etwa Habsucht oder Geiz.<sup>24</sup> Statt also Gesell zu Unrecht in die Nähe von rechtsextremistischen Ideologien zu rücken, hätte Huber bei seiner Weiterentwicklung von Simons' und Fisher's „100%-Money“ zum „Vollgeld“ stärker auf zweierlei achten können:

- Gerade weil er selbst sich von „völkisch-rassistischen Tönen“ distanzierte, hätte er das Vollgeld auch explizit von ähnlichen Überlegungen zur Verstaatlichung der Geldschöpfung abgrenzen können, die der NS-Ideologe Gottfried Feder schon seit dem Ende des Ersten Weltkriegs propagiert hatte. Da - so Feder - „die Giralgeldschöpfung primär gegenüber der Spargeldansammlung“ sei und „nicht umgekehrt“ und da sie besonders den privaten Großbanken eine Machtstellung gegenüber den Unternehmen verschaffe - Feder meinte damit in erster Linie Großbanken mit jüdischen Eigentümern - , wollte er das Geld- und Kreditwesen verstaatlichen und die Zentralbank sollte zinslose Kredite vergeben.<sup>25</sup>
- Zweitens hätte Huber auch den neoklassischen Hintergrund des „100%-Money“ stärker problematisieren können. Aus der Perspektive der von Simons und Fisher und auch von ihm selbst eingenommenen neoklassischen Zinstheorie konnte „Gesells typisches revolutionär-syndikalistisches Ressentiment gegen Zinsen und private Bodenrenten“ auf ihn nur noch befremdlich wirken. Dementsprechend empfand Huber Gesells „Produktivitätsbegriff ... sozusagen vereinseitigt werktätigenfreundlich und gegen die Kapital-Seite Partei ergreifend“. Abgesehen davon, dass seine Charakterisierung von Gesells Denkweise als „anarchosyndikalistisch“ schlichtweg unzutreffend war, waren auch Hubers Einwände gegen dessen Geldreform und die dazu gehörige „historisch obsoletere Zinslehre“ nicht stichhaltig. „Die dysfunktionale Zurückhaltung von Geld ... stellt ... inzwischen überhaupt kein ernsthaftes Problem mehr dar“ und deshalb würden „künstliche Durchhaltekosten des Geldes“ (Keynes) nur zu einem „tendenziell pathologischen Verströmungszwang“ führen. Bei seinen Vorstellungen von einer exakten Steuerung der Geld-

---

<sup>23</sup> Joseph Huber (1998), S. 25 (gekünstelte Konstruktion des Schwundgeldes) und 383 - 384 (Widersprüche in Gesells gesellschaftspolitische Orientierungen). - Zum Antisemitismus bei österreichischen, deutschen und englischen Geldreformern vgl. Gerhard Senft (1990a), S. 13 - 19; (1995), S. 18 - 32, und (2015), S. 26 - 43.

<sup>24</sup> Vgl. hierzu Werner Onken (2007a), Kap. 3.2. und 3.3; auf der Website [http://www.sozialoekonomie.info/Kritik\\_\\_\\_Antwort/Kritik\\_\\_\\_Antwort\\_3/AKG-3-WO-Antisemitismus-Nachb-/akg-3-wo-antisemitismus-nachb-.HTM](http://www.sozialoekonomie.info/Kritik___Antwort/Kritik___Antwort_3/AKG-3-WO-Antisemitismus-Nachb-/akg-3-wo-antisemitismus-nachb-.HTM) (Zugriff: 25.6.2016). - Vgl. hierzu außerdem Dieter Suhr (1983/2015), S. 13 - 25, bes. S. 18 - 19, sowie Helmut Creutz (1993/2003), S. 83 - 109.

<sup>25</sup> Gottfried Feder (1919/1934), S. 9 - 10, und ders. (1934), S. 54, 81, 301 - 310, 318 (Verstaatlichung des Geld- und Kreditwesens), 323 (Verstaatlichung von Reichsbank und privaten Großbanken) - 326 (Priorität der Giralgeldschöpfung gegenüber der Spargeldansammlung). - Zum sog. „Feder-Geld“ vgl. Franz Haber (1927).

menge habe Gesell „dieselben technokratischen Planungs- und Machbarkeitsillusionen wie die meisten seiner Zeitgenossen“ gehabt. Denselben Einwand hatten in anderen Zusammenhängen auch schon Starbatty und Paul gegen Gesell erhoben. Nach einem sachlich falschen Vergleich des Geldschwunds mit der Inflation stellte Huber schließlich die bloße Behauptung auf: „Eine allgemeine internationale Realisierung des Schwundgeldkonzepts hätte vermutlich zu ähnlichen Verhältnissen geführt, wie man sie in der jüngeren Vergangenheit aus östlichen sozialistischen und westlichen gemischtwirtschaftlich-korporatistischen Nationalökonomien gekannt hat. Aber gerade das will man künftig nicht wiederhaben“ - und würde man mit einer Geld- und Bodenrechtsreform auch nicht bekommen! Übrigens setzte sich Huber mit der Bodenrechtsreform gar nicht erst auseinander, weil er sie von vornherein für eine „überwiegend vergebliche Tradition“ hielt.<sup>26</sup> -

Von Seiten der originären Geldreformbewegung gab es trotz der von Vollgeld-Verfechtern gegen sie eingenommenen Abwehrhaltung schon frühzeitig Überlegungen, das „Freigeld“ und das „Vollgeld“ zu einer „doppelten Geldreform“ (Christopher Mensching<sup>27</sup>) miteinander zu verbinden. Huber blieb jedoch auch in seinem nächsten Buch „Monetäre Modernisierung“ (2010) bei seinem Anspruch, mit dem Vollgeld die allein gültige Variante der Geldreform zu vertreten. Seine „Reform der Geldschöpfung“ würde aber nur erst den Modus der Geldemission verändern, hinsichtlich der inneren kapitalistischen Struktur des Geldes aber alles beim Alten lassen und somit auch die Verteilungsproblematik nicht lösen. Egal, ob man wie „anarchosyndikalistische Zinskritiker nach Proudhon“, Marx oder Major Douglas im Zins einen „Mechanismus der Ausbeutung“ sehe oder ob man „wie der ökonomische Mainstream ... die Sache weiterhin nach Ricardo ... betrachtet: Alle Erlöse speisen alle Arten von Einkommen, d.h. Arbeitseinkommen ebenso wie Zins- und Steuererträge, die alle wieder in verschiedenste Arten von Ausgaben fließen.“ Für Huber stand fest, „dass reale Einkommen aus der realwirtschaftlichen Produktivität fließen. Geld katalysiert die ökonomische Wertschöpfung, schafft selbst aber keinen Wert.“ In der vormodernen „stationären Wirtschaft“ konnten Huber zufolge „tributäre Zahlungen wie Steuern, Pachten und Zinsen aufgrund der durch sie stattfindenden Umverteilung von den Zahlungspflichtigen zu den Begünstigten soziale Verwerfungen hervorrufen.“ Verständlich sei daher, dass der Zins „in traditionellen Kulturen ... als Wucher moralisch verachtet“ wurde und dass versucht wurde, ihn mit Höchstsätzen zu begrenzen oder gar ganz zu verbieten. Die „hergebrachte antikapitalistische Zinskritik ... war schon immer fundamentalreligiöser

---

<sup>26</sup> Joseph Huber (1998), S. 381 (Bodenrechtsreform), 385 (einseitige Parteinahme für Werktätige und gegen das Kapital, Anarchosyndikalismus), 390 - 393 (Geldzurückhaltung kein Problem, obsoleter Zinstheorie und Geldreform als Verströmungszwang), 396 (Geldmengensteuerung) und 400 (östlich sozialistische und westlich gemischtwirtschaftlich-korporatistische Nationalökonomien).

<sup>27</sup> Helmut Creutz (2002), S. 14 - 19. - Christopher Mensching (2005), S. 33 - 38. Außerdem erhielt das Vollgeld auch von Seiten der Freigeldbewegung eine Unterstützung, indem diese eine deutsche Übersetzung von Irving Fisher's „100%-Money“ (2007) und das Buch „Geldschöpfung in öffentlicher Hand“ von Huber & Robertson (2008) publizierte.

Herkunft.“ Dies habe sich erst mit dem Beginn der Neuzeit durch die Reformation geändert, vor allem durch ihre calvinistische Variante. „Fernhandel und industrielle Produktion benötigten kreditierte Vorfinanzierung in großem Stil und machten diese umgekehrt in großem Stil erst möglich. Kapitalismus und industrielles Wachstum sind sich gegenseitig dienlich gewesen. ... Von daher relativiert sich die Zinsproblematik, solange eine Wachstumsdynamik und ein hohes Produktivitätsniveau vorherrschen. ... Einkommenszuwächse mildern die Einkommensumverteilung durch Zins.“ Unter diesen Umständen war für Huber „nicht erkennbar, wie eine Finanzwirtschaft ohne Zinslenkung funktionieren könnte.“ Jedoch sei es aufgrund von ökologischen Grenzen des Wachstums langfristig denkbar, „dass man sich dereinst genötigt sehen wird, wenn die Wachstumsdynamik im modernen Weltssystem in weiterer Zukunft ausklingt, den Zins wieder an die Kandare zu legen. Die Frage ist nur - wie? durch Abschaffung des Zinses? oder durch eine Begrenzung der Zinssätze? oder durch eine Begrenzung der Zinsquote, d.h. eine Begrenzung der zu verzinsenden Geldvermögen im Verhältnis zu den Arbeitseinkommen oder zum Wirtschaftsprodukt?“ Aus der Sicht von Gesells und Keynes' Geldreform geht es im Gegensatz zu Hubers Eindruck gar nicht um die Alternative zwischen dem „zinsmaximierenden Kapitalismus“ und einer „zinslosen Geldzuteilung im Rahmen von Plankontingenten“ und auch nicht um eine „Finanzwirtschaft ohne Zinslenkung“. Vielmehr soll mit Hilfe „künstlicher Durchhaltekosten des Geldes“ ein Oszillieren des Durchschnittsniveaus der mittel- und langfristigen Zinsen um einen bei null liegenden Gleichgewichtssatz herbeigeführt werden. Die Allokation von menschlicher Arbeit, natürlichen Ressourcen und Produktionsmitteln könnte dann ohne Reglementierungen oder Verbote auf eine unbürokratische Weise selbsttätig durch ein verteilungs- und wachstumsneutral gewordenes Geld sowie durch sich zu null ausgleichende Zinsschwankungen erfolgen.<sup>28</sup>

Dessen ungeachtet gestand Huber immerhin zu, dass „eine Vollgeldordnung ... die Zinsfrage noch nicht ... beantwortet.“ Vorerst genügte es ihm „festzuhalten, dass Vollgeld, soweit es durch originäre Seigniorage und nicht per verzinslichem Bankenkredit in Umlauf kommt, eine zinsfreie Geldbasis darstellt. ... Das Geld ist dann nicht mehr Teil der Zinswirtschaft. Eine Vollgeldbasis, als die zirkulierende Geldmenge, bildet einen Bestand, der weder verzinst wird noch zu einer bestimmten Fälligkeit getilgt werden muss. Darüber hinaus jedoch, also im Bereich der Kreditwirtschaft und des Investmentbankings, kann die Zinslenkung weiterbestehen.“ Letztlich sei Huber zufolge „ein Vollgeldregime mit einer Wirtschaft ohne Zinsen ebenso vereinbar wie es seine Vorteile in einer Zinswirtschaft entfalten kann.“<sup>29</sup> -

---

<sup>28</sup> Joseph Huber (2010), S. 89 (Geldschöpfungsreform) und S. 124 - 133 (Proudhon, Marx, Douglas, Gesell; Zinsproblematik in der stationären Wirtschaft und im Kapitalismus, Zinskritik in den Religionen, Finanzwirtschaft ohne Zinslenkung, Zinsmaximierung vs. Zinslosigkeit).

<sup>29</sup> Joseph Huber (2010), S. 124 (Vollgeld nicht mehr Teil der Zinswirtschaft, Systemunabhängigkeit des Vollgeldes) und 132 (Vollgeld und unbeantwortete Zinsfrage).

Verteilungspolitische Unzulänglichkeiten waren übrigens auch für Postkeynesianer wie Rudolf Hickel der Hauptgrund für eine Ablehnung des Vollgeld-Konzepts. Allerdings wollte Hickel die verteilungspolitische Lücke im Vollgeld-Konzept nicht im Sinne von Gesell und Keynes durch eine Strukturreform des kapitalistischen Geldes schließen. Stattdessen beschränkte er sich auf Politikempfehlungen in der Tradition des keynesianischen Deficitspendings, der steuerlichen Umverteilungspolitik und der Bankenregulierung.<sup>30</sup> -

Da sowohl Hans Christoph Binswanger in der Schweiz als auch Helge Peukert in Deutschland sehr stark das Vollgeld protegierten, ist im Vergleich dazu während der letzten zehn Jahre das Freigeld in den Hintergrund von geldreformerischen Debatten geraten. In Beiträgen von Binswanger und Huber zu einer Publikation des schweizerischen „Vereins Monetäre Modernisierung“ über die Geldreform ging es wie im deutschen Verein „Monetative“ ausschließlich um das Vollgeld. Dementsprechend konnte Huber auf einem „Geldgipfel“ der GLS-Gemeinschaftsbank im Jahr 2016 darlegen, „warum dieses Modell derzeit den Diskurs bestimmt“.<sup>31</sup>

Noch erweist sich also das Vollgeld - ähnlich wie vor mehr als 30 Jahren Hubers Plädoyer für eine „ökologische Modernisierung“ - hierzulande als salonfähiger als die Geld- und Zinskritik der Geld- und Bodenrechtsreformbewegung und die Wachstumskritik der 1970er Jahre. Damit ist diese Kontroverse jedoch keineswegs endgültig zugunsten des Vollgeldes entschieden. Auf einer Tagung über die „Möglichkeiten und Grenzen von Vollgeld“ im Frühjahr 2017 plädierten Johann Walter und Thomas Betz für eine wechselseitige Ergänzung von Vollgeld und Freigeld - ebenso wie Dirk Löhr, der aber die Notwendigkeit von Freigeld noch stärker betonte und zudem auf einen bodenpolitischen blinden Flecken im Vollgeld-Konzept hinwies. Aus postkeynesianischer Sicht begründete Ferdinand Wenzlaff schließlich grundsätzliche Zweifel am Vollgeld.<sup>32</sup> Zu klären bleibt auch noch das Verhältnis zwischen der im Vollgeld-Konzept zentralen autonomen Geldschöpfung der Geschäftsbanken und der vor allem von postkeynesianischen Ökonomen postulierten „Sparschwemme“ als Hintergrund der neueren Null- bzw. Negativzinsentwicklung.<sup>33</sup>

---

<sup>30</sup> Zur Kontroverse zwischen Rudolf Hickel und Joseph Huber vgl. Rudolf Hickel (2012b) sowie Joseph Huber (2012) und (2014). - Vgl. auch Rudolf Hickel (2018) und Rainald Ötsch & Axel Troost (2018).

<sup>31</sup> Verein Monetäre Modernisierung Hrsg. (2012). Vgl. auch dessen Website [www.vollgeld.ch](http://www.vollgeld.ch) - In der Schweiz wurden im Herbst 2015 mehr als 110.000 Unterschriften für die Durchführung einer Volksabstimmung über eine Einführung von Vollgeld gesammelt. Diese im Jahr 2018 durchgeführte Volksabstimmung blieb erfolglos; vgl. dazu die Website <http://www.vollgeld-initiative.ch/> - Eine Kritik an der Vollgeld-Initiative formulierte Dirk Niepelt: „Elektronisches Notenbankgeld ja - Vollgeld nein“ auf der Website <http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2016/06/elektronisches-notenbankgeld-ja-vollgeld-nein/> (Zugriff: 25.6.2016) - S. Helge Peukert (2013/2015). - Vgl. auch die Website des deutschen Vereins „Monetative“ <http://www.monetative.de/> und das Programm des „Geldgipfel 2016“ der GLS-Gemeinschaftsbank auf der Website [http://www.glsbankstiftung.de/media/pdfs/Geldgipfel\\_Programm.pdf](http://www.glsbankstiftung.de/media/pdfs/Geldgipfel_Programm.pdf) (Zugriff: 25.6.2016).

<sup>32</sup> Johann Walter (2017), S. 3 - 10. - Dirk Löhr (2017b), S. 11 - 21. - Ferdinand Wenzlaff (2017), S. 22 - 30. - Thomas Betz (2017), S. 31 - 39. - Vgl. in diesem Zusammenhang auch Johannes Schmidt (2018).

<sup>33</sup> Vgl. hierzu auch Hubers Kritik an Freigeld und Negativzins am Schluss von Kap. 12.7.

## 12.5 „Kampf Davids gegen Goliath-Finanzinstitutionen“ (Helge Peukert)

Von den wenigen Ökonomen, die bereit waren, den neoliberalen Mainstream und seinen ungebrochenen Glauben an die Effizienz der Finanzmärkte in Frage zu stellen, trat neben Ulrich und Scherhorn besonders Helge Peukert (\*1956) mit seiner bereits im Kapitel 11.5.12 erwähnten umfassenden „staatswissenschaftlich-finanzsoziologischen Untersuchung der großen Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise“ hervor. Im Vorwort bekannte Peukert offen seine „Enttäuschung über die Verarbeitung der Finanzkrise mit angezogener Reflexionsbremse und die ungleiche Lastenverteilung bei den Rettungsaktionen zu ihrer Überwindung“. Sein Bemühen um ein tieferes Verständnis der Krise empfand er als einen „Kampf Davids gegen Goliath-Finanzinstitutionen, die alles daransetzen, ihr Deutungsmonopol als hegemonialen Diskurs weiter zu pflegen und hierfür auch immense Geldmittel in die Waagschale werfen. ... Die Frage ist, ob das Bedürfnis nach schneller Wiederherstellung des Urvertrauens und Angstvermeidung größer ist als eine konsequente Aufarbeitung.“<sup>34</sup>

Bis in kleinste Verästelungen stellte Peukert orthodoxe und heterodoxe Erklärungsansätze für die „Fast-Kernschmelze des Finanzsystems und seine Nahtoderfahrung“ dar und erinnerte dabei auch an Überlegungen der beiden Institutionisten Thorstein Veblen und John Kenneth Galbraith sowie von John Maynard Keynes und Hyman Minsky, die nach seiner Auffassung zum Verständnis der Krise beitragen können. Allerdings griff er in Keynes' „Allgemeiner Theorie“ nur auf die Ausführungen über die „Geschäftspsychologie“ und über Spekulationsmotive im 12. Kapitel zurück und nicht auch noch auf die 17./18. und 23./24. Kapitel mit geldreformerischen Überlegungen und sozialphilosophischen Ausblicken. Peukerts höchst detaillierte Bestandsaufnahme der orthodoxen und heterodoxen Deutungen des großen Finanzmarkt- und Staatsversagens mündete in die Begründung für die Notwendigkeit einer „postautistischen Wirtschaftswissenschaft“, denn „seit der Finanzkrise wurde nicht ein einziger Lehrstuhl eingerichtet, der sich ... einer kritischen Finanzmarktforschung widmet. Neuer Raum für heterodoxes Denken ist auch nach der Finanzkrise nicht zu erkennen.“<sup>35</sup>

Schließlich erläuterte Peukert eine Reihe von Maßnahmen, mit denen seiner Ansicht nach die Gefahr eines weiteren Flächenbrandes auf den internationalen Finanzmärkten gebannt werden könnte, ohne nochmals die Allgemeinheit mit den Kosten von milliardenschweren Rettungspaketen zu belasten:

---

<sup>34</sup> Helge Peukert (2010), S. 9 - 10 und 32 (Reflexionsbremse und Hegemonie des neoliberalen Mainstreams).

<sup>35</sup> Helge Peukert (2010), S. 137 (Fast-Kernschmelze des Finanzsystems), 175 - 178 (Veblen), 179 - 196 (Keynes), 199 - 206 (Minsky) und 207 - 214 (Galbraith). - Vgl. auch Veblen (1901/1993) und über Veblen vgl. Ronnie J. Phillips (1988), S. 171 - 181. - John Maynard Keynes (1935/1976), S. 124 - 138 (langfristige Erwartungen). - Helge Peukert (2010), S. 307 - 321 (Staatsversagen), 323 - 350 (Postautismus) und 379 (kein Lehrstuhl für eine kritische Finanzmarktforschung).

- An die oberste Stelle dieses Maßnahmenbündels rückte Peukert die Einführung des von Simons & Fisher konzipierten „100%-Geldes“ bzw. des Huberschen „Vollgeldes“. Mit dessen Hilfe sollen die Zentralbanken die Geldschöpfung durch private Geschäftsbanken unterbinden und selbst die Oberhoheit über die Geldversorgung der Wirtschaft erhalten.

Fisher sei zunächst dem „Freigeld“ Gesells zugeneigt gewesen, habe sich aber nach der Weltwirtschaftskrise „aus guten Gründen“ davon abgewandt, weil es nämlich die von Gesell und auch von Keynes angenommene strukturelle „Asymmetrie“ zwischen dem Geld einerseits und der menschlichen Arbeit und ihren Erzeugnissen andererseits in Wirklichkeit gar nicht gebe. Außerdem hatte Peukert den Eindruck, dass der Sinn der Einführung von „künstlichen Durchhaltekosten des Geldes“ mehr in der Erreichung einer „Maximalumlaufgeschwindigkeit“ als in einer stetigen Geldzirkulation liege, und er sah hierin einen Widerspruch zur notwendigen Entschleunigung der Wirtschaft und zur ökologischen Begrenzung ihres Wachstums. Davon abgesehen habe der moderne „Finanzsektor ... mit der Wirtschaftswelt Gesells kaum noch etwas gemein.“<sup>36</sup>

Dieser ungünstige Eindruck vom „Freigeld“ könnte auf nicht zu bestreitende Defizite bei der Übertragung von dessen Grundgedanken auf die Gegenwart zurückzuführen sein. Zweifellos spielte die klassische Geldhortung lange Zeit nicht mehr die Rolle wie zu Zeiten der großen Weltwirtschaftskrise; allerdings ist sie nach Angaben der Deutschen Bundesbank infolge der Krise auf den internationalen Finanzmärkten seit dem Herbst 2008 wieder deutlich gestiegen.<sup>37</sup> Aber in einem noch sehr viel größerem Ausmaß findet die Hortung von Geld heutzutage in Gestalt der rund um den Globus vagabundierenden kurzfristigen Finanzanlagen statt. Diese haben eine der klassischen Geldhortung entsprechende Funktion: nämlich dem Anlagen suchenden Geldvermögen in Zeiten sinkender Renditen Gelegenheiten zu verschaffen, aus der Realwirtschaft in virtuelle Scheinwelten zu entfliehen und dabei trotzdem noch im Unterschied zur früheren Hortung Zinsdifferenzen mitzunehmen.<sup>38</sup>

- An zweiter Stelle stand für Peukert die Forderung nach einer Größenbegrenzung der Geschäfts- und Schattenbanken. Sie sollten auf geringere Dimensionen zurückgeführt werden, in denen einzelne Banken nicht mehr systemrelevant sind.

---

<sup>36</sup> Helge Peukert (2010), S. 25 und 399 - 436, hier: S. 401 - 405 (Einwände gegen Gesell). - Vgl. zum 100%-Geld auch Irving Fisher (2007).

<sup>37</sup> Deutsche Bundesbank (2009), S. 49 - 60. In dieser Studie konstatiert die Bundesbank eine „stärkere Nachfrage nach höheren Denominationen. ... Geht man von einer Transaktionskassenhaltung von 10% des Banknotenumlaufs aus und legt man des Weiteren eine Auslandsnachfrage von 25% bis 35% zugrunde, so bleibt für die Hortung der Löwenanteil von 55% bis 65% übrig. Dieser Wert ist, da er als Residualgröße ermittelt wird und die Transaktions- und Auslandsanteile auch nur geschätzt werden können, mit vielen Unsicherheiten behaftet.“ (S. 49 und 58) - Vgl. zu dieser Thematik außerdem Nikolaus Bartzsch & Gerhard Rösl & Franz Seitz (2012). „Der Anteil der inländischen Transaktionskasse ist mit 10 - 15 % verhältnismäßig gering. Der größere Teil des Inlandsverkehrs deutscher Euro-Banknoten entfällt auf Hortungsbestände.“ (S. 351)

<sup>38</sup> Vgl. hierzu Thomas Betz (2012), S. 25 - 35.

„Kein Finanzunternehmen sollte eine Bilanzsumme von mehr als 100 Mrd. Dollar aufweisen.“<sup>39</sup> Wenn einzelne Banken in Schieflagen geraten sollten, wären sie dann nicht mehr *too big to fail* und bräuchten nicht mehr mit Steuergeldern gerettet werden (*no-bail-out*).

- Zudem sollten die Geschäftsbanken ein höheres Eigenkapital bilden müssen, um sich aus eigener Kraft wieder konsolidieren zu können, wenn sie in eine schwierige Lage geraten sollten. Manager von Banken und Unternehmen sollten einer „vollen persönlichen Boni-Haftung“ und Ratingagenturen einer stärkeren Reglementierung unterworfen werden.<sup>40</sup>
- Nach dem Vorbild des 1932/33 in den USA als Reaktion auf die große Weltwirtschaftskrise erlassenen Glass-Steagall-Act, das später aufgeweicht und schließlich 1999 von der Clinton-Administration ganz aufgehoben wurde, forderte Peukert eine vollständige Trennung der regulären Geschäftstätigkeiten der Banken von ihren Investmentgeschäften. Dadurch sollten insbesondere Genossenschaftsbanken und Sparkassen als Anbieter von Bankdienstleistungen gestärkt werden.<sup>41</sup>
- Schließlich sollten der Handel mit Derivaten (Futures, Optionen, Swaps) beschränkt sowie Leerverkäufe und der Handel mit sog. Credit Default Swaps ganz verboten und Ratingagenturen stärker reglementiert werden.<sup>42</sup>
- Zu alledem sollte nach den Vorstellungen von Peukert auch ein Schutz der „verkauften Kleinanleger und Riesterrentner“ vor einer „großen Vermögensvernichtung“ hinzukommen.<sup>43</sup>
- Schließlich plädierte er für eine „einmalige Vermögensabgabe bei Kapitaleinkünften über 50.000 Euro als Beteiligung an der Finanzkrise“ sowie eine „stärker progressive Einkommens-, Erbschafts- und Vermögenssteuer“ und generell für einen „Abbau der (u.a. durch den Zinseszins bewirkten) Konzentration der Geldvermögen“.<sup>44</sup>

Gerade für eine dauerhafte Dezentralisierung des bislang konzentrierten Geld- und Realkapitals wäre zusätzlich zu den steuerlichen Maßnahmen, zu denen noch eine Schließung der Steueroasen gehören sollte, auch eine Strukturreform des kapitalistischen Geldes erforderlich. Ohne sie würden alle anderen von Peukert geforderten und ausführlich begründeten Maßnahmen einem Versuch gleichen, einen Kessel von außen zu kühlen, ohne ihn vom Herdfeuer zu nehmen. Das Größenwachstum der Banken, das Übergewicht des Investmentbankings gegenüber den eigentlichen Bankdienstleistungen und das mit Finanzanlagen einhergehende

---

<sup>39</sup> Helge Peukert (2010), S. 25 und 437 - 444, hier: S. 437 (Größenbegrenzungen).

<sup>40</sup> Helge Peukert (2010), S. 26 (Haftung von Managern) und 455 - 460 (Eigenkapital, Geschäfts- und Investmentbanken). – Zum Geschäftsmodell der ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft „Oikocredit“ gehört ein Eigenkapital von nahezu 100 %; vgl. die Website [www.oikocredit.de](http://www.oikocredit.de)

<sup>41</sup> Helge Peukert (2010), S. 25 und 445 - 453 (Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken).

<sup>42</sup> Helge Peukert (2010), S. 26 (Derivate, Leerverkäufe und Credit Default Swaps) und 471 - 484 (Derivate, Leerverkäufe und CDSs).

<sup>43</sup> Helge Peukert (2010), S. 27 und 485 - 497 (Schutz von Kleinanlegern und Rentnern).

<sup>44</sup> Helge Peukert (2010), S. 27.

immer höhere Risiko sind schließlich Folgen des überproportionalen Wachstums der Geldvermögen, auf das der autodidaktische Wirtschaftspublizist Helmut Creutz und der Rechtsphilosoph Dieter Suhr frühzeitig hingewiesen haben.<sup>45</sup>

Weil das Finanzkapital bei gegen null sinkenden Geld- und Realkapitalrenditen in Sachwerte wie den Boden und die Ressourcen ausweichen kann und deren Preise wie in der US-amerikanischen Subprime-Krise in riesige Höhen treibt, wäre außer einer Geldreform und dem von Peukert aufgestellten Maßnahmenkatalog auch noch die von ihm ausdrücklich nicht diskutierte „Idee der Bodenverstaatlichung“ einzubeziehen<sup>46</sup>, um zusammen mit dem Geld und den Unternehmen auch den Boden, die Ressourcen und die Erdatmosphäre zu entkapitalisieren und allen Menschen eine gleiche Teilhabe an den Naturgütern zu garantieren. Auch wenn die 2009 mit dem (halben) Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften gewürdigte Gemeingüterforschung von Elinor Ostrom (1933-2012) noch nicht gleichbedeutend mit einer Anerkennung der Bodenrechtsreform war, so hat doch Ostroms Gemeingüterforschung einen bedeutenden Kontrapunkt zur neoliberalen Privatisierungswelle gesetzt und der Bodenrechtsreform einen Weg bereitet.<sup>47</sup>

- Und last but not least zog Peukert die Einführung einer Tobin-Steuer auf Devisentransaktionen als Instrument zur Stabilisierung und Entschleunigung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen in Erwägung. Auch Keynes' „Bancor-Plan“ für die Schaffung einer „International Clearing-Union“ hätte in diesem Zusammenhang eine Wiederentdeckung verdient gehabt, nachdem er von so unterschiedlichen Seiten wie dem chinesischen Zentralbankpräsidenten Zhou Xiaochuan, dem US-amerikanischen Ökonomen Herman Daly und einer Expertengruppe der Vereinten Nationen wieder in die Diskussion gebracht wurde.<sup>48</sup>

- Seinen großen Gesamtüberblick über die Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise von 2008 schloss Peukert mit weitblickenden Überlegungen zu einer „über den Rahmen des Bisherigen hinausgehenden säkularen Langzeitperspektive“ ab. Die bis dahin vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bändigung der internationalen Finanzmärkte seien „systemimmanent kurz- bis mittelfristig umsetzbar“. Mit einer bewundernswerten Offenheit bekannte Peukert freimütig, dass „er sich an die letzte Wurzel des Problems der Finanzmärkte bisher nicht herantraute: Wie kann ein Wirtschaftssystem überleben, das angesichts positiver Zinssätze und mit Vermögenswerten, die Rendite abwerfen sollen, was letztlich nur durch Erlöse aus der Realsphäre geleistet werden kann, ein System also, das auf Wachstum ange-

---

<sup>45</sup> Helmut Creutz (1993/2003), S. 292 - 311 (Wachstum der Geldvermögen) und 348 - 374 (Spekulation). - Dieter Suhr (1983), (1983/2015), S. 16 - 20) und (1986).

<sup>46</sup> Helge Peukert (2010), S. 402 (Idee der Bodenverstaatlichung). - Zum Zusammenhang zwischen der Geld- und Bodenrechtsreform vgl. Eckhard Behrens (2008), S. 35 - 44.

<sup>47</sup> Elinor Ostrom (1999) - Elinor Ostrom & Silke Helfrich (2011). - Silke Helfrich (2012).

<sup>48</sup> Helge Peukert (2010), S. 26 und 461 - 469 (Tobinsteuer). - John Maynard Keynes (1943/1980). - Elke Muchlinski (2005), S. 58 und 71 - 72. - Thomas Betz (2010), S. 38 - 49, bes. S. 44 - 46.

legt ist, mit den Erfordernissen der Ökosphäre harmonieren, die stetiges Wachstum nicht mehr verträgt?“<sup>49</sup>

Ebenso bahnbrechend wie Ulrichs Hinweis auf den ungelösten „Geldkomplex“ war die von Peukert ins Zentrum allen weiteren Nachdenkens gestellte „entscheidende ... ungeklärte Zukunftsfrage“: „Wäre eine ökologisch tragfähige Gesellschaft, die nicht auf den Wachstumsimperativ angewiesen ist, mit einer Geldordnung vereinbar, in der es positive Zinssätze gibt? Falls die Frage zu verneinen ist: Ist eine Geldordnung in einer arbeitsteiligen Wirtschaft ohne positive Zinssätze möglich? ... Wie kann man auf Dauer ein solides Finanzsystem konstruieren, das nicht eigendynamisch durch den (Zinses)Zins auf ständige Expansion angelegt ist?“ In Übereinstimmung mit Binswanger war Peukert überzeugt, dass „man im 100%-Plan einen ersten Ansatz (Nullzins auf Girokonten) in die richtige Richtung sehen ... kann“. Aber er fragte auch: „Was müsste hinzukommen? Kann ein modernes Geldsystem ohne exponentielle Verschuldung (als Kehrwert eines positiven Zinssatzes) und kann eine privatwirtschaftliche, auf Gewinn ausgerichtete Marktwirtschaft in einer stationären oder – wenn man den Schwellenländern etwas mehr als bisher gönnen will – schrumpfenden Wirtschaft überleben?“<sup>50</sup> -

Lassen sich weitere Schritte in eine richtige Richtung vielleicht doch nicht ohne die Einbeziehung der vom neoklassischen Geldverständnis noch weiter als das „100%-Geld“ entfernten Geld- und Bodenrechtsreformgedanken von Gesell und Keynes gehen? Angesichts der anhaltenden Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise und vor allem auch der Euro-/Griechenlandkrise fragte Peukert in seinem Buch „Das Moneyfest“ (2013), was „jenseits komplizierter Rechenmodelle und braver Reförmchen strukturell reformbedürftig ist. ... Wie sollte in einer globalisierten Welt ein soziales und ökologisches Europa mit echter demokratischer Mitsprache aussehen?“ Getreu seiner „pluralen Herangehensweise“, die eine vorschnelle Festlegung auf eine vermeintlich alleingültige Antwort vermeiden sollte, nahm Peukert „eine ganze Reihe sich gegenseitig verstärkender Treiberfaktoren“ und ein breites Spektrum heterodoxer ökonomischer Denkansätze in Betracht. Dazu zählte er auch die von Geldreformern nachdrücklich gestellte „Frage, ob nicht der (Zinses)Zins strukturell destabilisierend wirkt“. Jedoch trat dieser Teilaspekt in seiner neuerlichen Diagnose der „finanzchaotischen Zeiten“ und der breiten Palette seiner Therapievorschlüsse allzu weit in den Hintergrund. Im Abschnitt über die „Besonderheiten und Instabilitäten heutiger Geld- und Finanzmärkte“ fanden jene in die unendlich vielen wirtschaftlichen Transaktionen eingebauten, äußerlich nicht sichtbaren strukturellen Nicht-Äquivalenzen keine Erwähnung, die das Angebot und die Nachfrage sowohl mikro- als auch makroökonomisch so sehr aus dem Gleichgewicht gebracht haben, dass tiefe Gräben zwischen

---

<sup>49</sup> Helge Peukert (2010), S. 499 - 500 (systemimmanente Maßnahmen und Langzeitperspektive einer Wirtschaft ohne Renditen und ohne Wachstum).

<sup>50</sup> Helge Peukert (2010), S. 24 (ungeklärte Zukunftsfrage), 502 (entscheidende Zukunftsfrage nach einer Wirtschaft ohne eigendynamische Expansion) - 503 (100%-Plan als erster Schritt in die richtige Richtung) und 509 (100%-Plan und noch mehr?).

Reichtum und Armut, Geld-/Sachvermögen und Schulden entstanden sind. Stattdessen rückte Peukert erneut die Möglichkeit von privaten Geschäftsbanken in den Mittelpunkt, dank ihres „Geldschöpfungsprivilegs Kredite aus dem hohlen Bauch zu vergeben und einem Kreditnehmer entsprechende Geldbeträge einfach auf einem Konto gutzuschreiben“, wofür sie nur eine „ganz geringe Mindestreserve“ bei der Zentralbank und einen „gewissen Bestand an Bargeld“ für Abhebungen halten bräuchten. Die durch die Kreditschöpfung „praktisch aus dem Nichts“ und durch weitere Faktoren wie zu geringen Eigenkapitalquoten, Informationsasymmetrien oder mit Gier und Angst einhergehendes Herdenverhalten aufgeschaukelten Ungleichgewichte und Turbulenzen auf den weltweit überdimensionierten Finanzmärkten seien aufgrund der „Kaperung der Politik durch die Finanzgroßwirtschaft“ bislang nicht wirksam bekämpft worden. Bestehen bleibt daher vorerst eine „dramatische Diskrepanz zwischen der Tiefe und Qualität der Finanzkrise und den anvisierten Reformen.“<sup>51</sup>

Zur Schließung dieser Diskrepanz forderte Peukert in seinem „Moneyfest“ zuallererst die „Einführung eines Vollgeldsystems“, um die bisher von den Geschäftsbanken betriebene „überschießende Kreditvergabe“ zu beenden. Die Geldschöpfung solle fortan allein „über ‚Geschenke‘ der Zentralbank an die Staatshaushalte ohne Tilgung und Zinsen“ entsprechend der „Wachstumsrate der Volkswirtschaft“ erfolgen. „Im Gegenzug könnte eventuell die Neuverschuldung über die Ausgabe von Staatsanleihen entfallen.“ Des Weiteren wiederholte und präzierte Peukert eine Reihe von ergänzenden Maßnahmen aus seinem Buch über die Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise, die größtenteils auch von Huber in dessen „Monetärer Modernisierung“ als Ergänzung zum Vollgeld gefordert wurden:

- „Einzuführen ist ein absolutes Größenlimit von 100 Milliarden Euro Bilanzsumme“ als Begrenzung der Größe der Banken.
- „Erforderlich ist eine Verzehnfachung der Eigenkapitalanforderungen bei allen Geldhäusern auf 30 % der Bilanzsumme.“
- In einem Trennbankensystem sollen ‚normale‘ Geschäftstätigkeiten und problematische Investmentspekulationen voneinander getrennt werden.
- Leerverkäufe und Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps) sollen verboten werden. „Für Derivate (Wetten auf Preisveränderungen von Aktien, Wechselkursen usw.) sind deutlich höhere Sicherheitseinzahlungen zu leisten.“
- Eine Finanztransaktionssteuer soll die „kontraproduktive Transaktionsgeschwindigkeit“ von Devisentransaktionen herabsetzen und den Hochfrequenzhandel unattraktiv machen. Steueroasen sollen geschlossen werden.
- Der Verkauf „schädlicher Finanzprodukte an Kleinanleger“ soll ebenso verboten werden wie „Provisionszahlungen für Finanzanlageberatungen“.

---

<sup>51</sup> Helge Peukert (2013/2015), S. 26 (Zins und Zinseszins, Pluralität), 28 (jenseits von mathematischen Modellen und Reförmchen) - 29 (finanzchaotische Zeiten), 30 (Europa), 40 (Geldschöpfungsmonopol der Geschäftsbanken), 44 - 45 (Eigenkapitalquoten, Herdenverhalten usw.), 97 - 98 (Bündnis von Politik und Finanzgroßwirtschaft) und 131 (Diskrepanz zwischen Krise und Reformen).

- „Zur Abschmelzung der Schulden und zur Eindämmung der zunehmenden Vermögenskonzentration ist eine erhebliche Vermögensabgabe von womöglich 30 Prozent der Geldvermögen oder mehr (Reichensteuer) am Besten im Rahmen einer europäischen oder internationalen Schuldenkonferenz ins Auge zu fassen.“
  - Mit „demokratischen und sozialen Reformen der EU“ soll die „falsche Form der Globalisierung, z.B. durch die WTO und das geplante TTIP“ überwunden werden.
  - Der Euro sollte - „wenn es sein muss, mit Parallelwährungen“ - gerettet werden.
  - Mit allem verband Peukert aufgrund der Endlichkeit der irdischen Ressourcen die Vorstellung eines Übergangs in eine Postwachstumsökonomie, die eine „Ver-ringerung unseres Ressourcenverbrauchs auf etwa ein Drittel“ ermöglicht.<sup>52</sup>
- Eine praktische Umsetzung aller Forderungen, die Peukert unter dem Motto „Schrumpft die Finanzmärkte!“ zusammenfasste, käme ohne Einbeziehung des Freigeldes einem Versuch gleich, den Absurditäten auf den internationalen Finanzmärkten ‚von außen‘ Daumenschrauben anzulegen, ohne zugleich auch jenes Feuer unter dem Kessel ausgehen zu lassen, das die überbordenden Fehlentwicklungen überhaupt erst Jahrzehnte lang ‚von innen‘ hochkochen ließ: nämlich die durch Zinsen und Zinseszinsen, privat vereinnahmte Bodenrenten und andere Vermögenseinkünfte angeheizte und obendrein noch durch Haftungsbeschränkungen sowie Patent- und Markenprivilegien begünstigte Akkumulation und Konzentration von Geld- und Realvermögen.<sup>53</sup>

## Von der Hegemonie der neoklassischen Orthodoxie zu einer „pluralen Ökonomik“

In Anknüpfung an die anfangs von französischen Studierenden und später auch von Studierenden in anderen Ländern erhobene Forderung nach einer „postautistischen Ökonomie“ entstand unter der Mitwirkung von Helge Peukert im Winter 2016/2017 an der Universität Siegen ein neuer Masterstudiengang „Plurale Ökonomie“. Angestrebt wird ein Theorien- und Methodenpluralismus, d.h. eine breite Auseinandersetzung der Lehrenden und Studierenden nicht nur mit der „autistischen“ neoklassischen Orthodoxie, sondern auch mit mehreren heterodoxen Denkrichtungen innerhalb der Ökonomie. Großer Wert wird in diesem Masterstudiengang neben der Geschichte der ökonomischen Theorien auch auf eine wissenschaftstheoretische und wirtschaftsethische Fundierung des Studiums gelegt.<sup>54</sup> Ob

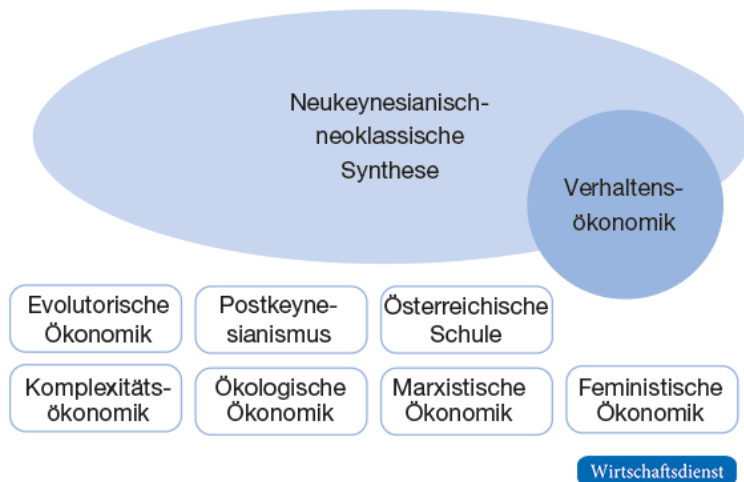
---

<sup>52</sup> Helge Peukert (2013/2015), S. 133 - 168 und die dem Buch „Moneyfest“ beigelegten „11 Forderungen“ (Beendigung der überschießenden Kreditvergabe aus dem Nichts durch Vollgeld und ergänzende Maßnahmen). Zu den ergänzenden Maßnahmen vgl. auch Joseph Huber (2010), S. 151 - 176.

<sup>53</sup> Helge Peukert (2013/2015), S. 143 - 168 (Schrumpfung des Finanzsektors) und 169 - 184 (Postwachstumsökonomie).

<sup>54</sup> Zur „postautistischen Ökonomie“ vgl. Thomas Dürmeier (2005), S. 65 - 76. - Informationen über den Masterstudiengang Plurale Ökonomie gibt es auf der Website <https://plurale-oekonomik-siegen.de/> - Vgl. außerdem Dirk Ehnts & Lino Zeddies (2016), S. 769 - 775.

und wie weit auch noch das ganze Spektrum geldkritischer Denkansätze in diesem neuen Masterstudiengang zum Gegenstand von Forschung und Lehre werden kann, bleibt vorerst abzuwarten.<sup>55</sup>



Quelle: Dirk Ehnts & Lino Zeddies (2016), auf der Website <https://archiv.wirtschaftsdienst.eu/jahr/2016/10/die-krise-der-vwl-und-die-vision-einer-pluralen-oekonomik/>

Ganz unabhängig vom Verhältnis zwischen Vollgeld und Freigeld haben Bestrebungen, geldkritische Denkansätze im deutschsprachigen Raum wissenschaftlich zu untersuchen, durch das Resultat eines Vollgeld-Referendums in der Schweiz einen Rückschlag erlitten. Nachdem die schweizerische Öffentlichkeit durch eine Medienkampagne von Gegnern des Vollgeldes verunsichert war, votierten bei einer Volksabstimmung im Juni 2018 nur 24,3 % der Bevölkerung für seine Einführung.<sup>56</sup>

## 12.6 „Gesell-Geld“ (Buiter) ante portas oder erst in 100 Jahren?

Während die von Ulrich, Scherhorn und Peukert immerhin gestellten Zukunftsfragen im deutschsprachigen akademischen Bereich bislang noch kaum angekommen sind, wurden die über das Vollgeld hinausgehenden Geldreformansätze von Gesell („Freigeld“) und Keynes („künstliche Durchhaltekosten des Geldes“) über-

<sup>55</sup> Eine im April 2019 vom „MoNetA“-Netzwerk ([www.monnetta.org](http://www.monnetta.org)) bei den „Pluralos“ in Siegen durchgeführte Veranstaltung erfüllte noch nicht die Erwartungen, dass sich das ganze Spektrum der Geldkritik im dortigen Masterstudiengang verankern lassen könnte.

<sup>56</sup> Näheres hierzu auf der Website <https://www.vollgeld-initiative.ch/abstimmung-2018/> (Zugriff: 2.3.2019).

raschender Weise unter dem Eindruck der Deflation in Japan und von Deflationsgefahren für die Weltwirtschaft im angelsächsischen Raum wissenschaftlich salonfähig. Den Anfang machte der Geldtheoretiker Marvin Goodfriend (1950-2019) von der US-amerikanischen Zentralbank Fed mit einem im Jahr 2000 im „Journal of Money, Credit, and Banking“ erschienenen Aufsatz. Ihm folgten die Geldtheoretiker Willem Buiter & Nikolaos Panigirtzoglou von der London School of Economics bzw. der Bank of England und Mitsuhiro Fukao von der Hitotsubashi University in Tokyo. Unmittelbar nach der Jahrtausendwende, also schon acht Jahre vor dem Beginn der großen Weltfinanzkrise im Herbst 2008, setzten hochrangige Notenbanker und Geldtheoretiker in den USA, England und Japan einen Diskurs über „Gesell-Geld“ (Buiter) als möglichen Ausweg aus einer Liquiditätsfalle in Gang.<sup>57</sup>

Dieser neuere angelsächsische Diskurs über Geldreformansätze beschränkte sich bislang allerdings auf spezielle geldtheoretische Aspekte, weshalb seine Ausstrahlung begrenzt blieb. Auf die gesellschaftspolitischen Implikationen einer solchen Geldreform erstreckte er sich noch nicht. Immerhin brachte Goodfriend sogleich einen praktikablen Lösungsvorschlag für die Implementierung von „künstlichen Durchhaltekosten des Geldes“ (Keynes) ins Gespräch. Statt Banknoten mit Gebührenmarken zu bekleben oder gebührenpflichtig abzustempeln, was Keynes zu Recht für unpraktikabel hielt, könnten Banknoten mit Magnetstreifen ausgestattet werden, in die sich die Durchhaltekosten einprogrammieren lassen. Und alle Ladenkassen sollten mit Lesegeräten ausgestattet werden, die beim Lesen der Magnetstreifen den aktuellen Tageswert der zu Zahlungen bereit gehaltenen Banknoten erkennen und passendes Wechselgeld herausgeben können.<sup>58</sup>

Neben Gesell wurde in diesem Zusammenhang auch der österreichische Kulturhistoriker und Ökonom Robert Eisler (1882-1947) wiederentdeckt. Eisler sah zwar einen „gesunden Kern“ in dem Gedanken, das Geld mit einer Liquiditätsgebühr zu belasten. Weil er aber einen Zusammenhang zwischen Gesell und ähnlichen Geldreformern wie Johannsen und Hobson einerseits und der NS-Ideologie von der „Brechung der Zinsknechtschaft“ befürchtete und die Zinskritik nicht teilte, entwickelte er eine eigene Methode zur Neutralisierung des Geldes, die auf eine Trennung der Geldfunktionen als Tauschmittel und Recheneinheit hinauslief und Anklang bei Buiter, Fukao und später auch bei Kimball fand.<sup>59</sup>

Großes Aufsehen erregte eine Kolumne des Harvard-Ökonomen Gregory Mankiw, die wenige Monate nach dem Bankrott der Lehman Brothers im April 2009 in

---

<sup>57</sup> Marvin Goodfriend (2000), Stephen Davies (2002), Willem Buiter & Nikolaos Panigirtzoglou (2003), Mitsuhiro Fukao (2005) und Willem Buiter (2005). - Bibliografiert wurden die Anfänge und der weitere Verlauf dieser im angelsächsischen Raum geführten Diskussion auf der Website <https://www.silvio-gesell.de/englisch.html>

<sup>58</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 196 und 301 - 302. - Marvin Goodfriend (2000).

<sup>59</sup> Robert Eisler (1924), S. 368 - 373, und ders. (1932) und (1933), S. 239, sowie Willem Buiter (2005), Mitsuhiro Fukao (2005), Willem Buiter (2009) und Miles Kimball (2016). - Näheres zu Robert Eisler bei Ferdinand Wenzlaff (2019), S. 44 - 54, und weiter unten im Abschnitt 12.7 dieses Buches bei der Anm. 90.

der „New York Times“ erschien. Darin berichtete Mankiw, dass einer seiner Doktoranden ihn unter dem Eindruck der Weltfinanzkrise an die Theorieansätze von Gesell erinnert habe und dass für die US-amerikanische Zentralbank jetzt die Zeit gekommen sein könnte, „to go negative“. Ebenso wie die Mathematik sich nach langem Zögern an negative Zahlen gewöhnt habe, werde sich die Ökonomie fortan auf die Existenz negativer Zinsen einstellen müssen.<sup>60</sup> -

Auch ein Börsenpraktiker wie Dirk Müller („Mr. DAX“) schrieb unter dem Eindruck der großen Krise auf den internationalen Finanzmärkten: „Ein System auf der Basis von Zins und Zinseszins kann nicht dauerhaft funktionieren. ... In einem begrenzten System, wie unsere Erde es nun einmal ist, kann ein unendliches exponentielles Wachstum wie ein Zinseszinssystem schon rein logisch nicht funktionieren. ... Dieses System braucht, um zu bestehen, immer neue Schuldner. Nur so kann sich das stetig wachsende Geld verzinsen. ... Das Problem sind nicht die Banken oder die fallenden Immobilien. Das Problem ist, dass die Menschen nicht genug Kredite aufnehmen können.“ Das bestehende Wirtschaftssystem erweise sich gerade in der aktuellen Krise „anscheinend doch nicht als der Stein der Weisen, als der er uns seit Jahrzehnten verkauft wird. Also sollte man doch frei von jeder Ideologie darüber nachdenken, ob es nicht Alternativen gibt.“ Und als eine mögliche Alternative erschien Mr. DAX die von Gesell in ersten Ansätzen skizzierte Geldreform. „Sicherlich müssen noch viele Details durchdacht und diskutiert werden.“<sup>61</sup> -

Ohne zu ahnen, dass eine Zeit mit minimalen oder gar leicht negativen Zinsen schon bald anbrechen würde, vertrat Carlo Jaeger, Ökonom am Potsdam Institut für Klimafolgenforschung, die Auffassung, dass eine Wirtschaft mit einem Nullzins und einem Nullwachstum erst gegen Ende des 21. Jahrhunderts Wirklichkeit werden könne. Bis dahin bleibe das Wirtschaftswachstum notwendig, um die weltweite Armut überwinden und die ökologische Modernisierung bewältigen zu können. „Wenn dereinst das Wirtschaftswachstum obsolet sein wird ... , wird es 2100 nicht schwer sein, einen Zinssatz von null zu erreichen. Wenn zum Beispiel Geld aus Computerbits bestehen sollte, ließe sich jede Geldeinheit mit einem Datum versehen, so dass die Lebensdauer dieser Einheit durch einen Zufallsalgorithmus begrenzt werden kann.“ Auf diese Weise könne das Geld - wie es Keynes im Anschluss an Gesell vorgeschlagen hatte - mit „künstlichen Durchhaltekosten“ belegt werden, die seinen universalen Liquiditätsvorteil neutralisieren. „Dadurch haben die verschiedenen Akteure einen Anreiz, Geld möglichst schnell wieder in Umlauf zu bringen, so dass das Geldangebot steigt“ und dann von den Zentralbanken stabilitätsgerecht dosiert werden kann. „Der Algorithmus kann dann so gewählt werden, dass sich der Zinssatz bei null stabilisiert. Kredite könnten dann durchaus nach dem Muster des heutigen ‚Islamic Banking‘ so vergeben wer-

---

<sup>60</sup> Gregory Mankiw (2009).

<sup>61</sup> Dirk Müller (2009), S. 193 - 203, auf der Website <http://www.silvio-gesell.de/weitere-stimmen.html#DirkMueller> (Zugriff: 20.6.2017).

den, dass sich Kreditgeber und -nehmer die Risiken teilen, ohne dass ein Zins bezahlt wird. Dann böten Kredite keine Möglichkeit mehr, Geld durch Zins und Zinseszins zu vermehren; stattdessen würde die Vergabe von zinslosen Krediten zur Möglichkeit für die Geldbesitzer, den Wert ihrer Geldvermögen dauerhaft zu erhalten. Auch die „Grenzleistungsfähigkeit“ von Realkapital könnte dann gegen null sinken. „Bei einem Zins von null ist es durchaus denkbar, dass auch die Investitionsrendite um null schwankt.“ In ferner Zukunft könne dann Jaeger zufolge auch das Bodenrecht so reformiert werden, dass nur noch private Nutzungsrechte anstelle von Eigentumsrechten am Boden vergeben werden. Der Staat könne seine Aufgaben dann gemäß der „Single Tax“ von Henry George größtenteils mit den Einnahmen aus der Vergabe der Bodennutzungsrechte finanzieren und nur noch zum geringen Teil mit sonstigen Steuern.<sup>62</sup>

## **12.7 Negative Leitzinsen als Beginn eines „wirtschaftspolitischen Gezeitenwechsels“?**

Nachdem die monetaristische Geldmengensteuerung à la Friedman wegen der schwankenden Umlaufgeschwindigkeit des Geldes keine verlässliche Wirksamkeit entfalten konnte, gingen die Zentralbanken der großen Industrieländer - in Europa auch im Zuge der Einführung des Euro - zu einer indirekten Steuerung der Geldmenge über Variationen der Leitzinsen über. Aber auch ihre Zinspolitik verlor unter den Bedingungen einer zunehmenden weltweiten Kapitalfülle ihre Wirksamkeit.

Mittlerweile gibt es trotz der gigantischen Zerstörungen von Kapital im zivilen Bereich („schöpferische Zerstörungen“ durch den schon von Schumpeter geforderten Innovationswettbewerb, Modewechsel, eingebaute Obsoleszenz), durch Rüstungsproduktion und Kriege sowie durch Naturkatastrophen eine Kapital(über)fülle in den reichen Industrieländern, die das von Gesell vor 100 Jahren erwartete „Meer von Kapital“ noch bei Weitem übertrifft.<sup>63</sup> Um den Druck auf das dortige Zinsniveau zu mindern, war sie während der 1980er und 1990er Jahre teilweise auf dem Kreditwege in die Länder des Südens und nach der Wende in Mittel- und Osteuropa auch in ehemals kommunistisch regierte Länder geleitet worden. Seit jedoch der Süden und der Osten kaum noch als Auffangbecken für Kapitalüberschüsse aus dem Norden bzw. dem Westen dienen können, weil sie entweder überschuldet sind oder weil Schwellenländer wie China, Indien, Russland oder Brasilien inzwischen selbst zur globalen Kapitalfülle beitragen, sind die in sich selbst beschleunigendem Tempo weiter wachsenden Geldvermögen in einen - wie es der marxistische Ökonom Jörg Huffs Schmid (1940-2009) ausdrückte - regelrechten „Anlagenotstand“ geraten. Postkeynesianische Ökonomen wie Carl Christian

---

<sup>62</sup> Carlo Jaeger (2011), S. 65 - 66 [Geldreform] und 67 [Bodenrechtsreform]. – Vgl. auch das Kap. 11, S. 101.

<sup>63</sup> Silvio Gesell (1920/1991a), S. 241, und ders. (1922/1992b), S. 374 - 377 [Meer des Kapitals].

von Weizsäcker und Gunter Tichy sprachen in Anlehnung an Ben Bernankes „Savings Glut“-Hypothese geradezu von einer „Sparschwemme“, m.a.W. von einem gewaltigen Überhang der weltweiten Ersparnisse über die sich ihnen weltweit noch bietenden rentablen Anlagemöglichkeiten. „Die These eines strukturellen Überschusses der Ersparnisse über die Investitionen verschwand mit dem starken Wachstum nach dem Zweiten Weltkrieg.“ Inzwischen befindet sich die globalisierte Wirtschaft Weizsäcker zufolge aber „in einer neuen Zeit ... , die durch einen strukturellen Überschuss privater Ersparnis über private Investitionen charakterisiert ist. Damit wird das Problem mangelnder effektiver Nachfrage durchaus wieder virulent.“ Und Tichy zufolge sollte sich die Ökonomie „nicht darauf verlassen, dass die gegenwärtige Sparschwemme mit der Besserung der Konjunktur wieder verschwindet. ... Wenn aber die Sparschwemme, selbst abgeschwächt, anhält, werden auch die Zinsen niedrig bleiben.“<sup>64</sup>

### **12.7.1 Abschied von dauerhaft positiven Zinsen als „Herzstück des Kapitalismus“ (Straubhaar)**

Mit der Senkung der Leitzinsen auf geringfügig unter null betraten zuerst die Zentralbanken Schwedens und Dänemarks und dann die Schweizerische Nationalbank, die Europäische Zentralbank und die Bank of Japan aus Furcht vor der Wiederkehr einer Deflation ökonomisches Neuland. Plötzlich und unerwartet begann damit in den letzten Jahren eine Entwicklung, die alle konventionellen Geld- und Zinstheorien fragwürdig macht.<sup>65</sup>

Der in Deutschland tätige schweizerische Ökonom Thomas Straubhaar warnte sogleich davor, dass die EZB etwas herbeiführen könnte, wozu noch kein Kapitalismuskritiker jemals in der Lage war: nämlich ein „Ende des Kapitalismus. ... Mit ihrer Politik der Negativzinsen hat sie das Elixier des kapitalistischen Systems trocken gelegt. Ein positiver Zins ist – neben dem Geld an sich – das Herz des Kapitalismus, das Wachstum und Fortschritt antreibt.“ Im positiven Zins sah Straubhaar das Schlüsselmotiv für die Bereitschaft zu sparen und das Ersparte vorübergehend an innovative Unternehmen zu verleihen. „Negative Zinsen gehören zum Urgestein der Kapitalismuskritiker. Sie machen die Kapitalbildung unattraktiv“ und stellen eine „Absage an die Innovationskraft der Menschheit“ dar. „Negative Zinsen zerstören die Knappheitssignale der realen Güter-, Arbeits- und Investitionsmärkte.“<sup>66</sup>

---

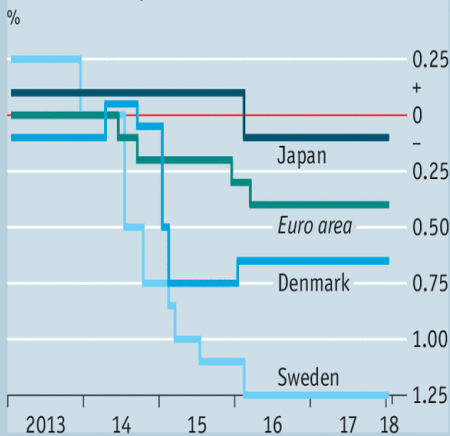
<sup>64</sup> Jörg Huffs Schmid (2007), S. 1332 - 1341. - Carl Christian von Weizsäcker (2016), S. 21 - 31, bes. S. 29 - 30. - Gunter Tichy (2016), S. 33 - 68, bes. S. 43, 45, 51 und 61. - Kritik an der „Sparschwemmen“-Hypothese äußerten Peter Bofinger & Mathias Ries (2017).

<sup>65</sup> Vgl. die ideengeschichtliche Übersicht über die Zinstheorien von Heinz D. Kurz (1996), bes. S. 139 und 159 - 160.

<sup>66</sup> Thomas Straubhaar (2014) und ders. (2015). - Zur Furcht vor einer Deflation vgl. Wolfgang Münchau (2014).

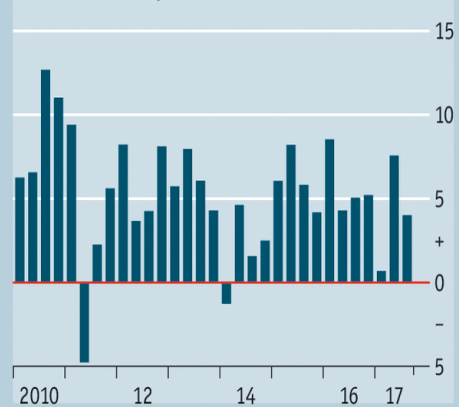
## Diminishing returns

Central-bank deposit rates



Source: Central banks

Japan, financial surpluses, private non-financial corporations, ¥trn



Economist.com

Anonymous: Why sub-zero interest rates are neither unfair nor unnatural

<https://www.economist.com/news/finance-and-economics/21736140-when-borrowers-are-scarce-it-helps-if-money-potatoes-rots-why-sub-zero> (Zugriff: 3.2.2018)

Anfangs wurde die Negativzinsentwicklung noch für ein kurzfristiges Ausnahme-  
phänomen gehalten und vielfach wurde eine „Zinswende“ erwartet.<sup>67</sup> Die Zentral-  
banken und die Märkte würden bald wieder zu ‚normalen‘ Verhältnissen mit posi-  
tiven Zinsen zurückkehren. So erschienen dem früheren Chefökonom der Deut-  
schen Bank Thomas Mayer die „Negativzinsen wie ein Tiefdruckgebiet“, das von  
einem erneuten Hoch abgelöst werde.<sup>68</sup> Vor allem müsste - so der Tenor vieler  
Kommentare von Ökonomen und Journalisten - der Betrug an den Sparern durch  
negative Zinsen (häufig ist sogar von einer Enteignung der Sparer die Rede)  
schnellstmöglich aufhören. Abgesehen von zwischenzeitlichen minimalen Zinser-  
höhungen in den USA und der Absicht der Schwedischen Riksbank, den Negativ-  
zinssektor wieder zu verlassen<sup>69</sup>, gibt es bislang keine Anzeichen für eine Rück-  
kehr zu dauerhaft positiven Zinsen - schon gar nicht in Höhen von zwei, drei oder  
mehr Prozenten, die früher als selbstverständlich galten. Als EZB-Präsident  
dämpfte Mario Draghi Hoffnungen auf eine „Zinswende“ und der EZB-Vizepräsi-  
dent Vitor Constancio verwies auf das Problem, dass die Notenbanken bislang  
noch keinerlei Erfahrungen mit einer Rückkehr von negativen zu positiven Zinsen

<sup>67</sup> Leef H. Dierks (2016), S. 363 - 368.

<sup>68</sup> Thomas Mayer (2016).

<sup>69</sup> Vgl. hierzu Gerhard Röst & Karl-Heinz Tödter (2015). – Zu Schweden vgl. Dirk Schuhmanns (2020).

hätten. Zudem müssen sie befürchten, dass sie mit Zinserhöhungen die stockende Konjunktur zusätzlich dämpfen könnten.<sup>70</sup>

Gegen die Hoffnung auf eine „Zinswende“ und die Wiederkehr von vermeintlich ‚normalen‘ dauerhaft positiven Zinsen spricht im Übrigen auch eine Langzeitstudie des US-amerikanischen Wirtschaftshistorikers Paul Schmelzing. Ihr zufolge gibt es, von kurzzeitigen Schwankungen abgesehen, einen schon seit rund 700 Jahren wirksamen Langzeit-Trend zu allmählich immer mehr gegen null und darunter sinkenden (Real-)Zinsen.<sup>71</sup>

### **12.7.2 Wissenschaftliche Wiederentdeckung Gesells als Vorläufer einer Geldreform in den USA, in England und in Frankreich**

In Fachartikeln und Medienberichten über die neuere Negativzinsentwicklung taucht der Name Gesells des Öfteren als jemand auf, der schon vor mehr als 100 Jahren negative Zinsen gefordert oder deren spätere Heraufkunft schon vorausgesehen hätte. Sogar von Geldtheoretikern und Notenbankern wird Gesell mit einer Selbstverständlichkeit als Vorbote einer Welt mit Null- bzw. Negativzinsen erwähnt oder gar gewürdigt, als wäre er in der Zwischenzeit nie in Vergessenheit geraten, ignoriert oder gar verhöhnt worden. In den USA trieb Mankiws Studienkollege Miles Kimball die Diskussion über negative Zinsen einschließlich der Rezeption von Gesell und Eisler voran - auch auf der Ebene des IWF, wo Null- bzw. Negativzinsen inzwischen als der „neue Normalzustand“ gelten. Sogar der frühere IWF-Chefökonom Kenneth Rogoff erkennt in Gesell inzwischen einen „herausragenden“ Ökonomen und in seinen „rostenden Banknoten“ eine „brillante Überlegung“; für deren praktische Umsetzung „gäbe es dank moderner Technologien ... heute viel weniger mühselige Möglichkeiten“.<sup>72</sup>

Im Rahmen der Jahrestagung 2016 der „American Economic Association“ in San Francisco hob Stanley Fischer als damaliger Vizepräsident der Fed hervor, dass „unsere Kollegen in Europa ... uns helfen, frühere Diskussionen über Negativzinsen von Keynes, Irving Fisher, Hicks und Gesell ins Gedächtnis zu bringen“. Und unter Mitwirkung von Kimball und anderen Geldtheoretikern sowie Vertretern mehrerer Notenbanken ging es auf einer Konferenz der US-amerikanischen Denkfabrik „Brookings“ im Juni 2016 in London um das Thema „Negative interest

---

<sup>70</sup> Mario Draghi (2017). - Vitor Constancio (2015).

<sup>71</sup> Paul Schmelzig (2020), S. 13 – 14 (Grafiken zur Veranschaulichung der Zinsentwicklung von 1310 – 2018). Schmelzig lehrt an der Harvard University, an der auch Kenneth Rogoff tätig ist. – Vgl. auch Sidney Homer & Richard Sylla (2005) und Mark Schieritz (2020).

<sup>72</sup> Vgl. Ohne Verfasser (2017a), (neuer Normalzustand) sowie die Medienberichte von Philip Plickert (2015a) und (2015b). - Christian Wermke (2015). - Christian Siedenbiedel (2015). - Miles Kimball (2013). - Miles Kimball und Ruchir Agarwal (2015). - Miles Kimball (2016). - Kenneth Rogoff (2016), S. 14 - 15, 206 und 213 – 218; ders. (2017), S. 47 - 66.

rates: Lessons learned ... so far“ und um bisherige Erfahrungen mit der Praxis negativer Zinsen u.a. in Dänemark.<sup>73</sup>

Im „Journal of Post Keynesian Economics“ bzw. im „Journal of the History of Economic Thought“ konnten Cordelius Ilgmann und Rosario Patalano ausführlich an Gesells Geldreformansatz erinnern. Die englische Ökonomin Kate Raworth trat in ihrem Buch „Doughnut Economics“ für eine Geldordnung mit einer „Demurrage“ ein, also für eine „Liegegebühr“ auf ineffektive Nachfrage. „Keynes zeigte sich beeindruckt von Gesell. ... Dadurch würde die Finanzlandschaft grundlegend umgestaltet werden. Das Streben nach Gewinn würde ersetzt werden durch das Bestreben der Werterhaltung. ... Das Wort Demurrage sollte man sich merken, denn es könnte im Finanzwesen zukünftig eine wichtige Rolle spielen.“ Unter Bezugnahme auf Keynes äußerte sich auch der englische Ökonom Andrew Sayer annähernd in diesem Sinne und plädierte vor allem im Hinblick auf die mit der Weltfinanzkrise einhergehende Entwicklung auf den Immobilienmärkten explizit für eine Reform des Bodenrechts gemäß den Vorstellungen von Henry George.<sup>74</sup>

Nachdem der französische Ökonom Bernard Maris, der dem Direktorium der Banque de France angehörte und im Januar 2015 beim Terroranschlag auf das Satiremagazin „Charlie Hebdo“ ums Leben kam, schon seit längerer Zeit an das „schmelzende Geld“ von Gesell und Keynes erinnert hatte, unterstrich auch das französische EZB-Direktoriumsmitglied Benoit Cœuré unter Bezug auf Mankiw die Bedeutung Gesells für die neuere Negativzinsdebatte.<sup>75</sup> Schließlich erreichte diese Debatte auch die chinesische Zentralbank, wo deren Mitarbeiter Sun Guofeng im April 2018 erstmals ein Nachdenken über „tief negative Zinsen“ anregte.<sup>76</sup>

### **12.7.3 Wissenschaftliche Reaktionen auf Null- bzw. Negativzinsen in Deutschland**

Hierzulande näherten sich einige Ökonomen wie Christof Morschner & Andreas Horsch sowie der Soziologe Dirk Baecker dem Thema Negativzinsen vorsichtig an,

---

<sup>73</sup> Stanley Fischer (2016a), S. 5, und (2016b), S. 39 - 42. - Einzelheiten der Brookings-Konferenz sind nachlesbar auf der Website [www.brookings.edu/events/negative-interest-rates-lessons-learned-so-far/](http://www.brookings.edu/events/negative-interest-rates-lessons-learned-so-far/) - Vgl. auch den Bericht über diese Konferenz von Beate Bockting (2017), S. 21 - 29. - Dass diese Debatten in den Spitzengremien der Notenbanken geführt werden, zeigt übrigens auch die Unsinnigkeit von Verschwörungstheorien wie zum Beispiel derjenigen, dass die Fed bei ihrer Gründung ein bloßes Geschöpf von machtbessenen Bankiers gewesen sei. Stanley Fischer ist im September 2017 vorzeitig von seinem Amt zurückgetreten, nachdem er US-Präsident Trump wegen der Rücknahme von Bankenregulierungen kritisiert hatte.

<sup>74</sup> Cordelius Ilgmann (2015), S. 532 - 564. - Rosario Patalano (2017), S. 349 - 379. - Kate Raworth (2017/2018), S. 329 - 330. - Andrew Sayer (2015/2017), S. 63, 73, 77 und 79. Entsprechende Textauszüge finden sich auf der Website [www.silvio-gesell.de](http://www.silvio-gesell.de) bei den Stellungnahmen von Ökonomen und Wahlverwandten zu Gesell.

<sup>75</sup> Bernard Maris (2000), (2007) und (2009). - Benoit Cœuré (2014).

<sup>76</sup> Ohne Verfasser (2018). - Weitere englischsprachige Publikationen über Null- und Negativzinsen sind auf der Website <https://silvio-gesell.de/englisch.html> aufgelistet.

hielten sich mit einer Bewertung aber noch zurück.<sup>77</sup> Die beiden Ökonomen Heinz-J. Bontrup und Rudolf Hickel von der „Memorandum“-Gruppe, die regelmäßig Alternativgutachten zu den Gutachten des Sachverständigenrats veröffentlicht, wiesen immerhin die verbreitete Polemik gegen die Negativzinsen als Betrug an den Sparern zurück.

Besonders Bontrup widersprach der neoklassischen Rechtfertigung des Zinsnehmens mit der Forderung, dass „sich die Empörung darüber in Grenzen halten ... sollte, dass Vermögende für's Nichtstun keine Zinsen mehr erhalten.“ In Übereinstimmung mit Keynes sah Bontrup im Zins kein legitimes Entgelt für die Bereitschaft zum Konsumverzicht, sondern ein leistungsloses Einkommen. „Der größte Teil des weltweit völlig ungleich verteilten Vermögens, das wissen wir endgültig durch den französischen Ökonomen Thomas Piketty, wurde nur geerbt. ... Zinsen sind zudem ein Ausbeutungs- und Umverteilungsinstrument, weil Zinsempfänger immer andere Menschen für sich arbeiten lassen.“ Die gegenwärtige „Überersparnis und Überschussliquidität ... , die jetzt für Null- und Negativzinsen sorgt“, war für Bontrup eine Folge der in den letzten Jahrzehnten „neoliberal herbeigeführten gigantischen Umverteilung von den Arbeits- zu den Kapitaleinkünften“. Da weitere Senkungen von Löhnen und Profiten die ohnehin lahrende Konjunktur noch weiter dämpfen würden, komme vorläufig nur die von der EZB praktizierte expansive Geldpolitik als Mittel der Krisenbekämpfung in Frage - allerdings nicht auf längere Sicht, weil sie die „vermögenden Gläubiger schützt“. Statt die Konjunktur mit Hilfe von „künstlichen Durchhaltekosten des Geldes“ bei einem durchschnittlichen Niveau der mittel- und langfristigen Zinsen von Null und einer Inflations-/Deflationsrate von Null zu stabilisieren, forderte Bontrup gemäß dem keynesianischen Deficitspending eine mit der expansiven Geldpolitik „notwendig zu verbindende expansive Fiskalpolitik durch die Staaten“ und darüber hinaus einen „gezielten weltweiten Kapitalschnitt bei den Vermögenden. ... Ich empfehle hier bei den 62 Super-Superreichen, denen die halbe Welt gehört, anzufangen.“<sup>78</sup>

Auch Hickel verwehrte sich gegen einen „Anspruch der Sparer auf ein ‚Normalzinsniveau‘“ und sah in der Sparschwemme eine tiefere Ursache für den „rasanten Renditeverfall“. Unter diesen Umständen der „relativen Entkoppelung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft“ hätten die Zentralbanken gar keine Macht mehr, höhere „Zinssätze am Markt autoritär durchzusetzen. Die Zinssätze sind das Resultat komplexer Vorgänge auf den Finanzmärkten - in Abhängigkeit von Angebot und Nachfrage. ... Der Notenbank bleibt dann nur die weitere Anpassung der Leitzinsen, sie hat kaum Gestaltungsspielraum. Die EZB ist somit weniger Täterin als eine durch die Entwicklung auf den Finanzmärkten und der Realwirtschaft Getriebene.“ Für problematisch hielt Hickel deshalb nicht eine etwaige Macht der Zentralbanken, sondern im Fall der EZB deren „real existierende Ohnmacht“.<sup>79</sup>

---

<sup>77</sup> Christof Morscher & Andreas Horsch (2015), S. 148 - 150. - Dirk Baecker (2015), S. 18 - 29.

<sup>78</sup> Heinz-J. Bontrup (2016), S. 545 - 547.

<sup>79</sup> Rudolf Hickel (2016a), S. 93 - 100, hier: S. 97 - 98.

Wie Bontrup blieb aber auch Hickel bei seiner Akzeptanz der Existenz von Null- bzw. Negativzinsen auf halbem Wege stehen und dachte nicht weiter in die Richtung einer Geldreform, die der Geldmengensteuerung der Zentralbanken mittels „künstlicher Durchhaltekosten des Geldes“ jene Handlungsfähigkeit verschaffen könnte, die notwendig ist, um ohne eine expansive Geldpolitik des Quantitative Easings mittels gigantischer Anleihekäufe auskommen zu können. Vielmehr sah auch Hickel trotz der „boomenden Aktienkurse und Immobilienpreise“ als „bittere Nebenwirkungen der Billiggeldpolitik“ keine Alternative zur expansiven Geldpolitik und empfahl als Ergänzung zu ihr eine „begleitende expansive Finanzpolitik“ mit „öffentlichen Investitionsprogrammen“, damit das „geschaffene Billiggeld“ nicht „in der Liquiditätsfalle nutzlos hängen ... bleibt“. Ohne eine solche Ergänzung durch eine expansive Finanzpolitik bleibe „die EZB in ihrem monetären Käfig gefangen“. Die unzureichende Wirkung ihrer expansiven Geldpolitik führe schließlich zu einer „Sehnsucht nach immer unkonventionelleren Lösungen wie etwa dem absurden Helikoptergeld. Ein derartiges Gratisgeld zerstört jedoch den Zusammenhang von Produktion, Einkommenserzielung und Verteilung.“<sup>80</sup> Hickels Vorbehalte gegenüber einem Helikoptergeld sind sicherlich nachvollziehbar. Jedoch wird auch eine kombinierte expansive Geld- und Fiskalpolitik nicht ohne unerwünschte Nebenwirkungen auf die Entwicklung des Zinsniveaus und der gesamten Konjunktur bleiben. Eine Einführung von „künstlichen Durchhaltekosten“ des Geldes könnte schließlich der entscheidende Hebel für einen Wechsel von der allzu lockeren zu einer straffen Geld- und Finanzpolitik werden.

#### **12.7.4 Null- und Negativzinsen und das „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitraten“**

Mit der Annahme eines Fortbestandes der Null- oder gar Negativzinsen ließe sich die Frage verbinden, ob die derzeitigen negativen Leitzinsen und ihre Auswirkungen auf die Marktzinsen vielleicht Vorbote eines zukünftigen „stationären Zustands“ sein könnten, den John Stuart Mill schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts für eine ferne Zukunft erwartete. Und macht sich gegenwärtig vielleicht das von Marx & Engels formulierte „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitraten“ bemerkbar? Beginnt in unseren Tagen vielleicht der von Keynes erhoffte „Gezeitenwechsel“ in der Wirtschaftspolitik, der über kurz oder lang zu einem „sanften Tod der Unterdrückungsmacht“ des Kapitals führt?<sup>81</sup> Übersieht Straubhaar, dass das von ihm befürchtete „Ende des Kapitalismus“ sich als Chance für den Anfang einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft erweisen könnte? Steigt also die Geld- und Bodenrechtsreform bei den anhaltend geringen Negativzinsen und einer ebenfalls sehr geringen Inflation aus der „Unterwelt“ der Ökonomie (Keynes) auf? Wird sie die Standardökonomie vielleicht überholen wie im Wettlauf

---

<sup>80</sup> Rudolf Hickel (2016a), S. 99, und ders. (2016b), S. 87 - 88.

<sup>81</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 317.

zwischen dem Hasen und dem Igel und wird sie vielleicht schon bald an ihrem Ziel sein?

Solche Erwartungen wären sehr verfrüht und unrealistisch. Die gegenwärtige Welt mit ihren leicht negativen (Leit)Zinsen stellt noch längst keine Verwirklichung der Zukunftsvision der Geld- und Bodenrechtsreformbewegung dar. Abgesehen davon, dass noch sehr viele in der Vergangenheit abgeschlossene Verträge mit längeren Laufzeiten weiterhin zu Zinszahlungen verpflichten, sind die gegenwärtigen Null- bzw. Negativzinsen verglichen mit dieser Zukunftsvision bislang nur ein schmaler Silberstreifen am Horizont, und zwar hauptsächlich aus zwei Gründen:

- Erstens werden nämlich Negativzinsen bislang nur auf die Übernachteinlagen der Geschäftsbanken bei den Zentralbanken erhoben und noch nicht auf die gesamte Zentralbankgeldmenge. Letzteres wäre aber unbedingt erforderlich, worauf der Wirtschaftspublizist Helmut Creutz bereits 2010 hinwies, denn an der Nullschranke nominaler Zinsen werden die Zentralbanken handlungsunfähig. Auch mit einer noch so expansiven Politik des Quantitative Easing können sie die hartnäckige Liquiditätspräferenz kaum beeinflussen. Ohne eine Neutralisierung des Liquiditätsvorteils der *gesamten* Geldmenge durch die Einführung von „künstlichen Durchhaltekosten“ des Geldes verpuffen diese exzessiven Ausdehnungen der Geldmenge. Auch die Herausgabe von zusätzlichem Helikoptergeld könnte hieran nichts ändern.<sup>82</sup>

Demgegenüber brauchen die Zentralbanken neue geldpolitische Gestaltungsspielräume unterhalb der Nullschranke nominaler Zinsen („Zero Lower Bound“), um die Leitzinsen gemäß der sog. Taylor-Regel auf etwa -4 bis -6 % senken zu können. Bislang steht dem allerdings genau jene Hortbarkeit des Bargeldes entgegen, die Gesell mit Hilfe „rostender Banknoten“ überwinden wollte. Mit der von Goodfriend vorgeschlagenen Ausstattung von Banknoten mit Magnetstreifen, in die sich die „künstlichen Durchhaltekosten des Geldes“ (Keynes) einprogrammieren lassen, oder mit dem von Seltmann vorgeschlagenen Geld mit einem Ablaufdatum<sup>83</sup> liegen zwar mittlerweile praktische Methoden zur Neutralisierung des Liquiditätsvorteils von Geld vor, die im Vergleich zum früheren Marken- oder Stempelgeld besser sind; dennoch stoßen auch sie noch bei Ökonomen wie Kenneth Rogoff in den USA und Peter Bofinger in Deutschland auf Bedenken. Deshalb plädieren Rogoff und Bofinger gar dafür, das Bargeld generell abzuschaffen und es - wie in Schweden schon nahezu vollständig vollzogen - durch den bargeldlosen Zahlungsverkehr zu ersetzen. In Zeiten der Digitalisierung seien Banknoten und Münzen archaische, altmodische Zahlungsmittel. Außerdem förderten

---

<sup>82</sup> Helmut Creutz [2010], S. 30 - 37. - Der englische Wirtschaftshistoriker und Keynes-Biograf Robert Skidelsky machte den Vorschlag, neben einem staatlichen Investitionsprogramm ein als „Gesell-Geld“ ausgestaltetes Helikoptergeld an die Bevölkerung auszugeben. Jede Person sollte eine Geldkarte mit 1000 britischen Pfund erhalten, in die eine periodische Wertminderung einprogrammiert wird. (Financial Times vom 4.8.2016; vgl. die Website <https://robertskidelsky.com/2016/08/04/a-tweak-to-helicopter-money-will-help-the-economy-take-off/>)

<sup>83</sup> Thomas Seltmann (2019), S. 15 - 22.

sie dunkle Geschäfte auf Schwarzmärkten sowie in den kriminellen Bereichen des Frauen-, Drogen- und Waffenhandels.<sup>84</sup>

Bereits in den 1980er Jahren hatte der Rechtsphilosoph und Rechtsinformatiker Dieter Suhr für eine Abschaffung des Bargeldes plädiert, weil es „dunkle Geschäfte“ ermögliche, „ohne verfängliche buchungstechnische Fußstapfen zu hinterlassen“, und weil bei einer „Einführung des vollelektronischen Zahlungsverkehrs auch der Einführung einer Ausgleichsabgabe auf Liquidität kein geldtechnisches Problem mehr im Wege ... stünde“. Wenn dann Vorsorge für den Schutz der Privatsphäre getroffen werde und „wenn dann die Ausgleichsabgabe auf Liquidität den Konten belastet wird, dann wird der Mehrwert abgeschöpft und so der Kapitalismus gleich mit vom Konto abgebucht.“<sup>85</sup> Wie Suhr begründete auch Rogoff seine ursprüngliche Forderung nach einer völligen Ersetzung des Bargeldes durch den bargeldlosen Zahlungsverkehr damit, dass es dann einfacher würde, die (Leit-)Zinsen noch tiefer in den negativen Bereich bis zu ungefähr -4 bis -6 % zu senken.

In der Tat finden die 200er und 500er Euro-Banknoten kaum Verwendung für alltägliche Transaktionen und sie erleichtern stattdessen eher die Steuerhinterziehung, die Geldwäsche und den kriminellen Handel mit Drogen, Frauen und Waffen. Ihre Existenz ist aber nicht die tiefere Ursache von solchen kriminellen Geschäften - diese sind eher Begleiterscheinungen der ungerechten Verteilung von Einkommen und Vermögen - , sondern nur ein Mittel zu deren praktischer Erleichterung. Noch problematischer ist die Eignung vor allem der großen Banknotenstückelungen für die Hortung von Geld, deren Umfang nach Angaben der Deutschen Bundesbank seit dem Beginn der Weltfinanzkrise deutlich gestiegen ist. „Der Wert der kumulierten Nettoemissionen von Euro-Banknoten durch die Bundesbank stieg zwischen Ende 2009 und Ende 2017 von 348 Mrd. € auf 635 Mrd. €. ... Das entspricht einer jährlichen Zuwachsrate von durchschnittlich 7,8%“, die weit über die jährlichen Wachstumsraten des Sozialprodukts hinausgeht. „Den Schätzungen zufolge trug im Zeitraum ab 2010 vor allem der Auslandsverkehr zum Anstieg des ‚deutschen‘ Banknotenumlaufs bei. Die inländische Hortung, als wertmäßig größte Komponente des Inlandsverkehrs, wuchs ebenfalls an. Hingegen blieb die inländische Transaktionskasse wertmäßig weitestgehend konstant und erklärt zwischen 5% und 10% der kumulierten Nettoemissionen von Euro-Banknoten der Bundesbank.“<sup>86</sup> In der Schweiz kommt eine Studie der dortigen Nationalbank zu dem Ergebnis, dass rund 60 Prozent der ‚umlaufenden‘ Banknoten im Wert von 45 Milliarden Franken in Wirklichkeit für Hortungszwecke verwendet

---

<sup>84</sup> Kenneth Rogoff (2014a) und (2014b), (2016), S. 80 - 107 (Kriminalität und Korruption), 123 - 153 (Bargeldabschaffung) und (2017). - Zu Bofinger vgl. Ohne Verfasser (2015a) und Tobias Kaiser (2016).

<sup>85</sup> Dieter Suhr (1983), S. 78 - 79 (Abbuchung des Kapitalismus vom Konto). Vgl. auch die Website [www.dieter-suhr.info](http://www.dieter-suhr.info)

<sup>86</sup> Deutsche Bundesbank (2009) und (2018), S. 37. - Ohne Verfasser (2017b). - Ohne Verfasser (2019c). - Vgl. außerdem die Kleine Anfrage des FDP-MdB Frank Schäffler an den Deutschen Bundestag (2019).

werden. Die 1000er-Note wird gemäß der Studie sogar in ca. 80 bis 88 von 100 Fällen gehortet.<sup>87</sup>

Im Gegensatz zu den 200er und 500er Euro- und den 1000-Franken-Banknoten sind die Münzen und die kleineren 5-, 10-, 20-, 50- und 100-Euro-Scheine weniger anfällig für die Hortung und sie sind unverzichtbar - sowohl für die Abwicklung von alltäglichen Transaktionen als auch ganz besonders als „geprägte Freiheit“ (Dostojewski) und Schutz vor einer totalen Überwachung aller wirtschaftlichen Vorgänge durch Big Data. Trotz aller Erleichterungen durch den bargeldlosen Zahlungsverkehr ist das Bargeld besonders bei der Zahlung von kleineren und mittleren Beträgen in Deutschland der Deutschen Bundesbank zufolge noch immer das beliebteste Zahlungsmittel.<sup>88</sup>

Anstelle einer von Norbert Häring mit plausiblen Argumenten vehement kritisierten völligen Abschaffung des Bargeldes<sup>89</sup> könnte es sinnvoller sein, die 200er und 500er Euro-Banknoten nach und nach aus dem Verkehr zu nehmen und zu überlegen, ob sich die kleineren Banknotenstückelungen gemäß den Vorschlägen von Goodfriend und/oder Seltmann mit „künstlichen Durchhaltekosten“ versehen lassen. Zu dieser Überlegung gelangte auch Rogoff - möglicherweise als Reaktion auf die vehemente Kritik an seiner Forderung einer völligen Abschaffung des Bargeldes. Allerdings hält er auch Goodfriends praktischen Vorschlag einer „Gesell-Lösung“ noch für „nicht elegant“. Und weil für ihn auch eine noch weiter entwickelte „Hightech-Umsetzung der Bargeldsteuer von Gesell problematisch wäre“, bezieht er auch den von Buiter und Kimball wieder ins Gespräch gebrachten Gedanken von Robert Eisler in seine Überlegungen mit ein, die Funktionen des Geldes als Tauschmittel und Recheneinheit in einem „Zwei-Währungs-System“ voneinander zu trennen. „Das Buiter-Eisler-System ist erheblich einfacher als die Gesell-Lösung, wenn man sich einmal an den Gedanken gewöhnt hat, dass jedes Land eine separate elektronische und physische Währungseinheit besitzt“. Dann könnten - woran Eisler selbst noch gar nicht gedacht hat - Buiter und Kimball zufolge die „künstlichen Durchhaltekosten“ auf elektronischem Weg erhoben werden, ohne das Bargeld verändern zu müssen.<sup>90</sup>

Unabhängig von der praktischen Methode, mit der dieses Ziel angestrebt wird, geht es letztlich darum, die Notenbanken in die Lage zu versetzen, dass sie - ohne Geldhortungen in größerem Stil befürchten zu müssen - die *kurzfristigen* Zinsen

---

<sup>87</sup> Kathrin Assenmacher & Franz Seitz & Jörn Tenhofen (2019), S. 4, 10 - 12 und 19 - 21.

<sup>88</sup> Deutsche Bundesbank (2019).

<sup>89</sup> Norbert Häring (2018), S. 30 - 62 (Anti-Bargeld-Allianz) und 88 - 112 (totale Überwachung durch Big Data). - Vgl. auch Philip Plickert (2017) und Gerhard Rösl, Franz Seitz & Karl-Heinz Tödter (2017).

<sup>90</sup> Kenneth Rogoff (2016), S. 217 - 226, hier: S. 217 und 221, und ders., (2017), S. 47 - 66 (Abschaffung nur der großen Banknoten); außerdem Andrew Lilley & Kenneth Rogoff (2019). Zu dieser Debatte vgl. auch Beate Bockting (2019), S. 23 - 33. - Zum Vorschlag von Robert Eisler vgl. Ferdinand Wenzlaff (2019), S. 34 - 54. - Eine „dynamische Doppelwährung“ mit einer Trennung der Geldfunktionen als Tauschmittel und Recheneinheit hat auch viel früher schon Gesells schweizerischer Mitarbeiter Theophil Christen in Erwägung gezogen, aber auch wieder verworfen; vgl. hierzu Theophil Christen (1917) und (1920) sowie Karl Walker (1952), S. 29 - 31, und die Anm. 184 im Kap. 8.4 des vorliegenden Buches.

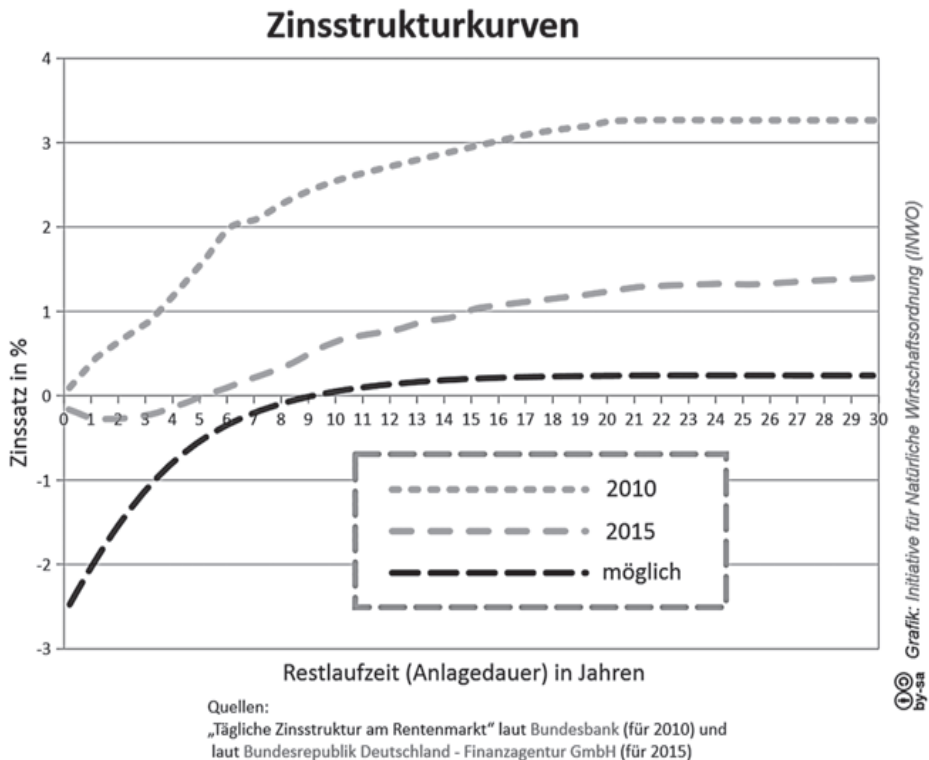
noch tiefer als die bisherigen Null- und Negativzinsen in die Richtung von -4 bis -6 % senken und zugleich die Menge des von ihnen in den Verkehr gegebenen Zentralbankgeldes stabilitätsgerecht an die Bedürfnisse der Realwirtschaft anpassen können. Und wenn es sich als notwendig erweist - wie Keynes erwartete<sup>91</sup> -, darüber hinaus auch das Girogeld mit „künstlichen Durchhaltekosten“ zu belegen, so wäre dies auch gemäß Suhrs Vorstellung in der Tat einfach, diese Liquiditätsgebühr in periodischen Abständen von den Girokonten abzubuchen.

Und außerdem geht es für die Notenbanken darum, sie durch die Herstellung einer stetigen, störungsfreien Geldzirkulation in die Lage zu versetzen, die Inflation im Wege einer exakten Geldmengensteuerung ohne die Gefahr eines Abgleitens in eine Deflation auf null zu senken und zugleich dafür sorgen, dass die Zinsen für *mittel- und langfristige* Geldanlagen in geringer Bandbreite um einen Gleichgewichtssatz von null pendeln. Das Geld würde zu guter Letzt ein verteilungsneutrales Mittel der wirtschaftlichen Austausch- und Kreditbeziehungen und eine gerechtere Verteilung würde schließlich gleichsam von selbst auch den Nährboden für kriminelle Geschäfte austrocknen.

Bei dem vielfach beargwöhnten und falsche Vorstellungen weckenden Begriff „Strafzinsen“ in Höhe von -4 bis -6 % geht es also - wie die nachfolgende Darstellung bisheriger und zukünftiger Zinsstrukturkurven veranschaulichen soll - überhaupt nicht um eine ‚Strafe‘ und schon gar nicht um einen Betrug an den Sparern, sondern ausschließlich um die Belegung des *kurzfristig* verfügbaren Bar- und Girogeldes mit „künstlichen Durchhaltekosten“. Genau genommen sind sie auch gar keine Straf- bzw. Negativzinsen, sondern eine von allen zu tragende und ihnen letztlich auch wieder zugutekommende Gebühr. Und nachdem die Ersparnisse in der Vergangenheit durch die Inflation mehr oder weniger ausgehöhlt wurden, sollen Sparer/innen in Zukunft bei einem Zinssatz auf mittel- und langfristige Anlagen von nahe null und einer gleichzeitigen Inflations-/Deflationsrate von null erstmals die absolute Sicherheit bekommen, sich jederzeit auf eine *dauerhafte Werterhaltung* ihrer Ersparnisse verlassen zu können. Wovon sie sich unter diesen Umständen allerdings verabschieden müssen, ist die Erwartung, Geldvermögen noch länger durch Zinsen und Zinseszinsen *vermehrten* zu können. Der Lohn für diesen vermeintlichen Verzicht wird die absolut verlässliche Kalkulierbarkeit von langfristig bedeutsamen Investitionen sowie von Maßnahmen zur Vorsorge für Krankheit und Alter sein. Dieses ökonomische Umdenken entspricht zugleich einem kulturellen Wandel, bei dem das bisherige Immer-mehr-haben-Wollen entsprechend den Vorstellungen von Erich Fromm in eine Zufriedenheit mit einem genügsameren Sein übergeht.

---

<sup>91</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 302. – In Deutschland wird derzeit fast eine Billion Euro „auf Girokonten gebunkert“; vgl. dazu Philipp Frohn (2019). Außerdem Deutsche Bundesbank (2020).



**Abb.: Zinsstrukturkurve aus der Petition  
 „Stabile Währung durch Haltegebühr auf Geld“<sup>92</sup>**

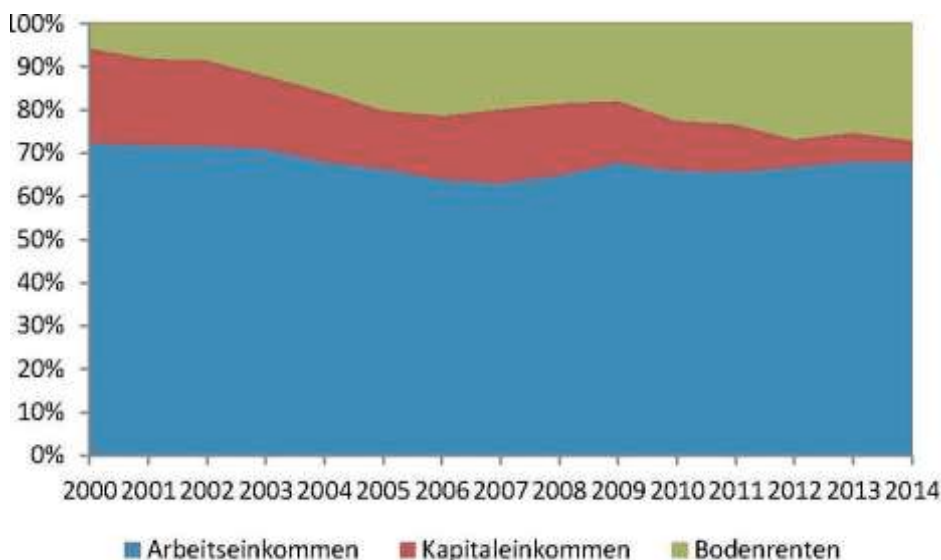
Die nach der Weltfinanzkrise von 2008 versunkene alte Welt der permanent positiven Zinsen soll also nicht in dem Sinne auf den Kopf gestellt werden, dass nun alles ins Gegenteil verkehrt wird. Es geht weder um ein Verbot noch um eine Abschaffung des Zinsnehmens. Und auch Gesells Bild vom Zins, der „in einem Meer von Kapital ersäuft wird“, widerspricht seiner eigenen differenzierteren Einsicht in die unersetzliche Funktion der in sich komplexen Dynamik, die der um ein Gleichgewicht von null oszillierende Zins behalten muss.<sup>93</sup> Letztlich geht es ‚nur‘ um die Notwendigkeit einer Verschiebung der Zinsstrukturkurve nach unten auf ein neues Niveau, wo die kurz-, mittel- und langfristigen Zinsen ihre unverzichtbare Allokationsfunktion besser und vor allem verteilungsneutraler erfüllen können als bisher. Auch sog. inverse Phasen der Zinsstruktur, in denen kurzfristige Geldanlagen

<sup>92</sup> Ohne Verfasser (2015b), S. 24. Verfasser dieses Aufrufs waren Fritz Andres und Eckhard Behrens.

<sup>93</sup> Vgl. das Kapitel 5 „Die Freigeld-, Zins- oder Kapitaltheorie“ in: Silvio Gesell (1920/1991a), S. 319 - 372 sowie S. 241 (Zins im Meer von Kapital) und die Ausführungen im Abschnitt 7.3 (S. 59ff) des vorliegenden Buches sowie Werner Onken (1994), S. 42 - 51, und Eva-Maria Hubert (2009), S. 11 - 27.

krisenbedingt höher verzinst werden als langfristige Geldanlagen, lassen sich dort überwinden.

- Es gibt noch einen zweiten gewichtigen Grund für die Geld- und Bodenreformbewegung, angesichts der neueren Negativzinsentwicklung nicht in eine voreilige Euphorie zu verfallen. Bisher kommt nämlich – worauf besonders der Ökonom Dirk Löhr hinweist – das Sinken der Zinsen überhaupt noch nicht den Löhnen und Gehältern der abhängig Beschäftigten zugute, was ein zentrales Ziel von Gesells Geldreform war bzw. ist. Vielmehr findet bislang nur eine Umschichtung leistungloser Einkommen von den Kapitalzinsen zu den Bodenrenten statt, weil viel anlagensuchendes Kapital wegen der minimalen Renditen für Geldanlagen – wie von Gesell und Keynes vorausgesehen – in spekulative Geschäfte mit Immobilien, Ressourcen, Kunstwerken usw. ausweicht und auf diesen Märkten zur Bildung von Preisblasen führt.<sup>94</sup>



**Abb.: Umschichtung von Kapitalzinsen zu Bodenrenten bei mehr oder weniger stagnierender Lohnquote**

Quelle: <https://bodenwertsteuer.org/2016/12/19/gemeinwohloekonomie-die-gute-kraft-die-boses-schafft-eine-replik-auf-gerd-hofielens/> (Blog von Dirk Löhr)

Der sich bei sinkenden Zinsen verstärkenden Flucht von anlagensuchendem Geldkapital in Sachwerte wollte schon Gesell weitblickend mit der Bodenrechtsreform einen Riegel vorschieben. Das könnte jedoch noch schwieriger realisier-

<sup>94</sup> Vgl. eine Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPLM über die EZB als Hauptantriebskraft der Turbulenzen auf den Immobilienmärkten (2019). Jedoch liegt die Schuld für diese Turbulenzen nicht bei der EZB, sondern es wäre/ist die Aufgabe des Gesetzgebers, diesen Turbulenzen mit bodenreformerschen Mitteln gegenzusteuern.

bar sein als die sich derzeit gewissermaßen ‚von selbst‘ ergebenden kleinen Schritte in die Richtung einer Geldreform, weil mächtige Lobbygruppen der Immobilieneigentümer – begünstigt durch den fehlenden Sachverstand der Allgemeinheit – eine entsprechende demokratische Gesetzgebung blockieren.

Nachdem realpolitische Bestrebungen der westdeutschen SPD/FDP-Regierung zur Reform des Bodenrechts während der 1970er Jahre versandet waren, nachdem selbst entsprechende Mahnungen des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Wolfgang Zeidler, unbeachtet geblieben waren und nachdem auch die einmalige historische Chance vertan worden war, nach dem Niedergang des Sowjetimperiums in Ostdeutschland und anderen Ländern Mittel- und Osteuropas fortan in größerem Umfang entgeltliche private Nutzungsrechte am bisherigen staatlichen Bodeneigentum zu vergeben und die Alteigentümer zu entschädigen statt zum kapitalistischen Bodenprivateigentum zurückzukehren, erwiesen sich die beharrenden Kräfte auch während der Jahre 2018 und 2019 im Ringen um eine Reform der Grundsteuer als so mächtig, dass es der Initiative „Grundsteuer: Zeitgemäß!“ nicht gelang, einen bundeseinheitlichen Übergang zu einer reinen Bodenwertsteuer zu erreichen und der Allgemeinheit die Bodenrente zuzuführen. Immerhin verschafft eine sog. „Länderöffnungsklausel“ in der gesetzlichen Neuregelung der Grundsteuer den einzelnen Bundesländern die Möglichkeit, in der Gestaltung der Grundsteuer eigene Wege zu gehen, und Baden-Württemberg wird anscheinend von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.<sup>95</sup> Besonders bemerkenswert ist, dass der frühere Münchener Oberbürgermeister und Bundesminister für Städtebau und Raumordnung, Hans-Jochen Vogel (SPD), sich im hohen Alter angesichts der Turbulenzen auf den Immobilienmärkten noch einmal sehr deutlich für eine neue Bodenordnung ausgesprochen hat.<sup>96</sup>

Solange jedoch die Bodenrente weiterhin bei explodierenden Bodenpreisen und Mieten privat vereinnahmt werden kann, solange bleibt der Boden eine „gigantische Umverteilungsmaschinerie“ (Dirk Löhr<sup>97</sup>) zugunsten privater Immobilieneigentümer. Der viel zu lange verdrängte Produktionsfaktor Boden vermag die durch das Sinken der Zinsen möglich gewordene Erhöhung der Löhne und Gehälter zu verhindern und diese Vorteile für sich zu absorbieren. „Die Bodenerträge

---

<sup>95</sup> Vgl. hierzu die Kap. 11.2 und 13.1 im vorliegenden Buch. – Sozialdemokratische Partei Deutschlands (1972) und (1974). – Wolfgang Zeidler (1984), S. 52 – 61, auszugsweise auf der Website <https://bodenwertsteuer.org/2016/08/20/eigentum-als-waffe-wolfgang-zeidler-zum-gedachtnis/> (Zugriff: 25.3.2020). – Zu den Bodenreformbestrebungen nach der Wende vom Herbst 1989 vgl. Fritz Andres (1991), S. 3 - 33; (1992), S. 24 - 48 und (2004), S. 3 - 11. – Roland Geitmann (1993a und 1993b), S. 12 - 32 bzw. 17 - 32. – Zur „Initiative Grundsteuerreform“ vgl. Ulrich Kriese (2016), S. 53 - 56, sowie die Website [www.grundsteuerreform.net](http://www.grundsteuerreform.net) und Dirk Löhr & Simon Kempny (2019), S. 537 – 543, sowie Philipp Heuer & Ulrich Kriese (2020).

<sup>96</sup> Hans-Jochen Vogel (2018), S. 19 – 24, und ders. (2019). – Zur Vorstellung des Buches „Mehr Gerechtigkeit! – Wir brauchen eine neue Bodenordnung“ vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=BCPmpH-gl80> (Zugriff: 22.2.2020).

<sup>97</sup> Dirk Löhr (2018), S. 3 – 19, und Dirk Löhr & Norbert Olah & Thomas Huth (2020). – Zur Bildung von Immobilienpreisblasen vgl. auch Ohne Verfasser (2015). – Günther Hartman (2017).

sind v.a. in den großen Städten im Zuge der Niedrigzinsphase drastisch gestiegen. Von dieser Entwicklung haben aber nicht die Arbeitseinkommen profitiert. ... Die Ungerechtigkeit bei der Bodenrente ist eine der Hauptursachen für die zunehmende Arm-Reich-Schere. Seltsamerweise ist das bisher kaum jemandem bewusst“, denn allzu lange galt ‚nur‘ der Interessengegensatz zwischen dem Kapital (ohne den Boden) und der lohn- und gehaltsabhängigen Arbeit als der zentrale gesellschaftliche Grundkonflikt.<sup>98</sup>

Unter konjunktur- und verteilungspolitischen Aspekten befürwortet Löhr durchaus die Negativzinspolitik der EZB und anderer Zentralbanken. Anstelle des Quantitative Easing hält er auch einen noch tieferen Negativzins im kurzfristigen Bereich mittels einer Belastung der Zentralbankgeldmenge mit „künstlichen Durchhaltekosten“ für erforderlich. Aber er verweist auch auf die unbedingte Notwendigkeit einer Reform des Bodenrechts, um die Flucht von anlagesuchendem Geld in Sachwerte wie den Boden und das Landgrabbing überall auf der Welt zu verhindern, und auf die Notwendigkeit einer Reform der Unternehmensverfassung, um die Höhenflüge von Aktien zu vermeiden. „Solange all dies nicht geschieht, wird selbst eine an sich wünschenswerte konsequentere Negativzinspolitik ihre segensreichen Wirkungen nicht entfalten können. Die Geldpolitik droht vielmehr zur Kraft zu werden, die ‚das Gute will und doch das Böse schafft‘.“<sup>99</sup>

### **12.7.5 Wie weiter mit den negativen (Leit-)Zinsen? Zurück zu positiven Zinsen oder vorwärts zu ca. -5 %?**

Ohne weitergehende Ausblicke auf Reformen der Geld- und Bodenordnung sowie der Unternehmensverfassung drehen sich die Debatten um das Pro & Contra von negativen (Leit-)Zinsen bislang im Kreis von Halbheiten bzw. sie treten auf der Stelle, wo es weder zurück noch nach vorn geht und wo auch die Lehrbücher der Ökonomie noch keine Orientierungen für das tägliche Handeln von Notenbanken, Wirtschaft, Politik und Medien bieten. Mit einem von Jürgen Habermas in einem anderen Zusammenhang verwendeten Wort ließe sich derzeit von einer „neuen Unübersichtlichkeit“ sprechen.<sup>100</sup> Sie gehört zum Übergang von der alten kapitalistischen Marktwirtschaft zur neuen Marktwirtschaft ohne Kapitalismus offenbar dazu, weil weder die Fachwelt noch die unorthodoxen Verfechter einer Geld- und Bodenrechtsreform in der „Unterwelt“ der Ökonomie die einzelnen Schritte dieses Übergangs konkret voraussehen konnten. So hat der von Keynes visionär geahnte „wirtschaftspolitische Gezeitenwechsel“ von der kapitalistischen, wachstumsfixierten Akkumulations- und Konzentrationsdynamik zur dezentralisierten monopol-

---

<sup>98</sup> Dirk Löhr (2018), S. 17 - 18.

<sup>99</sup> Dirk Löhr (2015a), S. 57 - 69, hier: S. 67 - 68. - Dirk Löhr (2017a), S. 211 - 240 (Höhenflüge der Aktien).

<sup>100</sup> Ein 1985 von Jürgen Habermas im Suhrkamp Verlag Frankfurt/M. herausgegebenes Taschenbuch trug den Titel „Die Neue Unübersichtlichkeit“.

freien und sozial- wie naturverträglichen Marktwirtschaft ohne Kapitalismus bestenfalls gerade erst begonnen. In diesem Anfangsstadium der zweiten „großen Transformation“ (Polanyi) ist es deshalb angebracht, im Hinblick auf die leicht negativen Leitzinsen vorläufig noch mit Hickel von einem „Minuszinskapitalismus“<sup>101</sup> zu sprechen und sich nicht darüber hinweg zu täuschen, dass eine nachkapitalistische *Marktwirtschaft* noch in weiter Ferne liegt.

Immerhin gibt es schon seit geraumer Zeit auf den Jahrestagungen der „American Economic Association“ sehr nachdenklich-selbstkritische Äußerungen von Ökonomen über die Tragfähigkeit ihrer Modelle und die unzureichende Berücksichtigung des Finanzsektors in diesen Modellen. Makroökonomische Modelle ohne den Finanzsektor seien so wenig hilfreich wie Stadtpläne ohne Straßennamen.<sup>102</sup> Und wer hätte nach den Zeiten der dem globalen Süden vom IWF auferlegten Strukturanpassungsprogramme gedacht, dass ausgerechnet unter dem Dach des IWF auf Betreiben von Miles Kimball und Ruchir Agarwal Working Papers wie dasjenige von Katrin Assenmacher & Signe Krogstrup entstehen könnten, in denen versucht wird, ausgehend von Gesell und Keynes die gegenwärtige Negativzinsentwicklung tiefer zu durchdenken und Zukunftsperspektiven zu entwickeln?<sup>103</sup> Ebenso unvorstellbar war es noch vor wenigen Jahren, dass sich im Anschluss an eine Studie von Nicolas Rowe über „Keynesian parables of thift and hoarding“ einmal eine ganze Ausgabe eines Fachjournals wie der „Review of Keynesian Economics“ einer kontroversen Debatte über Null- und Negativzinsen widmen würde.<sup>104</sup>

Darüber hinaus gibt es leider noch keinen wirtschaftswissenschaftlichen Lehrstuhl geschweige denn ein ganzes Institut, der/das die neuere Negativzinsentwicklung zum Gegenstand systematischer Forschungen gemacht hätte. So wirken Unsicherheiten, Missverständnisse und Vorurteile von Fachleuten, Einflüsse von Interessengruppen und fehlende wirtschaftliche Kenntnisse der Allgemeinheit vorerst noch weiter als Hindernisse auf dem Weg zu fundierten wissenschaftlichen Klärungen. Inmitten der Unübersichtlichkeit der Debatten über Liquiditätsgebühren und durchschnittliche Nullzinsen stehen einige verständnisvolle Stellungnahmen<sup>105</sup> weiterhin vielen Abwehrreaktionen gegenüber wie die – noch moderate – von Gerhard Rösl (der Mitarbeiter der Deutschen Bundesbank war) & Franz Seitz & Karl-Heinz Tödter. Sie wären vermeidbar, wenn das Phänomen des Zinses in seiner ganzen Komplexität gesehen würde und wenn die Frage nach einer noch tiefe-

---

<sup>101</sup> Rudolf Hickel (2016b), S. 83.

<sup>102</sup> Vgl. Olaf Storbeck (2010). - Freilich wird es nicht genügen, neben den privaten Haushalten, den Unternehmen und dem Staat zukünftig auch noch die Banken und Schattenbanken in die Modellwelt zu integrieren. Auch das Geldwesen selbst muss hierbei berücksichtigt werden.

<sup>103</sup> Mark Schieritz (2016). - Katrin Assenmacher & Signe Krogstrup (2018) und Ruchir Agarwal & Signe Krogstrup (2019). Vgl. hierzu auch Beate Bockting (2019), S. 23 - 43.

<sup>104</sup> Nicolas Rowe (2016), S. 50 – 55. - Review of Keynesian Economics (April 2019).

<sup>105</sup> Zum Beispiel Günther Rehme (2018), S. 1 - 70.

ren Absenkung der Leitzinsen nicht mit der unglückseligen Forderung nach einer Abschaffung des Bargeldes verbunden würde.

Für Rösl & Seitz & Tödter „wären Bargeldabschaffung und Negativzinsen auf breiter Front ... ein sozio-ökonomisches Groß-Experiment, das mit der Gefahr verbunden ist, kontraproduktiv zu wirken“. Immerhin behaupten sie noch keinen unauflösbaren Zusammenhang zwischen einer Bargeldabschaffung und einer Belegung des Bargeldes mit „künstlichen Durchhaltekosten“ à la Keynes. „Mit negativ verzinstem Bargeld könnte die Nullzinsschranke aufgehoben werden. Bargeld bliebe als Zahlungsmittel erhalten und die Zahlungsmittelfreiheit der Bürger würde formal nicht eingeschränkt.“ Rösl & Seitz & Tödter zweifeln sogar auch nicht an der Möglichkeit, für die Erhebung von Durchhaltekosten des Bargeldes eine praktikable Methode zu finden. „Technisch ließe sich der Geldschwund heutzutage mit Hilfe von Chips auf Banknoten problemlos, wenngleich nicht kostenlos, implementieren.“ Dennoch warnen sie, dass hohe „gesellschaftliche Wohlfahrtsverluste von Negativzinsen“ entstehen könnten, und beziffern sie auch anhand mathematischer Formeln: „Schon bei einem Zins von -3 % p.a. auf die Bargeldhaltung entsteht für die Verbraucher im Euroraum (Deutschland) ein Verlust von rund 24 (5) Mrd. € pro Jahr.“<sup>106</sup> Dieser ‚Verlust‘ erscheint in einem anderen Licht, wenn mit diesem Geld die - bislang freilich noch nicht bezifferten - Kosten einer Implementierung von „rostenden Banknoten“ finanziert würden und wenn ein etwaiger Überschuss für gemeinnützige Zwecke verwendet würde. Dann wären diese vermeintlichen ‚Verluste‘ nur der Preis für die unvergleichlich höheren ‚Wohlfahrtsgewinne‘, die allen Menschen in Form der positiven Auswirkungen einer stetigen, störungsfreien Geldzirkulation zugutekommen könnten.

### **12.7.6 Verteufelung negativer Zinsen durch die neuere Österreichische Schule**

Viel schärfer noch als Rösl & Seitz & Tödter schießen Vertreter der von Mises und Hayek geprägten Österreichischen Schule der Ökonomie gegen negative Zinsen. Dabei vermischen sie ihre berechtigte Warnung vor einer „totalen Kontrolle der Bürger“ infolge einer Bargeldabschaffung mit einer fragwürdigen Warnung vor horrenden „Enteignungsszenarien“.<sup>107</sup> Abgesehen davon, dass es in den Debatten um eine Erhaltung oder Abschaffung des Bargeldes auch Zwischentöne gibt, sind auch die Auswirkungen der Liquiditätsgebühren und durchschnittlichen Nullzinsen entsprechend der Komplexität des Zinses sehr komplex. Einbußen von Sparzinsen als angeblich legitimer Belohnung für einen vorläufigen Konsumverzicht stehen Entlastungen von Zinszahlungen sowohl für Staaten als auch für Privat-

---

<sup>106</sup> Gerhard Rösl & Franz Seitz & Karl-Heinz Tödter (2017b), S. 7 - 8, 11 (Wohlfahrtsverluste) und 18 - 26 (Wohlfahrtsverluste).

<sup>107</sup> Zur neueren Österreichischen Schule vgl. die Website [www.nullzinspolitik.de](http://www.nullzinspolitik.de) und Michael Ferber (2019).

haushalte und Unternehmen gegenüber. Die Zinseinbußen sind also – worauf Isabel Schnabel vom Direktorium der EZB hinweist – „nicht das ganze Bild“. Im Gegensatz zur früheren unumstößlichen ‚Wahrheit‘, dass Zinsen eine Belohnung für einen Aufschub des Konsums aus der Gegenwart und die Zukunft seien, fügt Isabel Schnabel dem noch hinzu: „Es gibt kein Recht auf hohe Zinsen.“<sup>108</sup> Eine solche Äußerung aus Notenbankkreisen wäre vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen. Mit ebenso deutlichen Worten wendet sich auch Marcel Fratzscher als Leiter des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung“ (DIW) gegen die Vorurteile gegenüber der Null- und Negativzinspolitik der EZB.<sup>109</sup>

Dessen ungeachtet beklagen Gunther Schnabel sowie Rahim Taghizadegan & Ronald Stöferle & Gregor Hochreiter aus der Perspektive der Österreichischen Schule, dass die Notenbanken Japans, der USA und der Eurozone in ihrem Bestreben, eine große Deflationskrise der Weltwirtschaft wie 1929 zu verhindern, die Weltfinanzkrise seit 2008 mit einem exorbitanten Quantitative Easing bekämpft und die Weltwirtschaft damit in eine „Nullzinsfalle“ geführt hätten, in der sie nun gefangen seien. Für Schnabel ist die „Nullzinspolitik der EZB ein Fall für den Verbraucherschutz!“<sup>110</sup> In der Tat ist das Quantitative Easing sehr problematisch, aber es ist kein zwangsläufig notwendiger Bestandteil der Null- und Negativzinspolitik, sondern nur eine Folge des Umstands, dass sich die Zentralbanken bislang noch nicht dazu entschließen konnten, über leicht negative Leitzinsen hinauszugehen und „künstliche Durchhaltekosten“ (Keynes) auf die *gesamte* Zentralbankgeldmenge einzuführen. So ist das Quantitative Easing nur ein Notbehelf, der durch eine Geldreform überflüssig werden könnte.

Diesen Gegensatz zwischen dem Quantitative Easing und einer ‚richtigen‘ Geldreform beachtet Schnabel jedoch ebenso wenig wie Taghizadegan & Stöferle & Hochreiter. Nach deren Ansicht krankt die Wirtschaft am staatlichen Dirigismus und die ‚bereinigende Krise (‚schöpferische Zerstörung‘) ist nach der Finanzkrise nicht zugelassen worden. ... Negativzinsen wären lediglich eine höhere Dosis desselben Medikaments, das erst in diese missliche Lage geführt hat.“ Und nachdem Taghizadegan & Stöferle & Hochreiter die Negativzinsen auch noch als „Enteignung“ gebrandmarkt haben, empfehlen sie als einzigen Ausweg aus der „Nullzinsfalle“ und als Schritt zur „geldpolitischen Normalisierung“ schließlich die von Friedrich August von Hayek in den 1970er Jahren geforderte Aufhebung des staatlichen Geldmonopols und die Einführung eines „Währungswettbewerbs“ zwischen

---

<sup>108</sup> Isabel Schnabel (2020).

<sup>109</sup> Marcel Fratzscher (2019). - In jüngster Zeit sehen übrigens nicht nur Sparer, sondern auch Banken ihre Ertragskraft besonders durch Negativzinsen bedroht. Dabei wird die Ertragskraft der Banken wahrscheinlich noch viel mehr dadurch geschwächt, dass sich Superreiche von ihnen abwenden und eigene „Family Offices“ bilden. Zur Klage von Banken über negative Zinsen vgl. den Medienbericht „Negativzinsen treffen deutsche Banken besonders hart“ auf der Website <https://deutsche-wirtschaftsnachrichten.de/2019/06/09/negativzinsen-treffen-deutsche-banken-besonders-hart/> [Zugriff: 10.6.2019]. – Vgl. außerdem Ohne Verfasser (2019).

<sup>110</sup> Gunther Schnabel (2018), S. 19 - 21. - Thorsten Polleit (2019).

Geschäftsbanken, die ihr jeweils eigenes Geld emittieren und damit untereinander in einen Wettbewerb treten.<sup>111</sup> Die Folge wäre eine Einschränkung der Übersicht über die Märkte und der gesellschaftlichen Integration durch das Geld, ohne dass sich etwas an der problematischen kapitalistischen Grundstruktur der Währungen ändern würde. Dadurch würde gerade jene „Deformation der Gesellschaft“ gefördert, die Taghizadegan der Null- und Negativzinspolitik zu Unrecht als Folge unterstellt.<sup>112</sup>

Geradezu ein Horrorszenario sind Liquiditätsgebühren und durchschnittliche Nullzinsen für Thorsten Polleit, den Präsidenten des Ludwig-von-Mises-Instituts und Chefökonom des Degussa Goldhandels. Für ihn sind sie geradezu ein Weg in den „Untergang der freien Marktwirtschaft“ und zum „Ende der Wohlfahrtsdemokratie. ... Mit der Negativzinspolitik kommt die Planwirtschaft.“<sup>113</sup> In der rechtskonservativen Zeitschrift „Junge Freiheit“ schrieb Polleit gar: „Die EZB-Minuszinspolitik unterwandert die Marktwirtschaft ... (und) ... gleicht im Grunde einem ‚marxistischen Frontalangriff‘ auf die verbliebenen kapitalistischen Elemente des europäischen Wirtschafts- und Finanzsystems.“<sup>114</sup>

### **12.7.7 Mit Vollgeld zurück zu einem „Normalzustand“ mit positiven Zinsen (Joseph Huber)?**

Im Chor der Kritiker des Null- und Negativzinses singt auch der Vollgeld-Protagonist Joseph Huber mit. In seiner Kritik am Negativzins als „Wundermittel, das keins ist“ (2019) spricht er von einem „weltweiten *sogenannten* Ersparnisüberhang“. Zwar sei in der Tat in den Nachkriegsjahrzehnten zunächst sehr viel Kapital gebildet worden, aber dann habe eine „globale Finanzialisierung“ auf der Basis einer „zusätzlichen Geldschöpfung und Kreditausweitung zwecks Ausweitung bzw. Aufhebelung von Finanzgeschäften“ eine zunehmende Bedeutung erlangt. „Das mündete in diverse Finanzblasen und Krisen auf wandernden weltregionalen Hotspots, besonders in Aktien, Immobilien, Staatsschulden und Währungskrisen. ... Was verharmlosend Ersparnisüberhang (savings glut) genannt wird, ist tatsächlich ein nie dagewesenes Übermaß an anlagensuchendem Finanzkapital.“<sup>115</sup>

Für Huber ist es „völlig unklar“, weshalb von negativen Zinsen eine Lösung der Probleme auf den globalen Finanzmärkten zu erwarten sei. „Die Erwartung, Negativzins würde die Geldbesitzer dazu bewegen, ihr Geld schneller auszugeben, ist nicht so gut begründet wie es den Verfechtern der Idee erscheint.“ Gesell habe „in

---

<sup>111</sup> Rahim Taghizadegan & Ronald Stöferle & Gregor Hochreiter (2019), S. 242 - 243 (Negativzins als Enteignung) und 251 (Währungswettbewerb à la Hayek). - Auch Nikolaus Muchitsch vom Hayek-Institut bezichtigt den IWF der Absicht, die Vermögenden durch negative Zinsen und eine Abschaffung des Bargeldes, „enteignen“ zu wollen. Vgl. Nikolaus Muchitsch (2019).

<sup>112</sup> Rahim Taghizadegan (2019).

<sup>113</sup> Thorsten Polleit (2019a).

<sup>114</sup> Thorstein Polleit (2019b).

<sup>115</sup> Joseph Huber (2019a), S. 7 - 8 (Ersparnisüberhang und Geldschöpfung).

den Kategorien einer Bargeldwirtschaft“ gedacht, was 1932/33 in einem kommunalen Freigeldexperiment in Wörgl/Tirol getestet worden sei und Keynes „zu seinen Begriffen der Liquiditätspräferenz und der Liquiditätsfalle ... inspiriert“ habe. Zum Experiment von Wörgl meint Huber, dass „diese Sache ... ohne den monatlichen 1%-Negativzins ... ebenso gut gelaufen ... wäre.“ Dagegen spricht die Erfahrung, dass die Arbeitslosigkeit in Wörgl sank, während sie im übrigen Österreich während der Dauer dieses Experiments weiter anstieg. Gleichwohl kann ein kommunales Experiment trotz seines Achtungserfolgs natürlich nur eine bedingte Aussagefähigkeit für die Erfolgsaussichten einer Geldreform in einem ganzen Land haben.<sup>116</sup>

Davon abgesehen hält Huber die Problematik der Liquiditätspräferenz für sehr viel unwichtiger als Gesell und Keynes und er gibt hierfür die folgende Begründung: In keinem industriell entwickelten Land der Welt gebe es heute eine „Unterkonsumtion. Sorgen bereitet heute eher schon ein verbreiteter Überkonsum unter ökologischen Aspekten. ... Es ist gerade unter diesem Aspekt reichlich seltsam, dass sich unter den Befürwortern von Negativzinsen als Wachstumsstimulans ausgerechnet viele ökologisch Gesinnte befinden und dass sie das nicht nur als eine temporäre Krisenmaßnahme, sondern als dauerhaftes Stimulans verstanden haben wollen.“<sup>117</sup> Bei der Auseinandersetzung mit diesem durchaus ernst zu nehmenden Einwand gilt es zunächst zu unterscheiden zwischen den Vorstellungen, die die Notenbanker in Skandinavien, in der Eurozone, in der Schweiz und in Japan sowie mehrere angelsächsische Ökonomen wie Buiter, Kimball und Rogoff bislang mit Negativzinsen verbinden, und den Erwartungen, die Gesell und Keynes an einem Geld mit „künstlichen Durchhaltekosten“ knüpften:

- Mit der verständlichen Absicht, eine drohende Rezession der Weltwirtschaft oder gar eine eventuelle Wiederholung von Megakrisen wie 1929 und 2008 zu verhindern, praktizieren mehrere Notenbanken seit einigen Jahren leicht negative (Leit-)Zinsen. Und mit derselben Absicht denken einige angelsächsische Ökonomen über Wege zu noch tieferen und wirksameren Negativzinsen nach, wobei sie negative Zinsen nur als eine kurzfristig anzuwendende geldpolitische Maßnahme in Erwägung ziehen, mit der sie der Weltwirtschaft in der Tat Wachstumsimpulse geben wollen. Hubers Frage nach einem Unter- oder Überkonsum stellen sie noch gar nicht und betrachten auch den Konsum lediglich als einen makroökonomischen Sammelbegriff, ohne dabei die soziale Ungleichheit mit in den Blick

---

<sup>116</sup> Joseph Huber (2019a), S. 8 - 11 (Negativzins, Gesell, Wörgl und Keynes). - Zum Experiment von Wörgl vgl. Werner Onken (1997). - Dazu entstand sogar ein TV-Spielfilm „Wunder von Wörgl“ mit Karl Markovics in der Hauptrolle, der im Dezember 2018 im Bayerischen Rundfunk und am 5. Juli und 12. August 2019 auf ARTE ausgestrahlt wurde; vgl. dazu die Website <https://www.br.de/presse/inhalt/presstedossiers/das-wunder-von-woergl-ex-der-geldmacher-urs-egger-karl-markovics-100.html> (Zugriff: 17.3.2020). - Aus neuerer Zeit ließen sich auch die praktischen Erfahrungen von Regionalgeldern wie dem „Chiemgauer“ einbeziehen; vgl. dazu zwei Interviews mit dem Initiator Christian Gelleri auf <https://www.youtube.com/watch?v=pAl5qAx62Eo> und auf <https://www.youtube.com/watch?v=olbAqt7elpk> (Zugriffe: 26.3.2020).

<sup>117</sup> Joseph Huber (2019a), S. 12 (Negativzins als Wachstumsstimulans).

zu nehmen und zu berücksichtigen, dass es je nach der Zugehörigkeit der Konsument/innen zu den unteren, mittleren und oberen Schichten vielfältige Formen sowohl eines Unter- als auch eine Überkonsums gibt und dass der gesamtgesellschaftliche Konsum längst ökologisch bedenkliche Ausmaße angenommen hat. Den über noch tiefere Negativzinsen nachdenkenden Notenbankern und Ökonomen geht es tatsächlich vorerst nur um kurzfristige Wachstumsimpulse. Obendrein betreiben sie die Negativzinspolitik bislang noch gar nicht auf der Grundlage von „rostenden Banknoten“ (Gesell) bzw. eines Geldes mit „künstliche Durchhaltekosten“ (Keynes), sondern sie flankieren stattdessen Negativzinsen mit dem untauglichen und von Huber zu Recht kritisierten Quantitative Easing.

● Im Gegensatz dazu stellten sich Gesell und Keynes eine echte Geldreform mit dem Grundgedanken eines „stamped money“ nicht nur als eine kurzfristig anzuwendende Maßnahme vor (als die übrigens das berühmte-berühmte Deficitspending ursprünglich gedacht war), sondern - was im Hinblick auf die inzwischen eingetretene Übernutzung der Erde noch problematischer erscheinen könnte - als ein in Verbindung mit einer Reform des Boden- und Ressourcenrechts dauerhaft anzuwendendes geldpolitisches Instrument. (Eine solche begleitende Reform und auch eine ebenfalls dazu gehörende Reform der Unternehmensverfassung haben übrigens weder die Negativzins-Ökonomen noch Huber im Blick.) Entgegen ihrem ersten Anschein muss die Geldreform jedoch keineswegs per se ein Wachstumsmotor sein. Im Gegenteil, schon Keynes stellte sich seinerzeit als ihre mittel- und langfristige Folge einen Übergang in ein „quasi-stationäres Gemeinwesen“ vor.<sup>118</sup> Und auch Gesells ursprünglich wachstumsfreundliche Begründung der Geldreform ließe sich zusammen mit den Reformen der Bodenordnung und der Unternehmensverfassung zu einer wachstumskritischen Gesamtperspektive weiterentwickeln. Darin geht es gar nicht darum, den Konsum immer noch weiter anzuhetzen, sondern es geht darum,

1. den Geldfluss so zu verstetigen, dass sich die Geldmenge exakt steuern lässt - unabhängig davon, ob das Volumen an Gütern und Diensten wächst, stagniert oder sogar schrumpft, und
2. geht es darum, den bislang renditegetriebenen Wettlauf um Innovationen und „schöpferische Zerstörungen“ (Schumpeter) bei langfristig um null pendelnden Zinsen zu entschleunigen.<sup>119</sup>

Bei näherem Hinsehen könnte es sich also als völlig falsch erweisen, den Negativzins wie Huber als „technokratische Torheit“ und als einen „abergläubischen Exorzismus der ‚Liquiditätspräferenz‘ der Leute“ abzuqualifizieren. Im Übrigen dachte Keynes bei seiner Liquiditätspräferenztheorie gar nicht nur an den (undifferenzierten) Konsum, sondern an den Aufschub von Investitionen in Zeiten mit rückläufigen und zu geringen Rentabilitätsaussichten.

---

<sup>118</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 182 - 185.

<sup>119</sup> Weitere Ausführungen hierzu finden sich im Kap. 13.7 dieses Buches.

Huber zufolge könne „ein Zins allenfalls auf null sinken, aber nicht negativ werden. Auf einem nicht manipulierten Markt sind Zinsen immer positiv. ... Die Nullzinsgrenze zu durchbrechen, ist möglich in einer Welt der Zahlen, aber nicht in der wirklichen Welt.“ Deshalb strebt Huber auch die Rückkehr in einen „Normalzustand“ mit dauerhaft positiven Zinsen und eine „Wiedergewinnung monetärer Kontrolle“ ausschließlich durch „strukturelle Veränderungen des gegenwärtigen Systems der Geldschöpfung“ an.<sup>120</sup> Die Einführung von Vollgeld könnte zwar die Art und Weise verbessern, wie Geld in den Verkehr gelangt, aber es könnte nicht den kapitalistischen Charakter des in den Verkehr gegebenen Geldes verändern und wäre nicht ausreichend, um auch - was mit Hilfe von Freigeld erreicht werden soll - die Störungen in der Geldzirkulation und die damit und mit einem dauerhaft positiven Zins einhergehenden Verteilungsungerechtigkeiten zu überwinden. Warum sollte sich anstelle von Hubers Abwehrhaltungen nicht in einem offenen Dialog untersuchen lassen, wie die dem kapitalistischen Geld in seinem widersprüchlichen Kern innewohnende Machtstruktur im Bereich der Banken, Unternehmen und anderer Institutionen zur Entstehung von entsprechenden Machtstrukturen geführt hat und wie diese sowohl unsichtbaren als auch sichtbaren Facetten der Machtstrukturen mit mehreren sich wechselseitig ergänzenden Reformmaßnahmen überwunden werden könnten?

Dabei bleibt auch zu bedenken, dass der mittlerweile weit verbreitete Begriff der Negativzinsen die falsche Vorstellung weckt, dass die Sparer/innen enteignet werden sollen. Das tatsächliche Ziel der Geldreform ist demgegenüber eine Kombination von Negativ- und Nullzins in dem Sinne, dass nur dem kurzfristig verfügbaren Geld „künstliche Durchhaltekosten“ (Keynes) auferlegt werden und dass das mittel- und langfristig angelegte Geld bei durchschnittlichen Nullzinsen eine nicht mehr von Inflation oder Deflation gefährdete absolute Kaufkraftstabilität erhalten soll. Obendrein ist der „Negativzins“ auf kurzfristiges Geld genau genommen gar kein Zins, sondern eine Gebühr auf liquide Kassenhaltung.

### **12.7.8 Zwischen Abwehr und allmählicher Akzeptanz von Null- und Negativzinsen**

Noch stärker als die neuere Österreichische Schule dämonisieren die beiden Ökonomen Aloys Prinz & Hanno Beck geradezu das Vollgeld und das Freigeld und auch die neuerdings vor allem in den USA kontrovers diskutierte Modern Monetary Theory (MMT), die u.a. auf Georg Knapps „Staatliche Theorie des Geldes“ und auf Abba Lerner zurückgeht. Angesichts der Null- bzw. Negativzinsen will sie – stark vereinfacht – das keynesianische Deficitspending in modifizierter Form neu beleben. „Mehr als ein Jahrzehnt nach der Finanzmarktapokalypse wandeln die Ideen toter Ökonomen wie Untote durch die Politik und sollen Antwort auf die

---

<sup>120</sup> Joseph Huber (2019a), S. 8 (Normalzustand) und 14 [“abergläubischer Exorzismus”] - 16.

Euroschulden- und Finanzmarktkrise geben.“ Als Teil dieser „Untotentrias“ und „Zombieapokalypse“ unterstellen auch Prinz & Beck Gesell völlig zu Unrecht die Absicht, er habe durch eine Abschaffung des Bargeldes zu noch tieferen Negativzinsen gelangen wollen.<sup>121</sup>

Statt vor einer Wiederkehr von „Zombies der Ökonomie“ zu warnen, gibt es in den gegenwärtigen Zeiten einer ohnehin schon sehr fragilen und durch die Corona-Krise nochmals fragiler gewordenen Lage der Weltkonjunktur, der Ratlosigkeit der Ökonomie und der sehr verletzlichen dünnen ‚Humusschicht‘ der Zivilisation mehrere gute Gründe, die Suche nach einem gangbaren Weg zur einer Kombination aus noch tieferen ‚Negativzinsen‘ im kurzfristigen Bereich (Liquiditätsgebühren) und durchschnittlichen Nullzinsen im mittel- und langfristigen Bereich ohne ideologische Scheuklappen und ungeachtet demagogischer Sperrfeuer voranzubringen: Es ist fraglich, ob es im Falle eines weiteren großen Crashes wie 1929 und 2008 nochmals möglich sein wird, gigantische Rettungspakete zu finanzieren – erst recht, wenn sie nur aus den Steuermitteln der Allgemeinheit finanziert werden sollen, ohne dass Reiche und Superreiche gemäß dem Umfang ihres Vermögens zu entsprechenden Beiträgen herangezogen werden.<sup>122</sup> Auch können zweit- und drittbeste Ersatzlösungen wie vormals (Hyper-)Inflationen, schuldenfinanzierte Beschäftigungsprogramme oder das Quantitative Easing mit den exorbitant hohen Aufkäufen von Staats- und Unternehmensanleihen nur kurzfristig zu Zeitgewinnen führen – wie dies gerade nochmals zur Bewältigung der Corona-Krise versucht wird. Aber sie können keine mittel- und langfristig tragfähigen Problemlösungen herbeiführen. Also was passiert, wenn sich die nächste wirtschaftliche Rezession ausbreitet oder gar ein weiterer Crash eintritt? Und was passiert, wenn sich obendrein auch noch die ökologische Krise mit unabsehbaren Folgen der Erderwärmung und Ressourcenverschwendung verschärft?

Auf allen Ebenen nehmen gesellschaftliche Spannungen unübersehbar zu und angesichts der allgemeinen Verunsicherung gewinnen rechtspopulistische Fehlorientierungen an Einfluss - bis hin zum Umkippen von demokratischen in autoritäre Regierungsformen - , während die sog. bürgerliche Mitte sowie die links- und linksliberalen Kräfte keine Mittel finden, dieser Aushöhlung der Demokratie durch wirtschaftliche Macht und populistische Ideologien wirksam entgegenzutreten.

Nicht erst beim nächsten Crash, sondern noch *vorher* müssen diese Existenzfragen durch systematische Forschungen geklärt werden - und zwar nicht nur im

---

<sup>121</sup> Aloys Prinz & Hanno Beck (2019). - Genaueres zur Modern Monetary Theory bei Dirk Ehnts (2017), S. 89 – 102. – Zu den deutschen Kritikern der MMT gehört auch Joseph Huber (2019b).

<sup>122</sup> Erinnert sei in diesem Zusammenhang daran, dass Silvio Gesell unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg die Forderung nach einer einmaligen gestaffelten Vermögensabgabe erhob, um alle Bevölkerungsschichten gemäß ihrer jeweiligen Leistungskraft zur Bewältigung der Kriegsfolgen heranzuziehen; vgl. Silvio Gesell (1919/1991a). Und erinnert sei hier ebenfalls an das Lastenausgleichsgesetz nach dem Zweiten Weltkrieg (1952). Vgl. dazu Lutz Wiegand, Der Lastenausgleich in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1985, Frankfurt/M. 1992.

Sinne der Linderung einer schweren multiplen Krise durch einen ‚geldtechnisch‘ anmutenden Kniff, sondern auch im Hinblick auf die Öffnung eines Tors zu einer menschenrechtlich fundierten Gesellschaft freier und gleicher Bürger/innen, die im Frieden mit sich und der Natur leben können. Dazu ist es notwendig - was in diesem Buch ansatzweise versucht werden sollte - , zur ‚Unglücksstelle‘ in den Anfängen der klassischen Ökonomie zurückzugehen, wo der Zug in die Moderne infolge der falschen Lehre von den drei Produktionsfaktoren des konzentrierten Kapitals, der vom Produktionsmitteleigentum entblößten Lohnarbeit und der ‚freien‘ Naturgüter entgleiste. Des Weiteren ist es notwendig, sich von hier aus die weiteren ökonomischen Fehlentwicklungen in ihrem gesellschaftspolitischen Gesamtzusammenhang zu vergegenwärtigen. Vor diesem Hintergrund könnten schließlich mit Hilfe von Reformen der Geld- und Bodenordnung und der Unternehmensverfassung die Weichen in eine zukünftige „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ neu gestellt werden, in der das Geld, die Produktionsmittel und der Boden bzw. die Natur entkapitalisiert werden und in der die Lohnarbeit in selbstbestimmte Tätigkeiten innerhalb vieler kleinerer und mittlerer Unternehmen übergeht. Zu diesen Reformen gehören schließlich auch eine Reihe weiterer Reformen zur Bändigung der internationalen Finanzmärkte, die von Peukert systematisch dargestellt und begründet wurden<sup>123</sup>, und weitere Reformen u.a. im Steuer- und Erbrecht, denn von dieser Systemtransformation dürfte kein einziger rechtlich geregelter Lebensbereich unberührt bleiben.

## **12.8 Antikapitalismus - von links wieder nach rechts?**

Auch wenn der Name Silvio Gesell in den Diskussionen über negative Leitzinsen wieder häufiger auftaucht, so bedeutet dies noch nicht, dass damit auch schon das trotz mancherlei Unvollkommenheiten und Schwächen in seiner Bodenrechts- und Geldreform enthaltene Potenzial erkannt würde, die Ideale der bürgerlichen Revolutionen von 1789 und 1848 mit historischer Verspätung zu verwirklichen. Dabei könnte diese umfassende Reform wirtschaftliche Destabilisierungen wie diejenige verhindern, die während der 1920er Jahre die Weimarer Demokratie unterminierte und sie in die Gefahr brachte, dem nationalsozialistischen oder kommunistischen Totalitarismus anheim zu fallen. Tragischer Weise blieb dieses Potenzial auch nach Auschwitz und Hiroshima unerkannt - sowohl in den Nachkriegsjahrzehnten des Wirtschaftswunders als auch in den späteren Jahrzehnten der mittlerweile chronisch gewordenen ökonomischen und ökologischen Krisen. Werden in unserer Zeit die Wissenschaften, die Politik und die Zivilgesellschaft dieses Potenzial erkennen, das die Bodenrechts- und Geldreform zur Lösung der ökonomischen und ökologischen Krisen beitragen könnte? Werden sie es aufgreifen und zeitgemäß weiterentwickeln, bevor die sich verschärfenden sozialen Gegensätze zum Auseinanderbrechen der Gesellschaft führen und abermals zum

---

<sup>123</sup> Vgl. den obigen Abschnitt 12.5.

Nährboden für extremistische Ideologen werden und bevor es zu weiteren Kriegen um die endlichen Ressourcen und zu einer Klimakatastrophe kommt?

Wie Gesell zwei Jahre vor dem Beginn des Ersten Weltkriegs schrieb, können Krisen sehr schnell zu Zeiten „der Revolution, der Anarchie und des Despotismus“ werden. „Warten wir nicht ..., um eine geistige Arbeit zu verrichten, wozu Ruhe und Frieden unentratbare Voraussetzungen sind. Jetzt ist die Zeit, die Währungsfragen zu erörtern.“<sup>124</sup> In diesem Sinne mag es *jetzt* noch ein guter Zeitpunkt inmitten der gegenwärtigen multiplen Finanz- und Klimakrise sein, sich des ganzen Spektrums der Ansätze einer Bodenrechts- und Geldreform zu erinnern und sie zusammen mit der Gedankenwelt des Frühsozialismus sowie des frühen Ordoliberalismus und der „Small is beautiful“-Bewegung zum Gegenstand einer systematischen Forschung über Wege in eine gerechtere und friedlichere Zukunft zu machen. „Das, was ich will, ist nicht Sache *eines* Menschen“, schrieb Gesell zwei Jahre vor seinem Tod in einem Brief, nachdem er sich nahezu 40 Jahre mit den Grundgedanken einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ beschäftigt hatte. Schon in seinen Frühschriften hatte er die Hoffnung geäußert, dass andere Menschen „das, was ich hier in einfachem kaufmännischem Stil geschrieben habe, mit wissenschaftlichen Schnörkeln versehen, die doch nur allein auf die Menschen dieses Jahrhunderts einen Eindruck machen.“ Und sein größter Wunsch war es, „die Aufmerksamkeit der Sozialisten auf das Geldwesen lenken“ zu können.<sup>125</sup>

Leider haben die marxistische Arbeiterbewegung, die ebenfalls von Marx geprägte 1968er Studentenbewegung und Teile der Ökologiebewegung sich lange Zeit hartnäckig abwehrend gegenüber den Geld- und Bodenrechtsreformgedanken verhalten und es versäumt, diese Denkansätze kritisch zu rezipieren und eine ebenso liberale wie soziale bzw. liberalsozialistische Alternative zum Kapitalismus zu entwickeln. Stattdessen hielten sie Marx bis zur Wende oder noch darüber hinaus die Treue oder sie fanden eine neue geistige Heimat zum Beispiel bei Schumpeter und der Evolutorischen Ökonomik oder sie hielten wie die Ökonomen in der „Memorandum-Gruppe“ die Fahne des postkeynesianischen Defizitspendings hoch. Nachfolgend seien noch einige neuere Beispiele einer linksliberalen und linken Gesellschaftskritik genannt, die trotz einiger vielversprechender Ansätze noch nicht tief genug schürfte, um die strukturellen Wurzeln der sozialen und ökologischen Krise ganz freilegen zu können.

---

<sup>124</sup> Silvio Gesell (1912/1990f), S. 280 – 281.

<sup>125</sup> Silvio Gesell (1892/1988a), S. 152 (Aufmerksamkeit der Sozialisten). Ders. (1928/1997a), S. 354. - Für marxistische SozialkritikerInnen schrieb auch Dieter Suhr sein Buch über den „Kapitalismus als monetäres Syndrom“ (1988), auf der Website [http://www.dieter-suhr.info/files/luxe/Downloads/Suhr\\_Kapitalismus.pdf](http://www.dieter-suhr.info/files/luxe/Downloads/Suhr_Kapitalismus.pdf)

## 12.8.1 Ulrich Busch und der „negative Geldfetischismus“

Für den ostdeutschen Ökonomen Ulrich Busch, der den Redaktionen der Zeitschriften „Utopie kreativ“ und „Berliner Debatte Initial“ angehört, stand außer Frage, dass Marx wegweisende Vorarbeiten für die Analyse der Geldes im Kontext mit der Produktionssphäre geleistet habe. Gleichwohl habe die neuere „politische Linke zum Geld ein gespanntes, nicht selten sogar gestörtes Verhältnis, ja mitunter sogar feindliches Verhältnis“. Busch kritisierte ihre „rational kaum nachvollziehbare ... Fixiertheit auf bestimmte Formen desselben wie Kredit, Zins, Geldvermögen und Schulden“. Ihr „haftet etwas Ressentimenthaftes an, etwas Irrationales und ‚Verkehrtes‘“, weshalb Busch bei der politischen Linken eine „Projektion des Geldfetischismus der bürgerlichen Gesellschaft“ sah, gewissermaßen einen „negativen Geldfetischismus“. Er komme von der „Vorstellung her, dass die Wurzel kapitalistischer Ausbeutung, Ungerechtigkeit und Fehlentwicklung im Geld zu suchen sei und nirgendwo sonst.“<sup>126</sup> Demgegenüber war es jedoch das eigentliche Charakteristikum der politischen Linken, dass sie die tiefere Ursache der kapitalistischen Ausbeutung primär in der Produktionssphäre suchte und gerade nicht in der Zirkulationssphäre.

Ähnlich ‚verkehrt‘ war Buschs Ablehnung von „Geldkritik- und Reformansätzen“ wie denjenigen von „Silvio Gesell, John Hobson, Major Douglas und Margrit Kennedy“, indem er sie in die Nähe des neoklassischen Glaubens an die Neutralität des Geldes rückte und obendrein noch behauptete, dass „sie sich für eine Tauschwirtschaft ohne Geld einsetzen bzw. fordern, den Einfluss des Geldes in der Gesellschaft generell zurückzudrängen.“ Diese Forderung nach einer „aktiven Neutralisierung des Geldes“ sei eher moralisch als theoretisch begründet und laufe auf eine „Zurückdrängung des Kredits, der Banken usw.“ hinaus, „womit sie in ihrem theoretischen Kern mit der neoklassischen Orthodoxie übereinstimmen.“ Schlichtweg falsch war Buschs Behauptung, dass diese Geldkritik- und Reformansätze „ihr Heil in einer vor-monetarisierten Welt ohne Kredit und Zins, basierend auf Subsistenzwirtschaft und Gütertausch“ suchen würden und darum bloß „unfruchtbare Utopien“ seien.<sup>127</sup>

Für fortschrittlicher hielt Busch zum einen die „Wesensbestimmung“ des Geldes von Marx besonders im Band 3 des „Kapital“, in dem das Geld als „Kapitalgeld“ und „Kreditgeld“ analysiert worden sei, nachdem es im Band 1 noch vorwiegend als „Tauschgeld“ erschienen sei. Und für fortschrittlicher als die Ansätze von Gesell, Hobson und Douglas hielt Busch zum anderen auch die „Allgemeine Theorie“ von John Maynard Keynes „sowie deren Weiterentwicklung durch den Postkeynesianismus“ - vor allem, weil darin eine „positive Haltung zum Geld und Begründung desselben als ‚Verbindungsglied zwischen der Gegenwart und der Zukunft‘“ zum Ausdruck komme. Dies hielt Busch für die eigentliche „Revolution in der

<sup>126</sup> Ulrich Busch (2004), S. 146 (negativer Geldfetischismus).

<sup>127</sup> Ulrich Busch (2004), S. 142 (Kritik an vermeintlich neoklassischen Geldreformansätzen).

Wirtschaftstheorie ... , richtungweisend ... für den geldtheoretischen Paradigmenwechsel als auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht“. Dabei war es gerade der Grundgedanke der Liquiditätspräferenztheorie, die für Busch zu Recht „im Zentrum der Keynesischen Geldtheorie“ stand, der schon der zentrale Gedanke von Gesell gewesen war. Und Gesell wollte ausdrücklich nicht zu einer geld- und kreditlosen Tauschwirtschaft zurück, sondern ‚nur‘ zu einer Geld- und Kreditwirtschaft voranschreiten, in denen Geld und Kredit keine strukturelle Herrschaft mehr über Menschen und Märkte ausüben.<sup>128</sup> Könnte das im Zeitalter allmächtiger Finanzmärkte und Konzerne vielleicht doch eine ‚linke fruchtbare Utopie‘ werden?

### **12.8.2 Elmar Altvaters Ablehnung der Geld- und Bodenrechtsreform als „verkürzter Kapitalismuskritik“**

Während Busch zwar widersprüchlich, aber immerhin sachlich argumentierte, verbreiteten andere ‚linke‘ Autoren wie Elmar Altvater während der 1990er und 2000er Jahre auch Vorurteile gegen die Bodenrechts- und Geldreform. Im Gegensatz zu Marx würden deren Verfechter einem „Geldfetisch“ unterliegen und sich nicht „für die Zwischenglieder des Produktionsprozesses zwischen der Investition von Geld und ihrem zinstragenden Ergebnis interessieren. ... Die Kritik des Zinses ersetzt die Kritik der politischen Ökonomie.“ Entgegen dem Selbstverständnis der Trias aus Reformen des Geldwesens, des Bodenrechts und der Unternehmensverfassung als menschenrechtlich fundierter Kritik an der Akkumulation von Geld-, Boden- und Realkapital werde der „Antikapitalismus“ von ihr „zu einer Kritik großer Finanzvermögen und spekulierender Finanzmagnaten ... verkürzt“, um „anschlussfähig an ... nationalistische und rassistische Konstrukte“ zu sein.“<sup>129</sup> Könnte es neben notwendigen inhaltlichen Auseinandersetzungen bei der ‚linken‘ Abwehrhaltung gegenüber der Geldreform vielleicht ähnlich wie in der Geschichte der Religionen und in den ideologischen Grabenkämpfen innerhalb der Arbeiterbewegung vor 1933 auch darum gehen, Marx‘ Deutungshoheit über die Kapitalismuskritik zu verteidigen und konkurrierende Erklärungsansätze auszuschalten? Dabei ließen sich gerade zwischen dem Band 3 des „Kapital“ von Marx & Engels Verständigungsbrücken zur Geldreform bauen.<sup>130</sup> Und der Vorwurf an die Geldreform, dass sie die Eigentumsfrage umgehe, ist schon allein wegen ihrer engen Verzahnung mit der Reform der Boden- und Ressourcenordnung unhaltbar.

---

<sup>128</sup> Ulrich Busch (2004), S. 143 (Marx und Keynes).

<sup>129</sup> Elmar Altvater (2004) und (2015), S. 21 (anschlussfähiger Geldfetischismus und verkürzte Kapitalismuskritik). - Peter Bierl (2012). - Vgl. außerdem Ulrich Busch (2015), S. 33 - 40. - Beat Weber (2015), S. 217 - 236, hier: S. 225 - 228. - Alfred Müller (2016).

<sup>130</sup> Auch Altvaters Veröffentlichungen enthalten übrigens Passagen, die sich für den Bau von Verständigungsbrücken zur Geldreform eignen: kritik-von-links.html [Zugriff: 18.4.2019].

### 12.8.3 Christoph Deutschmanns Erinnerung an Gesell und Keynes und David Harveys Annäherung an ein „oxidierendes Geld“ als Zwischenschritt zu einer „Gesellschaft ohne Tauschwert“

Neben unsachlich ‚verkürzten‘ Darstellungen der Geld- und Bodenreform gibt es aber auch vorsichtige Annäherungen an ihre Grundgedanken wie diejenigen des Soziologen Christoph Deutschmann (\*1946) und des US-amerikanischen Human-geografen und Soziologen David Harvey (\*1935).

Gegen Ende seiner Studien über die quasi religiöse Struktur des Finanzmarkt-kapitalismus erinnerte Deutschmann zum einen an Walter Benjamins Fragment „Kapitalismus als Religion“ aus dem Jahr 1921 und zum anderen an „Gesells und Keynes‘ Desiderat, die Kapitaleigentümer von ihrer Vorstellung abzubringen, sie hätten einen Anspruch auf einen ‚Ertrag‘.“ Dies müsste „in seiner ganzen Tragweite verstanden und praktisch in Angriff genommen werden - wahrlich keine geringe Aufgabe!“ Deutschmann hatte seinerzeit noch den Eindruck, dass „die Produktion ... dann in der herkömmlichen Weise fortgeführt werden ... könnte, auch wenn sie keine Mehrwertkomponente enthält und nur noch konkreten, keinen absoluten Reichtum mehr liefert - es müssten nur die Kosten gedeckt werden. ... Auch ‚Unternehmerlohn‘ würde es geben, jedoch keinen Kapitalprofit mehr.“ Das könnte für die erste Zeit nach der Einführung einer Geldreform noch zutreffen; jedoch würden alsbald auch qualitative Veränderungen in der Produktionssphäre einsetzen. Die Gesellschaft würde Deutschmann zufolge „vom Imperativ der Innovation und Akkumulation abgekoppelt“ und „die ‚Erwerbswirtschaft‘ in eine ‚Versorgungswirtschaft‘ (Binswanger) rückverwandelt“. Es entstehe dann „eine im genauen Sinn ‚sozial eingebettete‘ Marktwirtschaft, die keinen ewigen Schätzen mehr nachjagt, sondern das durch das Geld verborgene tatsächliche Ausmaß sozialer Interdependenz der Menschen als endlicher und bedürftiger Wesen anerkennt.“<sup>131</sup> -

Angesichts der bisherigen Abwehrhaltungen und Berührungsängste von ‚linken‘ KapitalismuskritikerInnen gegenüber der Geld- und Bodenrechtsreform ist es ebenfalls bemerkenswert, dass sich der stark von Marx beeinflusste David Harvey in seinem Buch „Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus“ (2015) näherungsweise auf die Idee einer Geldreform eingelassen hat. Zwar orientiert sich Harvey nach wie vor an dem „utopischen Ziel einer Gesellschaftsord-

---

<sup>131</sup> Walter Benjamin (1921/1985), S. 100 – 103; auszugsweise auf der Website <https://silvio-gesell.de/wahlverwandte.html#WalterBenjamin> – Christoph Deutschmann (1999), S. 180 – 183. – Ders. (2004), S. 154 – 163 (kapitalzinsfreie Wirtschaft); auf der Website <https://silvio-gesell.de/wahlverwandte.html#ChristophDeutschmann> – Vgl. auch Christoph Deutschmann (2002), (2003), (2006) und (2008). – Zu Deutschmann vgl. auch das Kap. 11 dieses Buches, S. 62 – 63, und zu den allmählichen qualitativen Veränderungen in der Produktionssphäre vgl. die Kap. 13.5 und 13.6 in diesem Buch.

nung ohne Tauschwert“, das „erst noch formuliert werden muss“, obwohl alle Versuche einer Abschaffung des Geldes gescheitert sind. Aber es „könnte sinnvoll sein, als Zwischenschritt eine Quasi-Geldform zu etablieren, die den Tausch erleichtert, aber die private Akkumulation von Reichtum und gesellschaftlicher Macht verhindert.“ Harvey hielt dies für möglich und erinnerte daran, dass schon Keynes in seiner „Allgemeinen Theorie“ auf Silvio Gesell hingewiesen habe, „der schon vor langer Zeit die Einführung von Quasi-Geld vorschlug, das oxidiert, wenn es nicht verwendet wird. Nach Gesells Ansicht muss die fundamentale Asymmetrie von verderblichen Waren (Gebrauchswerten) und Geldform (Tauschwert), die solchen Verfallsprozessen nicht unterworfen ist, beseitigt werden. ... Bei elektronischem Geld lässt sich das heute in einer Weise bewerkstelligen, die früher nicht möglich war.“<sup>132</sup>

### **12.8.4 Axel Honneths „Aktualisierung der Grundideen des Sozialismus“**

Der Sozialphilosoph Axel Honneth (\*1949), der nach Habermas das Frankfurter Institut für Sozialforschung, d.h. die von Horkheimer & Adorno begründete „Frankfurter Schule“ leitete, trat in jüngster Vergangenheit verstärkt für eine Rehabilitation des seit Marx & Engels viel gescholtenen Marktes ein, ohne damit die real existierenden kapitalistischen Deformationen der Finanz-, Immobilien- und Arbeitsmärkte rechtfertigen zu wollen - im Gegenteil, ihm und seiner Mitautorin Lisa Herzog ging es in ihrem gemeinsam verfassten Buch „Der Wert des Marktes“ (2014) zwar noch nicht um eine Geld- und Bodenrechtsreform als Weg zu einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft. Aber Honneth & Herzog machten es sich immerhin zur Aufgabe, nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums mit- samt seiner kommunistischen Ideologie im Interesse der politischen und letztlich auch der wirtschaftlichen Freiheit

- einerseits die innerhalb der Arbeiterbewegung und von ihren intellektuellen Vordenkern allzu lange gering geschätzten positiven Qualitäten des Marktes bewusst zu machen und
- andererseits die Märkte wegen ihrer negativen Eigenschaften ‚moralisch‘ einzuhegen.

In einem philosophisch-ökonomischen Streifzug durch die Theorieentwicklung vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart hoben Honneth & Herzog unter Bezugnahme auf Smith, Ricardo, Hayek, Friedman und andere Ökonomen die unzweifelhaft besondere und unersetzliche Fähigkeit des Marktes hervor, schier unübersehbare Mengen an Informationen zwischen Anbietern und Nachfragern zu übertragen, wozu Planungsbükratien auch nicht mit den besten Informations- und Kommunikationstechnologien in der Lage wären. Im Gegenzug rekapitulierten

---

<sup>132</sup> David Harvey (2015), S. 54 - 55.

sie ebenso anhand ausgewählter Quellentexte die Kapitalismuskritiken nicht nur von Marx & Engels und Rosa Luxemburg, sondern auch von John Ruskin, Karl Polanyi oder jüngerer Autoren des sog. „analytischen Marxismus“ wie Gerald A. Cohen, John Roemer und Michael Albert. Nach dieser Gegenüberstellung von Thesen und Antithesen zum kapitalistischen Markt erinnerten Honneth & Herzog an den Soziologen Emile Durkheim (den Mentor von Marcel Mauss) sowie an den Ökonomen Amartya Sen und eine Reihe weiterer Ökonomen und Soziologen, darunter Samuel Bowles, Steven Lukes, Albert O. Hirschman und Jens Beckert, die überlegt haben, wie sich nach dem historischen Scheitern der zentralistischen Planwirtschaft die Schattenseiten des Marktes bändigen lassen könnten.<sup>133</sup>

Außer auf die Frühsozialisten rekurrierten Honneth & Herzog jedoch weder auf Proudhon noch auf die Bodenrechts- und Geldreformer von George über Oppenheimer bis Gesell. Mill rezipierten sie, ohne dessen Hervorhebung der Bodenproblematik aufzugreifen. Von Keynes nahmen sie nur das Deficitspending wahr, aber nicht dessen geldreformerische Überlegungen zur Krisenbekämpfung. Auch den Ordoliberalismus streiften sie nur flüchtig und beließen es bei der Feststellung, dass „der Erfolg dieser Modelle ... in den 1970ern in die Krise ... geriet.“ Damit haben Honneth & Herzog niemanden in den Blick genommen, der die Märkte ‚von innen‘ durch eine Reform des Bodenrechts und eine Strukturreform des Geldes von ihrer kapitalistischen Deformation befreien wollte; sie blieben immer noch ganz bei gleichsam gemischtwirtschaftlichen Versuchen, die kapitalistische Marktwirtschaft ‚von außen‘ mit den Mitteln staatlicher Regulationen und Interventionen und ‚von innen‘ nur durch eine „interne Moralisierung“ zu zähmen.<sup>134</sup>

Gleichwohl vollzogen Honneth & Herzog innerhalb der Frankfurter Schule einen höchst bemerkenswerten Wechsel der Blickrichtung, den Honneth auch in seinem Buch „Die Idee des Sozialismus - Versuch einer Aktualisierung“ (2015) fortsetzte. Nach dem Ende der Systemkonkurrenz zwischen Kapitalismus und Kommunismus hielt er es gerade im Hinblick auf die „global entfesselte Marktökonomie des Kapitalismus“ für tragisch, dass sich vorerst eine Utopiemüdigkeit ausgebreitet habe. Zwar gebe es eine „massenhafte Empörung“ über den Kapitalis-

---

<sup>133</sup> Vgl. auch Honneths Hinweis (2015, S. 108 - 109) auf Friedrich Kambartels Auseinandersetzung mit dem ökonomischen Effizienzdogma in dessen Buch „Philosophie und Politische Ökonomie“. Kambartel thematisiert die Priorität von Renditekalkülen gegenüber der Bedarfsdeckung und den Widerspruch zwischen „einem quantitativen Begriff der Effektivität und einem qualitativen Verständnis von Produktivität“. Er zieht auch die „Möglichkeit einer nicht-kapitalistischen Marktwirtschaft“ in Erwägung. Allerdings gehen seine Vorstellungen ‚nur‘ in die Richtung einer „Zähmung des Kapitalismus, d.h. seiner Steuerung durch politische Intervention. ... Schritte in diese Richtung scheinen eine gewisse Nähe zu Spielarten des sogenannten Marktsozialismus zu haben.“ Friedrich Kambartel (1998), S. 9 (nicht-kapitalistische Marktwirtschaft), 14 (Rendite), 25 (Effektivität vs. Produktivität), 29 (Effektivität im Sinne von Rentabilität), 33 (Marktsozialismus) und 36 (Zähmung des Kapitalismus).

<sup>134</sup> Axel Honneth & Lisa Herzog (2014), S. 156 (einmalige flüchtige Erwähnung Proudhons), 357 (interne Moralisierung und äußerliche Eingrenzung des Marktes), 360 - 361 (Mill), 363 - 364 (Keynes) und 364 - 365 (Ordoliberalismus). - Axel Honneth (2015), S. 34 (Proudhon). - Oppenheimer hätten Honneth & Herzog beachten können, weil es 2014 anlässlich von dessen 150. Geburtstag Veranstaltungen über dessen Wirken als Soziologe an der Goethe-Universität Frankfurt gab.

mus, aber ihr fehle „jeder normative Richtungssinn, jedes geschichtliche Gespür für ein Ziel der vorgebrachten Kritik. ... Es ist, als mangle es dem grassierenden Unbehagen an dem Vermögen, über das Bestehende hinauszudenken und einen gesellschaftlichen Zustand jenseits des Kapitalismus zu imaginieren.“ Deshalb empfahl Honneth als ersten Schritt aus dieser Lethargie die Schaffung eines „internen Archivs aller in der Vergangenheit bereits unternommener Versuche einer weiteren Vergesellschaftung der Wirtschaftssphäre“ - angefangen von den Produktions- und Konsumgenossenschaften des 19. Jahrhunderts und der Sozialisierungsdebatte nach dem 1. Weltkrieg über den sozialistischen Wohnungsbau und gewerkschaftlichen Kämpfen um eine betriebliche Mitbestimmung der Arbeiterschaft und eine Humanisierung der Arbeitswelt bis hin zu selbstverwalteten Kooperativen und Vorstellungen osteuropäischer Dissidenten von einem marktwirtschaftlichen Sozialismus. Aber genügt es wirklich, „den veralteten Ideen mit konzeptuellen Neuerungen noch einmal auf die Füße zu helfen“, um den Sozialismus „in einer postmarxistischen Form wiederzubeleben“ und eine „soziale Freiheit“ in Verbindung mit der Solidarität innerhalb einer politischen Demokratie zu verwirklichen?<sup>135</sup>

Als eine wesentliche Ursache für die Lähmung der sozialen Phantasie seit dem Herbst 1989 betrachtete Honneth die von Marx stammende „Vorstellung, dass der Kapitalismus ein einheitliches Gesellschaftssystem bilde, in dem der Markt aufgrund der ihm innewohnenden Verwertungsimperative zur ständigen Expansion neige“. Damit habe „Marx dem Sozialismus jede Möglichkeit genommen, jenseits einer zentralisierten Planökonomie über institutionelle Wege der Vergesellschaftung der Wirtschaft nachzudenken.“ Den Generalschlüssel zur „Wiederbelebung der sozialistischen Tradition“ sah Honneth deshalb darin, „die von Marx vorgenommene Ineinsetzung von Marktwirtschaft und Kapitalismus wieder rückgängig zu machen, um dadurch Freiräume für den Entwurf alternativer Verwendungsweisen des Marktes zu gewinnen. ... Eine der vordringlichsten Aufgaben des Sozialismus besteht heute darin, den Begriff des Marktes von allen ihm nachträglich zugefügten Beimischungen kapitalismusspezifischer Eigenschaften erst wieder zu reinigen.“<sup>136</sup>

Tatsächlich eröffnete Honneths Unterscheidung zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus für die Frankfurter Schule und überhaupt für jeglichen emanzipatorischen Diskurs über einen zukunftsweisend „revidierten Sozialismus“ und einen „sich experimentell verstehenden Sozialismus“ eine ganz besondere Chance.<sup>137</sup> Ähnlich wie bei Dieter Prokops „Kritischer Theorie des Gelds“ besteht jedoch auch die Gefahr ihres bloßen Versandens in einer weiteren Variante von Legitimationen des kapitalistisch deformierten Marktes, wenn nämlich die Kritische Theorie hin-

---

<sup>135</sup> Axel Honneth (2015), S. 15 - 16 (Kapitalismuskritik ohne den Mut zu Gegenentwürfen), 87 (Sozialismus in postmarxistischer Form wiederbeleben), 94 - 95 (soziale Freiheit), 112 - 113 (internes Archiv des Sozialismus), 120 - 121 (alte Ideen mit konzeptuellen Neuerungen, Demokratie) und 145 (Demokratie).

<sup>136</sup> Axel Honneth (2015), S. 93 - 94 und 107.

<sup>137</sup> Axel Honneth (2015), S. 13 (revidierter Sozialismus) und 114 (experimenteller Sozialismus).

sichtlich des Geldwesens und des Boden- und Ressourcenrechts ihren blinden Fleck behalten sollte. Bislang verortete auch Honneth noch die „Verwertungsimperative“ fälschlicherweise im Markt und nicht im kapitalistischen Geld, worin sie ihre tiefere Wurzel haben. Auf jene unkonventionellen Geld- und Bodenrechtsreformer, deren Kernanliegen es schon seit mehr als 100 Jahren ist, Marktwirtschaft und Kapitalismus gedanklich voneinander zu trennen und allen Menschen zu einer gleichen Teilhabe an den sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen zu verhelfen, nahm er bislang noch keinerlei Bezug.<sup>138</sup> Dabei könnten er und Herzog bei ihnen auch Anregungen finden, über Wege zu „Formen des Wachstums ... oder ... einer stationären Wirtschaft“ nachzudenken, die zu finden angesichts der Ressourcenverknappung und der Erderwärmung von „höchster Dringlichkeit“ wäre.<sup>139</sup>

### 12.8.5 Lisa Herzog: „Kann man heute noch liberal sein?“

Obwohl die neoliberal gehypte Entfesselung des Finanzmarktkapitalismus jeglichen Liberalismus schwer in Misskredit gebracht hat, setzte Lisa Herzog ihr Bemühen um eine Erneuerung des Liberalismus auch in ihrem nächsten Buch „Freiheit gehört nicht nur den Reichen - Plädoyer für einen zeitgemäßen Liberalismus“ (2015) fort, denn wie die Geschichte gezeigt habe, „ist eine Verdammung ‚des‘ Marktes ... weder sinnvoll noch hilfreich“. Da aber der „freie Markt“ bislang trotz aller schönfärberischen Ummantelung bislang „von massiven Ungleichheiten geprägt ist ... , brauchen wir dringend eine Evolution des Systems, die dessen Schief-lagen korrigiert und verhindert, dass der Liberalismus zu einer leeren Floskel und der Begriff der Freiheit zu einer zynischen Maske für den Erhalt bestehender Machtverhältnisse wird. ... Das Ziel einer ‚liberalen‘ Wirtschaftspolitik muss sein, Märkte so zu gestalten, dass sie wirkliche Freiheit, und zwar für *alle* Mitglieder einer Gesellschaft, unterstützen.“<sup>140</sup>

Sehr klar plädierte Herzog dafür, „die Freiheit aller Menschen, ihr Recht auf ein selbstbestimmtes Leben, als zentralen Wert der Moderne ernst zu nehmen, trotz all des Missbrauchs, der mit diesem Begriff getrieben wurde.“ Am Beginn ihrer Erneuerung des Liberalismus stand eine philosophische Auseinandersetzung mit der Fiktion des bloß den subjektiven Nutzen rational maximierenden homo oeconomicus. Ihm stellte Herzog ein „realistisches Menschenbild“ mit sehr viel komplexeren menschlichen Verhaltensmotivationen gegenüber, das das Eigeninteresse enthält, aber nicht verabsolutiert. Eine gute Bildung aller Menschen sei eine

---

<sup>138</sup> Zu Honneths besonderer Wertschätzung für den US-amerikanischen Philosophen und Pädagogen John Dewey (2015, S. 96 - 106) ließe sich am Rande anmerken, dass Dewey große Sympathien für den Bodenrechtsreformer Henry George hatte; vgl. dazu John Dewey, An Appreciation of Henry George - Significant Paragraphs from Progress & Poverty (1927), auf der Website [http://www.wealthandwant.com/HG/PP/Dewey\\_Appreciation\\_HG.html](http://www.wealthandwant.com/HG/PP/Dewey_Appreciation_HG.html) (Zugriff: 28.9.2016).

<sup>139</sup> Axel Honneth & Lisa Herzog (2014), S. 380.

<sup>140</sup> Lisa Herzog (2015/2018), S. 7 (heute noch liberal?), 9 (keine Verdammung des Marktes), 15 (massive Ungleichheiten) und 22 (Evolution des Systems).

Grundvoraussetzung für ihr souveränes Handeln und die selbstverantwortliche Ausübung ihrer Freiheit, Verträge miteinander zu schließen. Wenn aber die liberale Vertragsfreiheit nicht zu einer Scheinfreiheit im Verkehr zwischen selbstbestimmten, aber de facto mächtigen und ohnmächtigen Menschen verkommen soll, muss gewährleistet werden, dass sie sich auf einer nicht nur formal, sondern auch materiell gleichen Augenhöhe begegnen und Verträge aushandeln können. „Ein zeitgemäßer Liberalismus muss sich die Frage stellen, was geschehen kann und soll, damit jeder Mensch eine Chance hat, sein Leben so zu führen, wie die Vertragstheoretiker es sich für freie Bürger vorstellen: selbstbestimmt, souverän, überlegt und das eigene Wohl langfristig im Blick behaltend.“<sup>141</sup>

Diese Frage führte Herzog direkt zum großen Problem des „Liberalismus ohne Gerechtigkeit“. Die zu Beginn ihres Buches geweckten Erwartungen erfüllten sich allerdings nicht. Gewiss schließt „echte Freiheit“ einen sich selbst überlassenen ‚freien‘ Markt aus und auch die bisherigen Formen staatlichen Handelns, den „Dschungel, in dem die Kleinen von den Großen gefressen werden“ zu zivilisieren, reichen noch längst nicht aus. Unbefriedigend blieben jedoch Herzogs Andeutungen, wo die ungleiche Verteilung von Eigentum als Mittel der Ausübung von Freiheitsrechten und „enorme Machtungleichgewichte“ ihre tieferen Ursachen haben könnten. Von Bedeutung sei die „große Rolle, die der Zufall im Schicksal der Einzelnen spielt. ... Wer in heutigen Märkten erfolgreich ist, hat dies also mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht *nur* durch eigene Leistung erreicht, sondern er hat auch eine mächtige Portion Glück gehabt“. Mag sein, dass hier und da auch Zufälle und Glück zur sozialen Ungleichheit und zum Verlust des „Zusammenhangs von Leistung und Einkommen“ beigetragen haben. In der Tat ist es sehr zweifelhaft, „ob man das Einkommen, das man in einer Marktwirtschaft erzielt, auch in einem moralischen Sinne ‚verdient‘ hat“ - was keineswegs nur für Managergehälter und Boni gilt - , aber das gesamte Ausmaß der sozialen Ungleichheit lässt sich niemals hinreichend mit Zufällen und glücklichen Umständen erklären. Spätestens hier wäre ein kritischer Blick auf die rechtlich zementierten Privilegien beim Zugang zu den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen angebracht gewesen, welche ein Fairplay auf den Märkten aushebeln und sie mit strukturellen Machtpositionen durchsetzen.<sup>142</sup>

So weit ging Herzog jedoch nicht. Sie erwähnte John Stuart Mill, aber nicht dessen Eintreten für eine Überwindung von Privilegien des privaten Bodeneigentums durch eine Vergesellschaftung der Bodenrente. Im Hinblick auf die „soziale Natur des Menschen“ und die Unverzichtbarkeit eines institutionellen „Rahmenwerks“ für ihr Zusammenleben erwähnte sie auch den unzureichenden Versuch des Or-

---

<sup>141</sup> Lisa Herzog (2015/2018), S. 8 und 12 (Freiheit zum selbstbestimmten Leben) sowie 34 – 36 (Vertragsfreiheit).

<sup>142</sup> Lisa Herzog (2015/2018), S. Lisa Herzog (2015/2018), S. 65 (Liberalismus ohne Gerechtigkeit), 67 (echte Freiheit vs. Dschungel), 71 (ungleich verteiltes Eigentum) - 72 (Machtungleichgewichte), 84 (Einkommen und Verdienst), 86 (Zufall und Glück, Zusammenhang von Leistung und Einkommen) und 92 (nur krasseste Ungleichgewicht überwinden).

doliberalismus, die Bildung von Kartellen, Monopolen und anderen Machtgebilden zu verhindern. Aber sie beharrte nicht auf der bleibenden Notwendigkeit, wirtschaftlicher Macht auch durch ordoliberalen Reformen des Gesellschafts-, Haftungs-, Patent- und Markenrechts entgegenzutreten.<sup>143</sup> Und obwohl nicht zuletzt das Geld das zentrale aller Mittel zur (Selbst-)Organisation der Komplexität moderner Gesellschaften ist, verlor Herzog über das Geld und die ihm bislang innewohnende strukturelle Macht über Menschen und Märkte kein einziges Wort. Dabei wäre – wie Dieter Suhr schon in den 1980er Jahren rechtsphilosophisch begründet hat – eine Überwindung der „Reziprozitätsdefizite in der Geldwirtschaft“ von essentieller Bedeutung für die Verwirklichung einer „gleichen Freiheit“ für alle Menschen. Zwar plädierte Herzog für eine „Debatte darüber, was für ein Finanzsystem wir eigentlich wollen und worin echte Wertschöpfung im Finanzsektor besteht“, aber sie beließ es bei der allzu bescheidenen Forderung, dass „das Gesamtsystem an Rechten und Pflichten ... so gestaltet werden sollte ... , dass wenigstens die krassesten Ungleichgewichte zwischen Leistung und Belohnung verhindert werden. ... Soziale Gerechtigkeit bedeutet die Orientierung daran, dass Freiheit in *all* ihren Dimensionen für *alle* Bürger so groß wie möglich sein soll.“<sup>144</sup>

Während zu den Zeiten des klassischen Liberalismus die Vorstellung einer Gesamtverantwortung des Menschen für die Erde als Ganze noch undenkbar war, habe der US-amerikanische Ökonom John Kenneth Galbraith schon 1959 thematisiert, dass „Überflusgesellschaften“ in den westlichen Industrieländern entstanden seien. Und angesichts der mittlerweile deutlich spürbaren Endlichkeit der irdischen Ressourcen und der Überhitzung der Erdatmosphäre durch allzu viele industrielle Verbrennungsprozesse sei es Herzog zufolge unausweichlich, sich vom Glauben an ein unaufhörliches Wirtschaftswachstum und vom „simplem Dogma des ‚Immer-mehr‘ (zu) verabschieden“. Wachstum sei kein probates Mittel zur Entschärfung von Verteilungskonflikten. „Es wäre aber zu einfach, als Lösung hierfür nach einem generellen ‚Ende des Wachstums‘ zu rufen – der Begriff des Wachstums ist viel zu unscharf, als dass diese Aussage sinnvoll wäre.“ Zudem würde dadurch auch die menschliche Freiheit eingeschränkt.<sup>145</sup>

Wenn der „zeitgemäße Liberalismus“ wirklich verloren gegangenes Vertrauen der Gesellschaft in die Freiheit zurückgewinnen will, sollte er sich nicht damit begnügen, nur „einiges tun, um die schlimmsten Exzesse zu vermeiden“. Er muss für weitaus mehr sorgen als nur dafür, dass „Korruption und Machtmissbrauch ... in überschaubaren Grenzen gehalten werden“. Allerdings stand Herzog einer prag-

---

<sup>143</sup> Lisa Herzog (2015/2018), S. 73 (John Stuart Mill), 103 – 104 (soziale Natur des Menschen und Institutionen) und 114 (Rahmenwerk) sowie S. 87 und 130 (Ordoliberalismus).

<sup>144</sup> Lisa Herzog (2015/2018), S. 111 – 113 (Komplexität), 116 (Komplexität der Gesellschaft). – Vgl. Dieter Suhr (1983/2015), S. 13 – 25; ders. (1988/2001), S. 4 – 97; außerdem Fritz Andres (2009/2020a), S. 356 – 366, und ders. (2009/2020b), S. 367 – 389).

<sup>145</sup> Lisa Herzog (2015/2018), S. 74 (Wachstum zur Entschärfung von Verteilungskonflikten), 97 (Wachstum), 142 (Überflusgesellschaft, Abschied vom Dogma des Immer-mehr), 146 (kein Ende des Wachstums) – 147 (Freiheit) und 150 (kein Nullwachstum).

matischen Realpolitik näher als utopischen Zukunftsentwürfen. Ohne rechtlich verfestigte Privilegien genauer in den Blick zu nehmen – was dringende Aufgabe eines „zeitgemäßen Liberalismus“ wäre – zweifelte sie an der Möglichkeit einer „perfekten liberalen Gesellschaft ... ohne Macht. ... Macht ist ein Faktor des sozialen Lebens, den man sich zwar in utopischen Fantasien ... wegwünschen kann, nicht aber, wenn es um real existierende menschliche Gesellschaften geht.“ Warum sollte es demgegenüber nicht vorstellbar sein, jegliche Macht in Wirtschaft und Gesellschaft durch eine ordnungspolitische Beseitigung aller Privilegien in viele kleinste ‚Partikel‘ zu zerstreuen, die das Zusammenleben der Menschen nicht mehr beeinträchtigen können? Ganz am Ende ihres Buches kommt auch Herzog doch noch zu dem Schluss, dass es für den „zeitgemäßen Liberalismus“ wichtig wäre, „Ernst zu machen mit dem Ideal der gleichen Freiheit und sich insbesondere neu zu orientieren darüber, was der Sinn des Wirtschaftens eigentlich ist.“<sup>146</sup> Dazu bräuchte es dann aber eindeutiger begrifflicher Unterscheidungen zwischen Liberalismus und Kapitalismus und einer Vorstellung von einem nichtkapitalistischen, tatsächlich sozialen Liberalismus.

### 12.8.6 Paul Masons „Postkapitalismus“

Wie unzureichend durchdacht linke Gesellschaftsentwürfe noch vielfach sind, zeigt das viel diskutierte Buch „Postkapitalismus - Grundrisse einer kommenden Ökonomie“ (2016) des englischen Journalisten Paul Mason. Sein Rückblick auf den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus blieb wie bei Marx allein auf die kapitalistische Produktionsweise gerichtet. Hinsichtlich des nächsten Übergangs in einen Postkapitalismus „können wir uns nur eine grobe Vorstellung davon machen, wie er aussehen wird.“ Die Linke müsse aber auf jeden Fall aufhören, die Erreichbarkeit eines Postkapitalismus erst nach einer Lösung der Machtfrage für möglich zu halten. „Es ist durchaus möglich, die Elemente des neuen Systems in kleinen Schritten innerhalb des alten zusammenzufügen. Diese Elemente sind bereits vorhanden: die Kooperativen, die Genossenschaftsbanken, die Peer-Netzwerke, die Unternehmen, die ohne Management auskommen, und die Parallelwirtschaft der Subkultur. ... Was wir brauchen, ist ‚revolutionärer Reformismus‘.“<sup>147</sup>

Gegen das frühere Ziel eines Übergangs vom Organisierten Kapitalismus zu einer Sozialistischen Produktionsweise wendete Mason ein: „Die Sozialisten der Belle Epoque fanden Gefallen an Monopolen und Kartellen. Sie hofften, die Gesellschaft zentral lenken zu können, indem sie die Monopole übernahmen. Wir hingegen wollen die Lenkung dezentralisieren.“ Dennoch blieb Mason ähnlich wie frühere marxistische Ökonomen, die die Wirtschaft für berechenbar und planbar

---

<sup>146</sup> Lisa Herzog (2015/2018), S. 107 (Machtmissbrauch und Korruption), 125 – 126 (keine Gesellschaft ohne Macht), 140 (schlimmste Exzesse) und 179 (Ideal gleicher Freiheit).

<sup>147</sup> Paul Mason (2016), S. 303 - 307 (Marx, Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus), 310 (grobe Vorstellung vom Postkapitalismus), 314 (Zukunftskeime) und 336 (revolutionärer Reformismus).

hielten, fasziniert von der „gewaltigen Informationsmaschine, die derzeit zusammengebaut wird. Haben wir die erst mal unter unsere Kontrolle gebracht, so können wir einen Großteil der gesellschaftlichen Wirklichkeit der kollaborativen Kontrolle unterstellen. ... Als Erstes brauchen wir eine offene, präzise und umfassende Computersimulation der gegenwärtigen wirtschaftlichen Realität“ mit Hilfe von „Superrechnern“, um dem Staat eine komplette Übersicht über Problemlagen und gesellschaftlich-ökologische Bedarfe zu verschaffen.<sup>148</sup>

Sodann forderte Mason ein „vielgestaltiges, vergesellschaftetes Bankensystem“ insbesondere mit Genossenschaftsbanken und einer verstaatlichten Zentralbank, die gemäß dem Vorschlag von Herbert Simons & Irving Fisher ein ausschließlich staatliches „100%-Money“ in den Verkehr gibt und die Geldschöpfung der Geschäftsbanken unterbindet. Die Zentralbanken „haben von nun an ... die Aufgabe, für nachhaltiges Wachstum und eine hohe Inflation zu sorgen.“<sup>149</sup> (!) „Gestützt auf die Informationstechnologie“ wollte Mason „die Allmendeproduktion und den Austausch abseits des Marktes ... fördern“. Zu seinen geradezu konfuse Vorstellungen gehörte einerseits die Forderung, „wo immer das möglich ist ... , Monopole (zu) verbieten und die Vorschriften gegen Preisabsprachen streng durchzusetzen“, und andererseits führte er ausgerechnet den McDonalds-Konzern als Beispiel dafür an, dass „auch Großunternehmen ... gut geeignet ... sind, um die Veränderung voranzutreiben, was nicht zuletzt an ihrer Größe liegt.“<sup>150</sup>

Die alte Technikgläubigkeit der marxistischen Arbeiterbewegung kehrte bei Mason nicht nur in der Faszination von „Supercomputern“ wieder, sondern auch in seiner Vorstellung, „dass der exponentielle technische Wandel von den Siliziumchips auf Lebensmittel, Bekleidung, Transportsysteme und Gesundheitswesen übergreift“ und dass schließlich „die Reproduktionskosten der Arbeit rasant fallen. An diesem Punkt wird das ökonomische Problem, das die Menschheitsgeschichte beherrscht hat, an Bedeutung verlieren oder vollkommen verschwinden.“ Das entsprach Marx' Erwartung, dass der technische Fortschritt zu einem Übergang vom „Reich der Notwendigkeit“ zu einem von Arbeit weitgehend befreiten „Reich der Freiheit“ führen werde. Und schließlich tauchte bei Mason auch der alte Glaube an die „Wirtschaftsrechnung“ in der vagen Vorstellung wieder auf, dass „Geld- und Kreditwesen ... nach einigen Jahrzehnten ... an Bedeutung für die Volkswirtschaft verlieren werden. Aber die Funktionen der Buchführung, Abrechnung und Ressourcenmobilisierung, die gegenwärtig von Banken und Finanzmärkten erfüllt werden, müssten in einer anderen institutionellen Form wei-

---

<sup>148</sup> Paul Mason (2016), S. 340 (kollaborative Produktion und Austausch abseits des Marktes), 342 (vergesellschaftetes Bankensystem), 343 (Organisierter Kapitalismus), 346 - 348 (Computersimulationen mit Superrechnern).

<sup>149</sup> Paul Mason (2016), S. 342 (vergesellschaftete Banken), 358 (verstaatlichte Zentralbank, Nachhaltigkeit und hohe Inflation), 360 (100%-Money).

<sup>150</sup> Paul Mason (2016), S. 340 (Allmendeproduktion und Tausch außerhalb von Märkten), 354 (Verbot von Monopolen und Preisabsprachen) und 353 (Großunternehmen wie McDonald's als Vorreiter der Nachhaltigkeit).

terexistieren.“ Schließlich fehlte in diesem Zusammenhang auch nicht die Forderung nach einem Grundeinkommen. Von einer tieferen Einsicht in die innere Widersprüchlichkeit der Zirkulationssphäre und ihre strukturelle Reformbedürftigkeit fehlte bei Mason jede Spur. Zu guter Letzt überlegte er nur noch, dass analog zu Max Webers „Geist des Kapitalismus“ heute auch ein „Geist des Postkapitalismus“ notwendig wäre, damit die Menschen eine andere Einstellung zum Wirtschaften entwickeln können.<sup>151</sup> -

Gewiss war Masons Vorstellung von „Grundrissen einer kommenden Ökonomie“ nicht repräsentativ für linke Theoriedebatten. Dennoch enthielt sie einige von deren traditionellen Denkmustern, die trotz gegen sie sprechender historischer Erfahrungen immer noch wieder virulent werden. Mit solchen Gedankenkonstrukten hat die Linke jedenfalls weder dem neoliberalen Mainstream noch dem erstarken Rechtspopulismus etwas Wirksames entgegenzusetzen.

### **12.8.7 Wider die „Imperiale Lebensweise“ (Ulrich Brand & Markus Wissen)**

Nachdem Altvater die Geldreform zu Unrecht wegen ihrer vermeintlich einseitigen Fixierung auf die Finanzsphäre als verkürzte Kapitalismuskritik empfand, könnte man versucht sein, die Kritik von Ulrich Brand & Markus Wissen an der „imperialen Lebensweise“ im globalen Kapitalismus ebenfalls als ‚verkürzt‘ anzusehen, weil sie - „gestützt auf verschiedenen Traditionen kritischen Denkens, vor allem Marx, Gramsci, feministische Theorie, Bourdieu und Foucault“ - im Zusammenhang mit der kapitalistischen Akkumulation nur die Produktionssphäre und den Konsum in den Blick nimmt und ihren Gesamtzusammenhang mit der Zirkulationssphäre außer Acht lässt.<sup>152</sup> Die generelle Kritik von Brand & Wissen an der auf kolonialen und neokolonialen Abhängigkeiten des globalen Südens vom globalen Norden beruhenden und nicht verallgemeinerbaren „imperialen Lebensweise“ verlor dadurch aber nichts von ihrer Berechtigung.

Und dennoch - neben dem über das Geld vermittelten „ungleichen Zugang zu Land, Wasser und Produktionsmitteln“ hat auch die Zirkulationssphäre einen mitentscheidenden Anteil an den „ungerechten gesellschaftlichen Verhältnissen“ und den „in die gesellschaftlichen Strukturen eingelassenen Asymmetrien“ mit ihren auf der Ausbeutung von Menschen und Natur beruhenden hierarchischen Herrschaftsbeziehungen und „Alltagspraxen“.<sup>153</sup> Statt wie Marx & Engels im Band 3 des „Kapital“ die Produktions- und Zirkulationssphäre in ihrem Gesamtzusammenhang zu sehen, beließen es Brand & Wissen bei den undifferenzierten Aver-

---

<sup>151</sup> Paul Mason (2016), S. 345 (Geist des Postkapitalismus), 348 (Supercomputer), 360 (späterer Ersatz für das Geld- und Kreditwesen), 362 - 364 (Grundeinkommen) und 367 (sinkende Arbeitskosten durch technischen Fortschritt).

<sup>152</sup> Ulrich Brand & Markus Wissen (2017), S. 17 - 18, 45 - 47 und 52 - 57.

<sup>153</sup> Ulrich Brand & Markus Wissen (2017), S. 11 - 12 (ungleicher Zugang), 18 und 47 (Asymmetrien).

sionen des jungen Marx gegen jedwede „kapitalistische Warenproduktion ... und Tauschwertproduktion unter Konkurrenzbedingungen“ als Ausgangsposition ihrer weiteren Überlegungen.<sup>154</sup> Gleichwohl hatten sie Recht mit ihrer Grundsatzkritik am sog. Grünen Kapitalismus, der die gesellschaftlichen Grundkonflikte ungelöst lässt und sie mit seiner ökologischen Modernisierung zum Beispiel der Automobilität und mit zweifelhaften Scheinlösungen wie dem Geo-Engineering umgeht.<sup>155</sup>

Gleichermaßen berechtigt war die Forderung von Brand & Wissen nach einer „radikalen Alternative“ zu den „sozial-ökologisch destruktiven Produktions- und Konsumnormen“. Doch wie könnte sie aussehen, nachdem eine zentralstaatliche Planung der Wirtschaft aufgrund ihres historischen Scheiterns nicht mehr in Frage kommt und wo doch eine Beschränkung auf das bloße Einüben umweltverträglicher Lebensstile auch nicht genügen würde, um den notwendigen „Abbau sozialer Herrschaft“ und eine „solidarische Lebensweise“ mit einem „nachhaltigen Wohlstandsmodell“ zu erreichen.<sup>156</sup>

Nach ihrer Klage, dass es „kaum ernsthafte Versuche ... gibt ... , die Finanzmärkte zu regulieren bzw. gar das Finanzwesen zu vergesellschaften und die Interessen der Vermögenden einzuhegen“, gingen Brand & Wissen sogleich über zur „Frage nach der Verfügung über das Eigentum an den Produktionsmitteln“ und nach der Kontrolle über Investitionsentscheidungen. Statt hierauf eine Antwort zu geben, beschränkten sie sich auf den Hinweis, dass alles „ganz anders gedacht und gemacht“ werden müsse - „nicht mehr als Aufeinandertreffen vermeintlich autonomer Subjekte am Markt“. Eine Unterscheidung zwischen den real existierenden monopolkapitalistisch vermachteten Märkten, auf denen die Autonomie der handelnden Personen ausgehöhlt wird, und entkapitalisierten monopolfreien Märkten, auf denen die Menschen ihre volle Autonomie erhalten, kam bei Brand & Wissen nicht vor. Stattdessen postulierten sie im Hinblick auf eine „solidarische Lebensweise ... jenseits kapitalistischer, patriarchaler und rassistischer Zumutungen“ das Leitbild einer „Care-Revolution“: „Sie schlägt dafür Strategien wie die Demokratisierung und Selbstverwaltung des Care-Bereichs, eine radikale Arbeitszeitverkürzung, ein bedingungsloses Grundeinkommen, den Aufbau sozialer Infrastruktur und die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel vor.“ Mit alledem sollen die „kapitalistischen Mechanismen der Tauschwertorientierung, der Konkurrenz und des Wachstums außer Kraft gesetzt“ werden, damit sich dann „neue Subjektivitäten und neue Gewohnheiten“ ausbreiten können.<sup>157</sup> -

Wie schon in der Kritik an der „imperialen Lebensweise“ knüpfte Brand auch in seinem zusammen mit Alberto Acosta verfassten Buch „Radikale Alternativen“ (2018) an die „Degrowth und Postwachstum“-Bewegung im globalen Norden und

---

<sup>154</sup> Ulrich Brand & Markus Wissen (2017), S. 36, 57 und 62.

<sup>155</sup> Ulrich Brand & Markus Wissen (2017), S. 19, 35 (Geo-Engineering) und 147.

<sup>156</sup> Ulrich Brand & Markus Wissen (2017), S. 18 (Produktions- und Konsumnormen), 28 (solidarische Lebensweise), 164 (Abbau sozialer Herrschaft) und 174 (nachhaltiges Wohlstandsmodell).

<sup>157</sup> Ulrich Brand & Markus Wissen (2017), S. 166 (Regulierung bzw. Vergesellschaftung des Finanzwesens) sowie 174 - 179 und 184 (Care-Revolution, Vergesellschaftung aller Produktionsmittel).

an den von der „Buen Vivir“-Bewegung in Lateinamerika initiierten „Postextraktivismus“ an, der das exportorientierte Extrahieren von Ressourcen aus der Erde und die „Landnahme“ aller Lebensbereiche eindämmen will. Im Bewusstsein der Tatsache, dass die notwendige große Systemtransformation angesichts der Komplexität der sozialen und ökologischen Krise des ganzen Planeten Erde eine gewaltige Herkulesaufgabe darstellt, hielten Brand & Acosta einen weltweiten Dialog zwischen unterschiedlichen und sich ergänzenden sozialen und ökologischen Bewegungen in Nord und Süd für unbedingt erforderlich.

Zusätzlich zur Einübung bescheidenerer Lebensstile hielten Brand & Acosta auch eine Veränderung gesellschaftlicher Grundstrukturen für unausweichlich. Ebenso berechtigt war auch ihre Sorge, dass es im Falle eines nicht zustande Kommens oder eines Scheiterns einer Transformation nicht nur einfach immer so weiter geht wie bisher, sondern dass der Menschheit dann eine „neue Form der Barbarei“ bevorstehen könnte. In Anlehnung an den marxistischen Philosophen Antonio Gramsci, der einstmals die kommunistische Partei Italiens mitbegründet hat, fragten sie, ob diese Transformation schon im Gange ist oder ob die Weltgesellschaft sich noch im Zustand eines „Interregnum“ befindet: „Die alte Welt liegt im Sterben; die neue ist noch nicht geboren?“<sup>158</sup>

Brand & Acosta haben jedoch nur das Ziel „anderer attraktiver Produktions- und Lebensweisen“ vor Augen und die zu den Produktionsverhältnissen und den Alltagspraxen mitsamt den Konsumgewohnheiten untrennbar dazugehörnde Zirkulationssphäre blieb einmal mehr außen vor. Zwar erinnerten sie an wachstumskritische Überlegungen von John Stuart Mill und Herman Daly („Steady State Economy“) sowie an Ivan Illichs Forderung nach einer „Konvivialität“ von Produktionsmitteln; aber ihr Gegenbild zum „kapitalistischen Wachstumsimperativ“ blieb alles in allem noch sehr vage. Brand & Acosta gestanden auch selbst zu, dass es „weiterhin Schwachstellen in den beiden Perspektiven“ von Degrowth bzw. Postwachstum und Postextraktivismus gibt. Der Dialog zwischen diesen beiden Denkströmungen habe noch „kein Rezept für die nächste große Transformation“ hervorgebracht - was aber keineswegs gegen diesen Dialog spricht, sondern eher für seine Intensivierung mit einem um die Zirkulationssphäre erweiterten Gedankenhorizont.<sup>159</sup>

---

<sup>158</sup> Ulrich Brand & Markus Wissen (2017), S. 176. - Ulrich Brand & Alberto Acosta (2018), S. 9 und 16 - 17 (multiple Krise, große Transformation, Interregnum), 21 (Barbarei), 23 (attraktivere Produktions- und Lebensweisen), 31 - 32 (erweiterte Landnahme, Postextraktivismus) und 163 (transnationaler Dialog).

<sup>159</sup> Ulrich Brand & Alberto Acosta (2018), S. 59 (Konvivialität), 91 (Mill und Daly), 96 (Wachstumsimperativ) und 107 (fehlende Herrschaftskritik im Postwachstumsansatz von Niko Paech).

## 12.8.8 Sahara Wagenknechts marktwirtschaftlicher Antikapitalismus

Eine beeindruckende Entwicklung vom ehemaligen Mitglied der „Kommunistischen Plattform“ innerhalb der SED-Nachfolgepartei PDS zur Verfechterin einer ordoliberal-marktwirtschaftlichen Kritik am Finanzmarktkapitalismus hat die Ökonomin und Politikerin Sahara Wagenknecht (\*1969) hinter sich. Schon die letzte DDR-Wirtschaftsministerin Christa Luft hatte in den ersten Jahren nach der Wende vom Herbst 1989 zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus unterschieden; sie konnte sich dabei sogar schon eine „Marktwirtschaft ohne Dominanz der Kapitallogik“ vorstellen, in der „die Rolle des zinstragenden Geldes als Machtinstrument ... zurückgedrängt“ wird, in der der „durch menschliche Arbeit weder geschaffene noch vermehrbare Grund und Boden in unveräußerliches Gemeineigentum überführt“ wird und in der eine „pluralistische Eigentumsordnung“ mit privatem ebenso wie mit kommunalem, genossenschaftlichem und staatlichem Eigentum an den Produktionsmitteln entwickelt wird.<sup>160</sup>

Nachdem Wagenknecht mit ihrem Buch „Freiheit statt Kapitalismus“ (2011) schon einmal dem von Friedman formulierten Glauben entgegengetreten war, dass „Freedom and Capitalism“ unauflöslich zusammengehören, beschrieb sie in ihrem Buch „Reichtum ohne Gier - Wie wir uns vor dem Kapitalismus retten“ (2016) noch deutlicher den Gegensatz zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus. „Freie Märkte sind durchaus nicht das Lebenselixier des Kapitalismus, sondern unter dem Gesichtspunkt hoher Renditen eher Störfaktoren, deren man sich so gut es geht entledigt.“ Der Kapitalismus untergräbt geradezu die Marktwirtschaft und die Demokratie mitsamt ihren wirtschaftlichen und politischen Freiheiten. In den vier Jahrzehnten der neoliberalen Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung habe sich nämlich keineswegs eine vom Staatsinterventionismus befreite Marktwirtschaft entwickelt, sondern im diametralen Gegensatz zur neoliberalen Rhetorik und der „angeblichen Marktorientierung“ eine extreme Vermachtung der Märkte durch Mono- und Oligopole. Sie beschränken den Wettbewerb oder schalten ihn gar nahezu ganz aus. Und im Stil eines „Halsabschneiderwettbewerbs“ verdrängen sie viele ihrer kleineren oder mittleren Konkurrenten von den Märkten.<sup>161</sup>

Statt ‚mehr Markt und mehr Wettbewerb‘ entstanden während der Jahrzehnte des sog. Marktradikalismus bzw. Marktfundamentalismus, der vielmehr ein Radikalismus bzw. Fundamentalismus der Kapitalmacht als des Marktes war, „von der Bankenwelt bis zur Digitalökonomie global aufgestellte, die Märkte und die Gesellschaft beherrschende Unternehmensgiganten, deren Geschäftsentscheidungen heute die Entwicklung der Weltwirtschaft bestimmen.“ Und zur weltweiten Durch-

---

<sup>160</sup> Christa Luft (1994), S. 205 - 210, S. 43 - 68 und 69 - 94.

<sup>161</sup> Sahara Wagenknecht (2016), S. 16 (angebliche Marktorientierung), 85 (Gegensatz zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus) und 99 (Halsabschneiderwettbewerb).

setzung ihrer Interessen bedienen sie sich sogenannter Freihandelsabkommen. Während auf den Finanzmärkten hochgradig konzentrierte Einkünfte aus Vermögen und Steuervermeidungen renditesuchend um den Globus vagabundieren und Unternehmen durch Wachstum und Zusammenschlüsse immer größer werden, werden auf den Arbeitsmärkten ‚verkrustete‘ Strukturen geschleift und die menschliche Arbeit in weltumspannenden Wertschöpfungsketten flexibilisiert - bis hin zu Niedriglohnsektoren in den Industrieländern und Kinderarbeit in Billiglohnländern. Angesichts der weltweit fortschreitenden sozialen Spaltung beklagte Wagenknecht, dass die Ungleichheit der Verteilung von Einkommen und Vermögen im modernen Kapitalismus mittlerweile immer stärker der sozialen Ungleichheit im Feudalismus ähnelt - „wenn auch auf ungleich höherem Produktivitäts- und Wohlstandsniveau“. Deshalb sprach sie von einem modernen „Wirtschaftsfeudalismus. ... Zu Beginn des 21. Jahrhunderts konzentrieren sich in der Verfügung der reichsten 1 Prozent die wichtigsten wirtschaftlichen Ressourcen, nur dass diese neben Agrarland und Immobilien heute vor allem Industrieanlagen, technisches Know-how, digitale und andere Netze, Server, Software, Patente und vieles mehr umfassen. ... Erneut arbeiten 99 Prozent der Bevölkerung zum überwiegenden Teil, direkt oder indirekt, für den Reichtum dieses neuen Geldadels“<sup>162</sup>, der nunmehr wie ehemals die unheilige feudale Allianz von Thron und Altar an der Spitze der kapitalistischen Herrschaftspyramide steht und das Recht und die Demokratie aushöhlt.

Obwohl die auch von der Occupy-Bewegung propagierte Gegenüberstellung von einem Prozent als hauchdünner Oberschicht und 99 Prozent als übrigen Schichten der Gesellschaft irreführend ist und die falsche Vorstellung einer eindeutigen Unterscheidbarkeit von einem Prozent von ‚Bösen‘ und 99 Prozent von ‚Guten‘ suggeriert, ist unverkennbar, dass der moderne Kapitalismus nach und nach auch quasi-feudalistische Züge annimmt. Anders als der Marxismus wollte Wagenknecht ihn nicht mehr durch eine zentralistische Planwirtschaft ersetzen, die auf ihre Weise auch quasi-feudalistische Züge trug. Vielmehr nahm sie in bemerkenswerter Übereinstimmung mit dem Ordoliberalismus und auch mit dem französischen Wirtschaftshistoriker Fernand Braudel die Marktwirtschaft vor dem Kapitalismus in Schutz. „Märkte darf man nicht abschaffen, im Gegenteil, man muss sie vor dem Kapitalismus retten. Wir brauchen, was die Neoliberalen sich so gern auf die Fahne schreiben, aber in Wirklichkeit zerstören: Freiheit, Eigeninitiative, Wettbewerb, leistungsgerechte Bezahlung, Schutz des selbst erarbeiteten Eigentums.“ Insbesondere hielt es Wagenknecht wie die frühen Ordoliberalen - von denen sie nur Hayek kritisch gegenüber steht - für notwendig, die konzentrationsfördernden Haftungsbeschränkungen und Privilegien des Patentrechts abzubauen, da sie insbesondere den Großunternehmen Möglichkeiten verschaffen, Gewinne zu privati-

---

<sup>162</sup> Sahra Wagenknecht (2016), S. 13 - 15 (marktbeherrschende Unternehmensgiganten), 17 (Wirtschaftsfeudalismus und Geldadel), 19 (Freihandelsabkommen), 77 - 84 (Arbeitsmarkt) und 121 (Unterwerfung durch Freihandel).

sieren und Risiken sowie Verluste auf die Allgemeinheit abzuwälzen. „Die originäre eigentumsrechtliche Erfindung des Kapitalismus ist die begrenzte Haftung für wirtschaftlich investiertes Kapital.“<sup>163</sup>

Die wichtigsten Bausteine von Wagenknechts marktwirtschaftlichem Gegenentwurf zum „kapitalistischen Wirtschaftsfeudalismus“ waren neue Eigentumsformen sowohl für Banken als auch für Unternehmen. Die bestehenden Großbanken, die in der Rechtsform von Aktiengesellschaften fernab von der Realwirtschaft „inestuöse Geldgeschäfte“ in den Spielcasinos auf den internationalen Finanzmärkten betreiben, möchte sie in öffentlich-rechtliche und genossenschaftliche „Gemeinwohlbanken“ umwandeln. Ihr Ziel war ein „kleinteiliger, gemeinwohlorientierter Finanzsektor“ mit Sparkassen und Genossenschaftsbanken, die kostendeckend, aber nicht gewinnorientiert arbeiten. Solche „Gemeinwohlbanken sind in erster Linie regionale Banken, die nur in einem eng begrenzten Raum Geschäfte machen“.<sup>164</sup>

Wagenknechts Überlegungen über Unternehmensformen, die in Zukunft die als Aktiengesellschaften organisierten „unkontrollierbaren Unternehmensgiganten“ ablösen könnten, begannen mit einem kurzen Rückblick auf die Entwicklung des Eigentumsverständnisses von Aristoteles, Locke und Rousseau. Die Unterscheidung zwischen dem Privateigentum am Boden und an den Produktionsmitteln blieb dabei allerdings ungenau. Sodann schlossen diese Überlegungen einige Seitenblicke auf Unternehmen in der Hand von Stiftungen sowie auf die Unternehmenskonzeption des tschechischen Dissidenten Ota Šik ein und mündeten schließlich in die Vorstellung von vier Rechtsformen für unterschiedlich große produzierende Unternehmen ein:

- Personengesellschaften, deren Inhaber das volle Risiko ihres Unternehmens selbst tragen;
- sich selbst gehörende, unverkäufliche Mitarbeitergesellschaften, die keine „Handels- und Übernahmobjekte“ mehr sind und Leitungen haben, die a) von den Belegschaften statt von externen Eigentümern kontrolliert werden und die b) „solide Gewinne“ anstreben statt sich auf eine „kurzfristig orientierte Renditejagd“ zu begeben. „Ein Manager, der die Eigenkapitalrendite verdoppelt und die Belegschaft halbiert, ist dann vermutlich kein in der Gesellschafterversammlung gefeierter Held mehr.“ In größeren Mitarbeitergesellschaften - vor allem in solchen, zu deren Finanzierung ein „öffentlicher Wagniskapitalfonds“ beiträgt - könnten neben Belegschaftsvertretern auch Vertreter von Kommunen und Ländern Mitsprache- und Stimmrechte in der Gesellschafterversammlung erhalten.

---

<sup>163</sup> Sahra Wagenknecht (2016), S. 20 (Marktwirtschaft statt Kapitalismus) - 21 (Haftungsbeschränkungen und Patente), 25 („beinhardter Neoliberaler Hayek“), 61 (1% vs. 99%), 76 (Erbrecht), 86 (Braudel) und 113 (Planwirtschaft).

<sup>164</sup> Sahra Wagenknecht (2016), S. 183 - 240 (Umstrukturierung von Banken), bes. S. 190 (inestuöse Geldgeschäfte), 223 - 224 (kleinteiliger gemeinwohlorientierter Finanzsektor) und 236 (Banken), 287 (kapitalistischer Wirtschaftsfeudalismus).

- Große Unternehmen auf oligopolistischen Märkten könnten Wagenknecht zufolge „Öffentliche Gesellschaften“ werden, die sich ähnlich wie Mitarbeitergesellschaften selbst und nicht etwa dem Staat gehören. Ihr Aufsichtsrat könnte je zur Hälfte aus Vertretern der Belegschaft und der Öffentlichkeit bestehen.
- „Gemeinwohlgesellschaften“ könnten jene großen Unternehmen werden, „die sich nicht für eine kommerzielle Unternehmensführung eignen“, weil sie wie Wasserwerke, Krankenhäuser, die Verkehrsinfrastruktur oder digitale Kommunikationsnetze mit öffentlichen Geldern finanziert werden und kostendeckend zu erfüllende Versorgungsaufträge haben. „Auch Gemeinwohlgesellschaften gehören nicht dem Staat, sondern sich selbst. Sie arbeiten nach bestimmten Regeln und unter öffentlicher Kontrolle.“ Angesichts von Big Data „braucht auch die digitale Welt ... gemeinwohlorientierte Anbieter“.<sup>165</sup>

Entflochtene Unternehmen auf dezentralisierten Märkten erschienen Wagenknecht letztlich auch als Grundlage einer „Re-Demokratisierung der Staaten“. Unabhängig von Leopold Kohr, aber durchaus in seinem Sinne vertrat auch sie die Auffassung, dass „Demokratie nur in Räumen ... lebt, die für die Menschen überschaubar sind. Besonders die zentralistisch-bürokratischen „Brüsseler Institutionen“ der Europäischen Union hielt Wagenknecht für einen „unrühmlichen, undurchsichtigen und mehr als jede Staatsregierung von Konzernlobbyisten gesteuerten Technokratensumpf“. Skeptisch war sie deshalb auch gegenüber dem Euro. „Eine Währung sollte auf einen demokratisch gestaltbaren Raum begrenzt werden. Die Eurozone ist nicht demokratisch gestaltbar, sie verfügt nicht einmal über demokratische Institutionen.“ Deshalb erinnerte Wagenknecht ganz besonders an den während des Zweiten Weltkriegs von Keynes entworfenen „Bancor“-Plan zur gerechten und gleichgewichtigen Neuordnung der weltweiten Wirtschaftsbeziehungen. Ein Umbau des Euro gemäß den Grundgedanken dieses Plans „würde die demokratische Souveränität über das eigene Geld mit hinreichender Stabilität der Wechselkurse verbinden.“<sup>166</sup>

Nachdem Linke allzu lange gegen den Markt statt gegen mono- und oligopolistische Wettbewerbsbeschränkungen gekämpft haben, ging Wagenknechts Kapitalismuskritik auf jeden Fall in eine richtige Richtung. Sie knüpfte in Teilen an Keynes, an den Ordoliberalismus und indirekt auch an die „Small is beautiful“-Bewegung an.<sup>167</sup> Allerdings wiesen ihre Vorstellungen noch genau jene geld- und bodenpolitischen Leerstellen auf, die schon diese Vorläufer einer von Monopolen freien nachkapitalistischen Marktwirtschaft nicht zu füllen vermochten. Abgese-

---

<sup>165</sup> Sahra Wagenknecht (2016), S. 241 - 288 (Umstrukturierung von Unternehmen), bes. S. 242 - 249 (Privateigentum am Boden und an den Produktionsmitteln), 264 - 271 (Stiftungsunternehmen), 272 (Ota Šik), 274 - 281 (vier Unternehmensformen) und 287 (unkontrollierbare Unternehmensgiganten).

<sup>166</sup> Sahra Wagenknecht (2016), S. 23 - 28 (Demokratie auf nationaler und EU-Ebene, EU als antieuropäisches Projekt und Technokratensumpf, Re-Demokratisierung der Staaten), 134 (Gegensatz zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus), 226 (Euro) und 228 - 229 (Keynes' Bancor-Plan).

<sup>167</sup> Sahra Wagenknecht (2016), S. 44 -45 und 228 - 229 (John Maynard Keynes), 100 und 138 (Walter Eucken und Franz Oppenheimer) und 223 (Small is beautiful).

hen von der Unzulänglichkeit ihrer Ausführungen zum Boden- und Ressourceneigentum blieben auch Wagenknechts Aussagen zur Akkumulations- und Konzentrationsdynamik des Geldes noch sehr unzureichend. Zwar wies sie sehr zu Recht die klassisch-neoklassische These von sich, wonach Kapital allein durch fleißiges Arbeiten und Sparen entstehe, und wirft gleichermaßen berechnete Fragen zum Erbrecht auf. Ebenso wichtig sind ihre Rückbesinnung auf die ordoliberalen Kritik an Haftungsbeschränkungen und ihre Forderung, dass privates „Eigentum tatsächlich nur noch durch eigene Arbeit entstehen kann“ und nicht mehr aus Privilegien fließenden „leistungslosen Einkommen“.<sup>168</sup>

Jedoch hielt Wagenknecht an einer entscheidenden Stelle, nämlich bei der Analyse der Ursachen von leistungslosen Einkommen, letztlich noch immer an Marx fest. „Marx hat uns die Theorie überliefert, dass die Gewinne im Kapitalismus darauf beruhen, dass der Arbeiter mit seiner Arbeit mehr Wert schafft, als seine eigene Arbeit auf dem kapitalistischen Markt wert ist. Der Kapitalist kauft die Arbeitskraft und verkauft das Produkt der Arbeit. Und weil beides differiert, hat er, ohne die Gesetze des gleichen Tausches zu verletzen, dabei einen Schnitt gemacht.“ Wagenknecht blieb dabei, dass „diese Theorie korrekt beschreibt, was dem Gewinn zugrunde liegt“, obwohl „damit ... die Frage noch nicht beantwortet ... ist ..., warum das so ist.“ Nach ihrer Auffassung gibt es „dauerhafte Gewinne und leistungslose Kapitaleinkommen ... nur bei Abwesenheit ausreichender Konkurrenz. ... Unter heutigen Bedingungen sind die leistungslosen Kapitaleinkommen schlicht ein Monopolpreis, den wir deshalb bezahlen müssen, weil die bestehende Eigentumsordnung Kapital in den Händen einer kleinen gesellschaftlichen Minderheit konzentriert.“<sup>169</sup>

Aber wo liegt die tiefere Ursache für die Abwesenheit von ausreichender Konkurrenz und für eine die Konzentration fördernde Eigentumsordnung? Mit Marx' Wert- und Mehrwerttheorie lässt sie sich nicht hinreichend erklären. Wie alle Nachfolger/innen von Marx übersah auch Wagenknecht die strukturelle Schiefelage des kapitalistischen Gesamtkomplexes von Produktion und Zirkulation, bei der das strukturell parteiische Geld tagein tagaus gleichsam unter der Oberfläche der scheinbaren Tauschgerechtigkeit auf unmerkliche Weise leistungslose Einkünfte (aus Zinsen und Bodenrenten sowie sekundären Privilegien wie Patenten) von der Arbeit zum Besitz umverteilt, so dass Produktionsmitteleigentum zum geringeren Teil aus Arbeits- und zum größeren Teil aus leistungslosen Einkommen entstehen und sich in zunehmendem Maße konzentrieren kann. Das herkömmliche kapitalistische Geld blieb auch bei Wagenknecht noch ein blinder Fleck, der die real existierende kapitalistische Marktwirtschaft noch von ihrem Ziel einer sozial eingebetteten Marktwirtschaft ohne monopolkapitalistische Vermachtungen und Wettbewerbsbeschränkungen trennt.

---

<sup>168</sup> Sahra Wagenknecht (2016), S. 62 - 68 (Zweifel an der Kapitalbildung durch Sparen), 69 - 76 (Erbrecht), 253 - 263 (Haftungsbeschränkungen).

<sup>169</sup> Sahra Wagenknecht (2016), S. 129 - 135 (Marx über leistungslose Kapitaleinkommen).

Dem Problemfeld Geld und den Ideen zur Reform des Geldes näherte sich Wagenknecht noch nicht in der Erwartung, im Geld selbst die tiefere Wurzel der Akkumulations- und Konzentrationsdynamik und der sozialen Ungleichheit zu finden. Es ging ihr bislang nur um die „Fähigkeit des heutigen Bankensystems, nahezu unbegrenzt Geld und Kredit zu erzeugen, vor allem neue und immer größere Blasen an den Finanzmärkten zu finanzieren und eben nicht vernünftige Investitionen. ... Kernaufgabe der Banken ist die Bereitstellung von Kaufkraft, um einer möglichst innovativen wirtschaftlichen Entwicklung, die unseren Wohlstand erhöht und ihn zugleich naturverträglich macht, den Weg zu bahnen.“ Deshalb und weil sie das Geld als ein öffentliches Gut betrachtet, prüfte Wagenknecht bislang nur die Theorie des Vollgeldes und sah den „sympathischsten Aspekt“ darin, dass allein die Zentralbanken noch das Recht zur Geldausgabe behielten und dass dann Kredite nur noch aus Ersparnissen entstünden. „Wenn man genauer hinschaut, sieht man allerdings auch Probleme.“ Insbesondere sei zu befürchten, dass sich nach einer Einführung von Vollgeld „die Kreditversorgung der realen Wirtschaft verschlechtert“ und die Zinsen ansteigen. Kleine Unternehmen und risikoreichere Investitionen würden dann benachteiligt. Und nicht zuletzt würden „Finanzalchemisten“ neue Mittel und Wege ersinnen, um die Geschäftsbanken in die Lage zu versetzen, auch in einem Vollgeldsystem letztlich doch „weiterhin Kreditgeld - und zwar gerade und vor allem für spekulative Verwendungen - aus dem Nichts zu schaffen und in Umlauf zu bringen.“<sup>170</sup>

Der Einwand, dass das Vollgeld die Kreditversorgung der realen Wirtschaft verschlechtern könnte, ließe sich mit dem Hinweis entkräften, dass sie sich eher verbessern könnte, wenn Geld nicht mehr aus der realen Wirtschaft auf virtuelle Finanzmärkte flüchten könnte. Aber dazu wäre mehr erforderlich als nur die Form der Geldschöpfung zu ändern. Insofern waren Wagenknechts Zweifel am Vollgeld nicht unberechtigt. „Die Ideen der Vollgeldtheoretiker gehen also in die richtige Richtung, aber sie gehen nicht weit genug. ... Man muss das Gespenst nicht nur ... dazu bringen, sich vorübergehend klein zu machen und in einem geschützten Winkel zu verstecken. Es muss in die Flasche zurück.“<sup>171</sup> Um das Gespenst zu bannen und in die Flasche zurückzubekommen, müsste jedoch erst einmal seine innere Widersprüchlichkeit als Wurzel seiner kapitalistischen Eigendynamik durchschaut und behoben werden.

### **12.8.9 Grüne Strategien zur Verhinderung eines weiteren Finanzcrashs**

„Den nächsten Crash verhindern“ - das war das Anliegen von Sven Giegold & Udo Philipp & Gerhard Schick von der Partei „Bündnis90/DieGrünen“. In ihrem Buch

---

<sup>170</sup> Sahra Wagenknecht (2016), S. 213 (Bankensystem), 215 (Geld als öffentliches Gut), 219 - 221 (Stärken und Schwächen des Vollgeldes).

<sup>171</sup> Sahra Wagenknecht (2016), S. 221.

„Finanzwende“ (2016) schlugen sie ein ganzes Bündel von Maßnahmen vor, um die Finanzmärkte krisenfester zu machen, sie „auf eine vernünftige Größe schrumpfen zu lassen“ und wieder stärker mit der Realwirtschaft zu verbinden. Dazu gehören als erstes eine bessere Aufsicht über die Finanzmärkte mit mehr transparenten Daten über die Verschuldung von Haushalten und Unternehmen einschließlich der Qualität der Kredite sowie höhere Anforderungen an das Eigenkapital der Banken, ein besser überschaubares Risikomanagement, eine demokratische Regulierung der Banken einschließlich der Schattenbanken, Ratingagenturen und Versicherungen, ein „Finanzgesetzbuch“ und nicht zuletzt eine Streichung aller Subventionen für „wackelige too big to fail-Banken“. Außerdem wollten Giegold & Philipp & Schick Geschäfts- und Investmentbanken voneinander trennen, kleinere und öffentliche Banken stärken und auf europäischer Ebene eine Bankenunion und Einlagensicherung vollenden.<sup>172</sup>

Alle diese Maßnahmen könnten realpolitisch-pragmatische Schritte zur kurzzeitig-provisorischen Stabilisierung des modernen babylonischen Turmbaus auf den internationalen Finanzmärkten sein. Aber sie beziehen sich allesamt nur erst auf den Bereich der Banken, d.h. auf die Symptomebene, und noch nicht auf die tiefere, im Bereich des Geldes liegende Ebene der Ursachen des mittlerweile chronischen „Überangebots von Ersparnissen“ bzw. der „Sparschwemme“ („savings glut“).

Während Giegold & Philipp & Schick auf die Denkansätze einer Geldreform à la Gesell und Keynes gar nicht erst eingingen - möglicherweise um den Anschluss an die Realpolitik zu wahren und sich nicht dem Verdacht utopischer Phantastereien auszusetzen - , gingen sie immerhin auf das Vollgeld ein und schlossen sich der Auffassung an, dass es „weniger krisenanfällig wäre. ... Allerdings ist die Finanzwelt nicht auf den Kopf gefallen. Spätestens mit der Finanzkrise wurde deutlich, dass es eine Vielzahl von Ersatzformen für Geld gibt und die Finanzwirtschaft immer einen Weg finden wird, außerhalb der regulierten Banken kurzfristige Kredite zu vergeben. ... Wir sprechen uns trotz gewisser Vorteile des Vollgelds also nicht dafür aus, derzeit diesen Reformweg zu beschreiten.“ Das kommt einer Kapitulation vor dem Trickreichtum der Finanzwirtschaft gleich und weckt auch Zweifel an den noch pragmatischeren Maßnahmen zur Bankenregulierung. Statt die gegenwärtige „Sparschwemme“ nur innerhalb der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen im Wege einer „Investitionsoffensive des Green New Deal“ in eine realwirtschaftliche soziale und ökologische Modernisierung leiten zu wollen, wären zumindest Forschungen über die Frage notwendig, wie sich die Antriebskräfte des Größenwachstums der Finanzmärkte wirksam außer Kraft setzen lassen und wie im Interesse eines globalen Ausgleichs ein stabiles Schrumpfen

---

<sup>172</sup> Sven Giegold & Udo Philipp & Gerhard Schick (2016), S. 17 (bessere Finanzmarktaufsicht), 32 (höhere Quoten beim Eigenkapital von Banken), 34 (Risikomanagement), 43 (Schattenbanken), 52 (Finanzgesetzbuch), 76 (Subventionen für too big to fail), 85 (europäische Bankenunion und europäische Einlagensicherung), 87 (Trennbanken), 96 (Stärkung kleinerer und öffentlicher Banken), 124 (Ratingagenturen und Versicherungen).

sowohl der Finanz- als auch der Realwirtschaft in den überentwickelten Industrieländern möglich werden könnte.<sup>173</sup>

### **12.8.10 Andreas Reckwitz' Wegweisung in die Richtung eines „einbettenden Liberalismus“ als Antwort auf den Staatsinterventionismus und neoliberale Exzesse**

In seiner umfassenden Analyse des Wandels der Sozialstrukturen während der letzten Jahrzehnte des Neoliberalismus kam der Soziologe Andreas Reckwitz (\*1970) zu dem Ergebnis, dass in der „Spätmoderne“ mittlerweile eine „Gesellschaft der Singularitäten“ an die Stelle der „sozialen Großgruppen“ des Kapitals und der Arbeit getreten ist, welche sich früher als Klassen gegenüberstanden und danach noch eine Weile als Sozialpartner kooperierten. Zwar ist die Gesellschaft immer noch in sich „widersprüchlich und konflikthaft“; aber die früheren Großgruppen unterliegen einem Prozess ihrer Auflösung und es entstehen – nicht zuletzt begünstigt durch die Abnahme der fordistischen Massenproduktion und die fortschreitende Digitalisierung – neben der traditionell konservativeren Mittelschicht eine neue überwiegend urbane, akademisch gebildete und kosmopolitische Mittelschicht und eine in weiten Teilen prekär lebende Unterschicht.<sup>174</sup> Bezeichnend für das Leben im Übergang von der früheren, in Teilen auch noch weiterbestehenden Zwei-Klassen-Gesellschaft zum „Paternoster der Drei-Klassen-Gesellschaft“, die sich außerdem noch nach Geschlechtern, Herkunft, Regionen und Milieus differenziert, ist ein vielschichtiges „Nebeneinander von Aufwertungs- und Abwertungserfahrungen, von Zukunftsoptimismus und Zukunftsskepsis“ geworden. Nicht nur in ökonomischer, sondern auch in politischer und kultureller Hinsicht haben sich „tektonische Verschiebungen“ im gesamten Gesellschaftsgefüge ergeben, so dass mittlerweile eine „Doppelstruktur von Singularisierung und Polarisierung“ entstanden ist. Zudem wird auch noch die Polarisierung komplexer, weil sich im Zuge der Veränderungen der Sozialstruktur auch die herkömmliche politische Konstellation mit zwei größeren Volksparteien auflöst und die Mehrheitsbildung mit mehreren Parteien schwieriger wird.<sup>175</sup>

Besonders wies Reckwitz noch darauf hin, dass mit der Zunahme postindustrieller Produktionsformen neben dem herkömmlichen Produktionsmitteleigentum auch das durch Patente monopolisierbare Wissen eine hohe Bedeutung erlangt

---

<sup>173</sup> Sven Giegold / Udo Philipp & Gerhard Schick (2016), S. 11 und 71 (Schrumpfung der Finanzmärkte), 13 und 139 (Sparschwemme), 28 - 29 (Vollgeld) sowie 13, 15 und 143 - 144 (Green New Deal). – Zu der von Gerhard Schick gegründeten Vereinigung „Bürgerbewegung Finanzwende“ vgl. die Website [www.finanzwende.de](http://www.finanzwende.de)

<sup>174</sup> Andreas Reckwitz (2017) und ders. (2019), S. 17 – 19 (Widersprüche und Singularitäten in der Spätmoderne), 72 (neue Schichtung der Gesellschaft), 74 (Rückgang der Massenproduktion) und 85 – 109 (neue Mittel-, Unter- und Oberschichten).

<sup>175</sup> Andreas Reckwitz (2019), S. 22 (tektonische Verschiebungen in der Spätmoderne), 85 (Paternoster), 109 (Differenzierungen), 127 (Auf und Ab) und 129 – 130 (Paralyse der Volksparteien).

hat. Er sprach deshalb auch von einem „kognitiven Kapitalismus“ und von „kulturellem Kapital“ sowie von einer Ökonomisierung des Kulturellen und Sozialen. „Der kulturelle Kapitalismus ist ein Singularitätskapitalismus mit einem extrem diversifizierten Konsum“, der über den Konsum von massenhaft produzierten Gütern für den Grundbedarf hinausgeht und „sich um Singularitätsgüter und ihre qualitativen Differenzen dreht.“ Selbst Wohnungen können unter diesen Umständen in besonderen Lagen zu Singularitätsgütern werden.<sup>176</sup>

Auch in ihren komplexer gewordenen Formen bestehen freilich die modernen kapitalistischen Massengesellschaften fort und die Singularisierung der Menschen mit ihrem Bedürfnis nach individueller Selbstverwirklichung entspricht daher bislang eher ihrer Atomisierung als einer Assoziation von freien und gleichen Individuen. Unter Bezugnahme auf Alain Ehrenbergs Buch „Das erschöpfte Selbst“ (2004) verwies Reckwitz deshalb auch auf eine zunehmend „erschöpfte Selbstverwirklichung der spätmodernen Individuen“ und auf „Paradoxien ihrer Emotionskultur“ hin.<sup>177</sup>

Die „internationale populistische Revolte“ – neben dem zumeist ungeistigen Rechtspopulismus gibt es, nicht zu vergessen, auch einen größtenteils politisch anspruchsvolleren Linkspopulismus – ist nach alledem für ihn ein untrügliches Zeichen für einen nicht nur bevorstehenden, sondern schon in Gang befindlichen größeren wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Umbruch der spätmodernen kapitalistischen Gesellschaften, bei dem sich auch die herkömmlichen Rechts-Links-Schemata aufweichen. Im Rückblick auf die Jahrzehnte nach dem Ende von NS-Tyrannie und Zweitem Weltkrieg unterschied Reckwitz „zwei politische Großparadigmen“:

- Zum einen das „sozial-korporatistische Paradigma, das von Franklin D. Roosevelts New Deal (bereits ab 1933) und dem skandinavischen Wohlfahrtsstaat bis zum Konservatismus Konrad Adenauers und Charles de Gaulles reicht“. Als eine Variante dieses Paradigmas ließen sich ihm auch das (post)keynesianische Deficitspending und andere Formen des Staatsinterventionismus und von „mixed economies“ zuordnen.
- Zum anderen das „Paradigma eines apertistischen (‚öffnenden‘) Liberalismus, das von der neoliberalen ‚Reaganomics‘ über New Labour bis zur rot-grünen Regierungsphase in Deutschland reicht“, in der die Tore für die Flutwellen des Finanzmarktkapitalismus mit einer Fülle von Maßnahmen geöffnet wurden, die bis dahin als rot-grüne Politik unvorstellbar gewesen waren und die als schwarzgelbe Politik Massenproteste ausgelöst hätten.<sup>178</sup>

---

<sup>176</sup> Andreas Reckwitz (2019), S. 140 und 167 – 175 (kognitiver Kapitalismus und kulturelles Kapital) sowie 178 (diversifizierter Konsum von Singularitätsgütern) und 190 (Wohnungen).

<sup>177</sup> Andreas Reckwitz (2019), S. 203 – 238.

<sup>178</sup> Andreas Reckwitz (2019), S. 239 – 243 (rechte und linke Populismen und zwei Großparadigmen) und 263 (Brüderschaft von Neoliberalismus und Linkliberalismus). Zu den großen desillusionierenden Sünden von Rot-Grün gehörten neben Hartz IV die deutsche Beteiligung am Krieg auf dem Balkan, die Legalisierung von Hedgefonds in Deutschland, die „Bologna“-Reform des Bildungswesens, die Kosten-

- Auf Seiten beider Paradigmen der Regulierung und Deregulierung des gesellschaftlichen Lebens habe es Reckwitz zufolge berechnete und übertriebene Facetten der praktischen Umsetzung gegeben. Nachdem nun die Zeiten beider Paradigmen abgelaufen seien, stelle sich in der krisenhaften „desillusionierten Gegenwart“ die entscheidende Schlüsselfrage: „Welches Paradigma folgt als nächstes?“ Aus seiner Sicht „spricht einiges dafür, dass es sich um das Paradigma eines regulativen, einbettenden Liberalismus handeln ... sollte, das sowohl eine sozialökonomische als auch eine kulturelle Regulierung und Ordnungsbildung anstrebt – allerdings in anderer Weise und vor einem anderen gesellschaftlichen Hintergrund als der alte Sozial-Korporatismus.“<sup>179</sup>

Vorsichtig tastete sich Reckwitz bei seinen Überlegungen zu einem neuen Paradigma des „einbettenden Liberalismus“ an die Vorstellung „neuer Formen der Regulierung“ heran, die aber nicht den alten Sozial-Korporatismus in gemäßigten Formen wiederbeleben sollen. Statt in eine „Planungseuphorie des Sozialen“ zurückzufallen und die zwischenzeitlich übermäßig dynamisierte Wirtschaft und Gesellschaft nochmals überregulieren zu wollen, dachte Reckwitz in die Richtung „neu zu schaffender Rahmenbedingungen ... , welche Märkte und subjektive Rechte regulieren“. Wenn sich der neue „einbettende Liberalismus“ die Verringerung der sozialen Ungleichheit zur Aufgabe mache, könne er ein „Sozialliberalismus“ werden, und wenn er sich dem Problem der zunehmenden „kulturellen Desintegration“ der Gesellschaft stelle, könne er zu einem „Kulturliberalismus“ werden. „Der Staat des regulativen Liberalismus ist wieder ein aktiverer Staat – allerdings neuen Typs, der sich vom steuernden Nationalstaat aus den Zeiten des Sozial-Korporatismus deutlich unterscheidet und auch unterscheiden muss.“ Zudem müsse sicher sein, dass der „einbettende Liberalismus“ auch die „Strukturen der liberalen Demokratie stützen“ werde.<sup>180</sup>

Nach allen ernüchternden Erfahrungen mit Überregulierungen von Wirtschaft und Gesellschaft respektierte Reckwitz die „Eigendynamik und Nichtdeterminierbarkeit der Gesellschaft“ und zugleich distanzierte er sich von jedwedem „simplem Laissez-faire. ... Die Eigendynamik der Gesellschaft bedarf Rahmungen und die ‚Freiheit‘ kann nicht grenzenlos sein.“<sup>181</sup> Über diesen grundsätzlich richtigen, aber noch kaum konkretisierten Denkansatz hinaus ließ Reckwitz vorerst offen, mit welchen „Rahmungen“ ein „einbettender (Sozial- und Kultur-)Liberalismus“ Freiheit und Ordnung in ein neues Verhältnis setzen könnte. Würde er dem Gedan-

---

dämpfung im Gesundheitswesen und die Kapitaldeckung der Altersversorgung („Riester-Rente“) sowie das Gesetz, das Ministerialbürokratien für Industrielobbyisten öffnete.

<sup>179</sup> Andreas Reckwitz (2019), S. 7 (desillusionierte Gegenwart), 242 – 243 (zwei vergangene Paradigmen und ein neues Paradigma), 246 – 247 (zu starke Regulierungen und Deregulierungen) und 277 – 285 (Populismus als Krisensymptom).

<sup>180</sup> Andreas Reckwitz (2019), S. 286 und 289 (neue Formen der Regulierung durch neu zu schaffende Rahmenbedingungen für die Märkte), 290 (Sozialliberalismus) und 291 (Planungseuphorie, Demokratie).

<sup>181</sup> Andreas Reckwitz (2019), S. 292 (nicht determinierbare Eigendynamik, kein Laissez-faire, Rahmungen).

kenstrom von den Frühsozialisten über Proudhon und Mill, die Geld- und Bodenrechtsreformer und die frühen Ordoliberalen bis hin zur „Small is beautiful“-Bewegung begegnen, könnte ihm bewusst werden, wie sehr seine eigene und diese Gedankenwelten zueinander passen könnten.

Durch solche gegenseitigen Anregungen könnte die Bewältigung von fünf großen Herausforderungen erleichtert werden, vor denen Reckwitz den „einbettende Liberalismus“ sah:

### **1. Herausforderung „Meritokratie“**

Bei der Suche nach einem Weg zur Überwindung der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen sowie von „sozialer Anerkennung“ müsse zunächst ein „genauer Blick auf die Ursachen der wachsenden Disparitäten“ geworfen werden. Ihre „wichtigste Ursache“ sah Reckwitz „in der grundlegenden Transformation von der industriellen zur postindustriellen Ökonomie“.<sup>182</sup> Das könnte noch zu kurz gedacht sein, denn die soziale Ungleichheit bestand schon *vor* dieser Transformation durch ungleiche Zugänge zu den sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen. Im Zuge dieser Transformation wurde sie durch die im „kognitiven Kapitalismus“ möglich gewordenen leistungslosen Einkünfte aus privatisiertem Wissen nur noch verschärft.

### **2. Herausforderung „Stadt-Land-Differenz“**

Die „Diskrepanzen zwischen prosperierenden Metropolregionen und stagnierenden ländlich-kleinstädtischen Räumen“ beruhten Reckwitz zufolge darauf, dass „einmal erfolgreiche Metropolregionen ... immer noch mehr Kapital und Bewohner anziehen“. Dem weiteren Auseinanderfallen dieser „zwei räumlichen Parallelgesellschaften“ hoffte er, in den Städten durch sozialen Wohnungsbau und auf dem Land „durch gezielte Förderung von Ausbildung und regionalen Branchen“ entgegenwirken zu können.<sup>183</sup> Das ist als pragmatische Realpolitik bis auf Weiteres sicherlich notwendig; darüber hinaus muss jedoch dem Geld-, Boden- und Realkapital die Möglichkeit genommen werden, sich durch Zinsen, privat vereinbarte Bodenrenten und weitere leistungslosen Einkünfte aus Privilegien in vorwiegend großstädtischen Ballungsgebieten zu akkumulieren und damit die regionalen Disparitäten zu vergrößern.

### **3. Herausforderung „Grundversorgung der Infrastruktur“**

Nach Jahrzehnten einer neoliberalen „Privatisierung der gesellschaftlichen Infrastruktur“ sah es Reckwitz als eine wichtige Aufgabe des „einbettenden Liberalismus“ an, die Versorgung der Menschen mit öffentlichen Gütern in den Bereichen von „Verkehr, Gesundheit, Energie, sozialem Wohnungsbau, Bildung und öffentliche Sicherheit“ zu stärken. Aber wie soll die notwendige „Rekonstruktion des Allgemeinen“ in Zeiten angespannter öffentlicher Haushalte finanziert werden?<sup>184</sup> Zusätzlich zu höheren Spitzensteuersätzen, einer Wiedereinführung der Vermö-

---

<sup>182</sup> Andreas Reckwitz (2019), S. 293 [Meritokratie und ihre Ursachen].

<sup>183</sup> Andreas Reckwitz (2019), S. 295 – 296 (unterschiedliche soziale Räume).

<sup>184</sup> Andreas Reckwitz (2019), S. 296 – 298 (öffentliche Infrastruktur).

gensteuer, einer Erhöhung der Erbschaftssteuer und der Trockenlegung von Steueroasen könnten gemäß den Überlegungen der Bodenreformer gerade jene bislang privat vereinnahmten Bodenrenten, deren Existenz und deren exorbitante Steigerung auf staatlich finanzierten Investitionen in die Infrastruktur beruhen, den öffentlichen Haushalten im Wege der Erhebung einer Bodenwertsteuer zugeführt und zur Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur herangezogen werden.<sup>185</sup>

#### **4. Herausforderung „Suche nach den Grundregeln“**

Entgegen etwaiger Erwartungen, die der Begriff „Grundregeln“ wecken könnte, verstand Reckwitz hierunter nicht die Suche nach einem allgemeinen Ordnungsrahmen für Wirtschaft und Gesellschaft. Stattdessen wagte er angesichts der „kulturellen Heterogenität“ und der durch Migrationsbewegungen entstandenen Konflikte zwischen „Parallelgesellschaften“ einzelner ethnischer Gruppen die zunächst irritierende Aussage, dass der „einbettende Liberalismus das linksliberale Modell des Multikulturalismus nicht ohne Weiteres fortführen“ könne. Im ausdrücklichen „Gegensatz zur Kulturpolitik des Rechtspopulismus“ ging es Reckwitz gerade nicht um eine Fremdenfeindlichkeit. Die „kulturelle Pluralisierung der Lebensformen“ war für ihn ein „unverrückbarer Tatbestand“ und „irreduzibel“. Aber er sah eine besonders wichtige Aufgabe des öffentlichen Bildungswesens in einer zu verstärkenden „Arbeit an Grundregeln und -werten, die für alle gelten“, um „innerhalb dieser respektierten Heterogenität der Ethnien und Lebensstile ... eine kulturelle Integration“ zu fördern.<sup>186</sup>

#### **5. Herausforderung „Kultur der Reziprozität“**

Nachdem der neoliberal-„apertistische Liberalismus ... einseitig eine Kultur der subjektiven Interessen und subjektiven Rechte forciert“ hat, gehöre es Reckwitz zufolge schließlich zu den wesentlichen Aufgaben eines neuen „regulativen Liberalismus“, auf allen Ebenen von Wirtschaft und Gesellschaft eine neue „Kultur der Reziprozität“ zu entwickeln, um Einzelinteressen und das Wohl der Allgemeinheit in eine Balance zu bringen. Allzu vorsichtig wirkte jedoch noch seine Frage, ob „Personen, die auch garantiert durch eine rechtliche und zivile Ordnung durch Kapitaleinkünfte hohes Vermögen akkumuliert haben, nicht auch eine Pflicht ... haben, Teile davon an die Gesellschaft zurückzuerstatten?“<sup>187</sup> Warum nur Teile davon? Die in der Vergangenheit aufgetürmte soziale Ungleichheit kann sicherlich nicht mehr durch detailgetreue Rückerstattungen wieder gut gemacht und nivelliert werden; aber ähnlich wie von Silvio Gesell nach dem Ende des Ersten Weltkriegs gefordert, bedarf es einer Doppelstrategie, um Wirtschaft und Gesellschaft auf einen Weg zu bringen, auf dem – wie es schon Pierre Proudhon ausdrückte – „die Gegenseitigkeit zur Formel der Gerechtigkeit“ werden kann. Um

---

<sup>185</sup> Vgl. hierzu das Kap. 7.1 dieses Buches über Henry George sowie das Kap. 13.1 über die Bodenreformvorschläge von Fritz Andres und Dirk Löhr.

<sup>186</sup> Andreas Reckwitz (2019), S. 298 – 300 (Multikulturalismus).

<sup>187</sup> Andreas Reckwitz (2019), S. 300 – 304 (Kultur der Reziprozität).

eine Ausgangsbasis für einen gesellschaftlichen Neustart zu schaffen, bedarf es zum einen als Bereinigung der aus der Vergangenheit stammenden sozialen Ungleichheit so etwas wie einer einmaligen gestaffelten Vermögensabgabe, mit der *alle* Mitglieder der Gesellschaft je nach dem Umfang ihres Vermögens zu diesem Neustart beitragen. Und zum anderen bedarf es einer Reform der Geld- und Boden-/Ressourcenordnung, der Unternehmensverfassung und weiterer Rechtsbereiche, um für die Zukunft sicherzustellen, dass auf mono- und oligopolfrei geordneten Märkten niemand mehr über Privilegien als Quellen von leistungslosen Vermögenseinkünften verfügt. Die „rechtliche und zivile Ordnung“ (Reckwitz), die in der Vergangenheit Privilegien zuließ, muss so umgestaltet werden, dass die „Reziprozitätsdefizite der Geldwirtschaft“ (Dieter Suhr) und anderer Wirtschaftsbereiche überwunden werden und nicht mehr neu entstehen können.<sup>188</sup>

Zu guter Letzt erwartete Reckwitz zu Recht, dass der „einbettende (Sozial-)Liberalismus“ im Vergleich zu seinen „beiden Vorgängerparadigmen ... sein Fortschrittsverständnis skeptischer anlegen“ wird.<sup>189</sup> Sowohl der staatsinterventionistische Steuerungsoptimismus als auch der neoliberale Deregulierungsoptimismus werden obsolet, sobald die Märkte in eine gerechte Rahmenordnung eingebettet werden.

### **12.8.11 Nico Stehr & Dustin Voss das Geld als zentrales Medium in ihrer „Gesellschaftstheorie der Moderne“ (2019)**

Während Reckwitz' Überlegungen auch ohne Einbeziehung der Geld- und Bodenthematik in eine vielversprechende ordnungspolitische Richtung gingen, stellten der Kulturwissenschaftler Nico Stehr und der Ökonom Dustin Voss das Geld zwar in den Mittelpunkt ihrer „Gesellschaftstheorie der Moderne“; aber sie gaben keine Anregungen für eine Transformation von der ersten in eine zweite Moderne – im Gegenteil, die „bahnbrechenden Überlegungen“ von Marx über die „unnatürliche Fähigkeit des Geldes, aus sich heraus neuen Mehrwert zu schaffen“, hatten für sie noch immer einen hohen Stellenwert. Auch auf Georg Simmel, Marcel Mauss, Karl Polanyi, Karl Mannheim und Niklas Luhmann griffen sie bei ihren Untersuchungen der modernen „Finanzwelt“ zurück. Seit den 1970er Jahren sei in ihr eine Flut von Finanzinnovationen zu einem „dominanten, oft irritierenden Treiber für Wirtschaft und Gesellschaft“ geworden. Die Finanzmärkte haben sich aus ihrer Sicht geradezu zu einem „unwegsamen Zentrum der Weltgesellschaft“ entwickelt.<sup>190</sup>

---

<sup>188</sup> Zu Pierre Proudhons Mutualismus vgl. das Kap. 4.2 dieses Buches. – Silvio Gesell (1919/1991a), S. 323 – 329, und ders. (1921/1992j), S. 308 - 310. – Dieter Suhr (1988), S. 8 (Ungleichheit als Unfreiheit), 86 – 97 (Asymmetrie des Geldes).

<sup>189</sup> Andreas Reckwitz (2019), S. 303.

<sup>190</sup> Nico Stehr & Dustin Voss (2019), S. 7 (Finanzmärkte als Zentrum der Weltgesellschaft), 23 (Finanzmärkte als Treiber) und 163 und 167 (Marx).

Einerseits war das Geld für Stehr & Voss unzweifelhaft mehr als nur ein allgemeines Tausch- und Kommunikationsmittel; andererseits gingen sie diesem „Rätsel“ der Herkunft des Mehr trotz aller Fragilität der Finanzwelt nicht tief genug auf den Grund und bemühten sich nicht, über bisherige Gedankenhorizonte hinauszudenken. „Ob die wachsende Bedeutung der Finanzwelt eine tugendhafte Entwicklung oder ein Fluch ist, ist und bleibt völlig umstritten.“<sup>191</sup> Bereits im Vorwort zu ihrem Buch stellten Stehr & Voss klar, dass „wir dem Rat eines weisen Ökonomen ... folgen ... , der bei seiner eigenen Untersuchung der Idee des gerechten Lohns betonte, er wolle ‚eher Probleme verdeutlichen als direkte Antworten auf bestimmte Fragen geben‘.“ Dieser „weise Ökonom“ war für sie übrigens Frank Knight, ein Mitbegründer der neoliberalen Chicago School of Economics.<sup>192</sup>

Da sie die Zweifel von Aristoteles, Thomas von Aquin und Marx an der ‚Fruchtbarkeit‘ des Geldes für berechtigt hielten, setzten sich Stehr & Voss auch mit weitergehenden unkonventionellen Gedanken zur Reform des Geldes wie der „wohl einflussreichsten Theorie einer zinslosen Wirtschaft (von) Silvio Gesell“ auseinander; aber ihre Beschäftigung damit blieb vordergründig. In Erinnerung an die Zinsverbote in den jüdisch-christlich-muslimischen Religionen und vielleicht auch aufgrund der Fehlinformation, dass Zinsen ‚abgeschafft‘ werden sollen, beantworteten sie ihre Frage „Ist eine zinslose Wirtschaft möglich?“ mit einem klaren „Nein“. Es gebe „grundsätzlich unüberwindbare Probleme bei der flächendeckenden Einführung einer Freigeldwirtschaft. ... ‚Rostendes Geld‘ wäre nur als lokales Währungsmodell möglich“ – wie 1932/33 in Wörgl/Tirol oder, wie sich ergänzen ließe, im Chiemgau, wo es seit 2003 ein Regionalgeld „Chiemgauer“ gibt. Nur in dem „rein hypothetischen Fall“, dass „Nettoersparnisse konstant null“ seien, sei ein Nullzins überhaupt denkbar. Aber „weder ist eine funktionale Ökonomie ohne Zins oder zinsähnliche Konstrukte wirklich vorstellbar, noch sollte man die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen eines zinsbasierten Kapitalismus außer Acht lassen.“ Sodann verwiesen Stehr & Voss als Argument für die Notwendigkeit dauerhaft positiver Zinsen auf die unersetzliche Funktion des Zinses als Allokationsmittel, das die Ersparnisse selbsttätig und unbürokratisch in die Investitionen lenkt. „Der Preis für Kapital dient somit als wichtige Informationsquelle sowohl in Bezug auf den wirtschaftlichen als auch auf den gesellschaftlichen Gesamtzustand einer Zivilisation. Diese wesentliche Funktion greift auch Friedrich Hayek auf, um ein grundsätzliches Verbot des Zinses und damit einhergehende staatliche Regulierung entschieden abzulehnen.“<sup>193</sup>

---

<sup>191</sup> Nico Stehr & Dustin Voss (2019), S. 11 (Geld mehr als Tusch- und Kommunikationsmittel), 17 (Geld als Rätsel) und 22 (Finanzwelt als Tugend oder Fluch).

<sup>192</sup> Nico Stehr & Dustin Voss (2019), S. 28 – 29 (Problemverdeutlichung anstelle von Antworten nach Frank Knight).

<sup>193</sup> Nico Stehr & Dustin Voss (2019), S. 168 – 169 (Aristoteles, Aquin, Marx), 171 (Gesell), 172 – 175 (Zinslose Wirtschaft im Islam), 175 – 176 (Unmöglichkeit einer zinslosen Wirtschaft) – 180 (unverzichtbare Allokationsfunktion des Zinses, Hayek). – Zum „Chiemgauer“ vgl. Christian Gelleri (2009) und die

Bei diesem schon von Hayek zu kurz gedachten Einwand gegen eine Geldreform wurde übersehen, dass damit überhaupt kein Verbot bzw. eine Abschaffung des Zinses und auch keine „zinslose Wirtschaft“ angestrebt wird. Auch Gesell war die unverzichtbare Allokationsfunktion des Zinses bewusst und gerade deshalb stellte er dar, wie sie erhalten bleiben und sogar noch im Sinne seiner Verteilungsneutralität optimiert werden könnte, wenn nach einer Einführung von „rostenden Banknoten“ die mittel- und langfristigen Zinsen um ein bei null liegendes Gleichgewicht oszillieren und wenn diese Dynamik weiterhin für eine dezentrale Zuordnung der Ersparnisse zu wirtschaftlich sinnvollen Investitionen sorgt. –

Erfreulicher Weise thematisierten Stehr & Voss, dass der Boden, der früher als Allmende galt, seit dem Beginn des kapitalistischen Industriezeitalters zu einer „anerkannten Handelsware geworden ist und dass effizienzfocussierte Wertekonzeptionen ... die Oberhand über gemeinschaftliche Vorstellungen gewannen“. Sie verwiesen auch auf die Rolle der „Finanzialisierung des Landes“ als Brandbeschleuniger bei der Finanzmarktkrise von 2008 und auf das seitdem weltweit verstärkte Landgrabbing. Jedoch beschränkten sich Stehr & Voss auf ihr bloßes „Ziel ... , diese tiefgreifende sozioökonomische Revolution entlang der Entwicklung des andauernden gesellschaftlichen Disputs um den Wert des Bodens nachzuvollziehen.“ Sie plädierten auch für einen „alternativen pluralistischen Diskurs“, aber sie unterließen jeden Hinweis auf frühere und in jüngster Zeit neu belebte Debatten über eine Reform des Bodenrechts, die den Boden und die Ressourcen entkapitalisiert und sie in zeitgemäßen Formen zu Gemeinschaftsgütern macht.<sup>194</sup>

\*

Die vorstehend aufgeführten Beispiele aus den neueren gesellschaftskritischen Diskursen in linksliberalen und linken Kreisen zeigen mehr oder weniger deutlich eines: sie sind noch längst nicht nah genug dran an dem, was jetzt endlich auf die Tagesordnung gehört – nämlich eine konstruktiv-kritische Rezeption aller Denkansätze der Frühsozialisten, Proudhon und Mill, der Bodenrechts- und Geldreformer, der geldreformerischen Seite von Keynes, des frühen Ordoliberalismus und der „Small is beautiful“-Bewegung. Viel zu lange sind sie im Schatten anderer Denkrichtungen geblieben, die entweder auf Abwege führten oder die zwar in eine richtige Richtung, aber nicht weit genug gingen, weil sie ‚anschlussfähig‘ an den Mainstream bleiben wollten. Wie bequem war es doch allzu lange, die falschen Verhältnisse zwar zu kritisieren und auch viel Richtiges, aber eben nicht genug Richtiges zu sagen. Der sich seit einiger Zeit ausbreitende Rechtspopulismus ist auch eine Folge von Jahrzehnte langen Versäumnissen von Wissenschaften und

---

Website [www.chiemgauer.de](http://www.chiemgauer.de). Über andere Regionalgelder in Deutschland vgl. Wilhelm Pischke (2019). – Über ihre internationale Verbreitung vgl. Stefanos Tsivopoulos (2013).

<sup>194</sup> Nico Stehr & Dustin Voss (2019), S. 109 (Boden von einer Allmende zur Handelsware, begrenztes Erkenntnisinteresse), 124 – 128 (Finanzialisierung des Landes), 129 (moderne Landnahme) und 147 (alternativer Diskurs). – Vgl. hierzu das Kap. 13.1 dieses Buches.

Zivilgesellschaft, die den Verheißungen der neoliberalen Globalisierung geglaubt und sich mit Halbheiten wie der Ökologischen Modernisierung und einem Green New Deal begnügt haben. So entstand inmitten ungelöster sozialer und ökologischer Probleme ein Vakuum, das sich mit rechtspopulistischen Pseudoantworten auf die multiple Krise füllen konnte.

### **12.8.12 Rechtspopulismus - eine Folge der von Wissenschaften sowie von politischen und zivilgesellschaftlichen Kräften nicht bewältigten Aufgabe, eine freiheitliche und zugleich gerechte Ordnung der Wirtschaft zu schaffen**

Nachdem Deutschland in den Jahren nach der ersten großen Weltwirtschaftskrise von 1929 in die nationalsozialistische Tyrannei abgestürzt war und die Welt mit in einen Abgrund gerissen hatte, wurde vielfach die Frage gestellt, warum sich das Bürgertum dem Aufstieg Hitlers nicht mit aller Kraft entgegenstellte. Dazu schrieb der deutsch-amerikanische Historiker Fritz Stern (1926-2016) nach einer ausführlichen Beschäftigung mit den Vorläufern des Nationalsozialismus: „Die deutschen Wege ins Verderben, einschließlich des Nationalsozialismus, waren weder zufällig noch unausweichlich. Der Nationalsozialismus hatte tiefe Wurzeln und dennoch hätte man seinen Aufstieg verhindern können.“ Und besonders wichtig war Stern die Mahnung: „Kein Land ist immun gegen die Versuchungen solcher pseudo-religiöser repressiver Bewegungen, wie ihnen Deutschland erlag. Die Zerbrechlichkeit der Freiheit ist die einfachste und tiefste Lehre aus meinem Leben und meiner Arbeit.“<sup>195</sup> Zerbrechlich war die Freiheit, weil sie von wirtschaftlicher Macht als Feigenblatt missbraucht und dadurch so sehr diskreditiert wurde, dass sich linke und rechte Antiliberalismen gegen sie erheben konnten.

Der nach 1945 ertönte Ruf „Nie wieder Faschismus“ ist während der Jahrzehnte des Wirtschaftswunders und der modernen Wachstums- und Konsumgesellschaft verhallt und lange Zeit war die Wiederkehr des Faschismus unvorstellbar. Dennoch mahnte der Soziologe Theodor Adorno als einer der führenden Köpfe der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule schon 1967 vor einem noch immer existierenden Bodensatz rechtsextremistischer Ideologien. „Politische Gruppierungen überdauern Systeme und Katastrophen.“ Man dürfe diese „Bewegungen nicht unterschätzen ... wegen ihrer Theorielosigkeit“. Aufgrund der „nach wie vor herrschenden Konzentrationstendenz des Kapitals“ bestünde „die Möglichkeit der permanenten Deklassierung von Schichten“ fort. Ängste vor „sozialen Katastrophen“ könnten deshalb in Krisenzeiten dazu führen, dass rechtsextremistische Ideologien wie mit „merkwürdiger Konstanz“ wieder virulent werden und be-

---

<sup>195</sup> Fritz Stern (2007), S. 10 und 18 - 20. – Zum Nationalsozialismus vgl. das Kap. 8.6 dieses Buches.

sonders bei „autoritätsgebundenen Persönlichkeiten ... in Wahnsysteme sich steigern“.<sup>196</sup>

Zwar hatte die 1968er Studentenbewegung vorläufig deutlich mehr gesellschaftlichen Einfluss als die NPD, die in der damaligen Krise aufkam und bald wieder zurückfiel. Aber spätestens nach dem Niedergang des Sowjetimperiums im Herbst 1989 und auch infolge des Aufstiegs des kommunistischen Chinas zu einer staatskapitalistischen Weltmacht verlor die neue Linke an Überzeugungskraft. Ernüchternd waren schließlich auch die wirtschaftspolitischen Entwicklungen in mehreren Ländern Lateinamerikas, in denen ‚linke‘ Regierungen vorübergehend noch einmal politische Verantwortung übernahmen.

Die große Finanzmarkt-, Staatsschulden- und Eurokrise von 2008, deren Ausmaß nicht geringer war als das Ausmaß der Weltwirtschaftskrise von 1929<sup>197</sup>, und ein zunehmendes Unbehagen an der finanz- und konzernkapitalistisch getriebenen Globalisierung führten nicht nur zu zivilgesellschaftlichen Gegenbewegungen wie ATTAC, sondern auch zu einer Verschiebung der politischen Kräfte von links nach rechts, so dass sich mittlerweile überall in Europa ein Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Bewegungen beobachten lässt.<sup>198</sup> „Keineswegs alle Elemente dieser Ideologie sind“ - worauf Adorno ebenfalls schon hinwies - „einfach unwahr.“ Aber „auch das Wahre tritt dabei in den Dienst einer unwahren Ideologie“ und wird „kombiniert mit Blindheit, ja Abstrusität der Zwecke, die dabei verfolgt werden“.<sup>199</sup>

Durch den Volksentscheid in Großbritannien für einen Austritt aus der EU („Brexit“) und den Sieg des rechtspopulistischen Republikaners Donald Trump bei den US-Präsidentenwahlen im November 2016 bekamen diese Bewegungen in Europa wie in Frankreich und Italien, Polen und Ungarn sowie in Russland, in der Türkei und in Brasilien einen gefährlichen Aufwind. Zwar haben sich mit „Syriza“ in Griechenland und „Podemos“ in Spanien auch linke populistische Bewegungen gegen die Übermacht der internationalen Finanzmärkte gestellt; jedoch bestätigte sich im Laufe der seit 2008 schwelenden großen Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise die historische Erfahrung, dass das Pendel der Politik immer wieder besonders nach rechts in archaische Freund-Feind-Denkmuster ausschlägt, wenn die Freiheit allzu lange nicht mit sozialer Gleichheit einhergeht und nicht gerecht geordnet wird und wenn auch linke Regierungen daran nichts ändern.<sup>200</sup>

---

<sup>196</sup> Theodor W. Adorno (1967/2019), S. 10 und 19 (Kapitalkonzentration und soziale Deklassierung, soziale Katastrophen), 22 – 24 (Theorielosigkeit des Faschismus, Konstanz), 25 – 27 (Wahnsysteme), 40 – 41 (autoritätsgebundene Persönlichkeit). – Vgl. hierzu auch Armin Pfahl-Traugber (1998).

<sup>197</sup> Barry Eichengreen & Kenneth O'Rourke (2010).

<sup>198</sup> Julian Bruns & Kathrin Glösel & Natascha Strobl (2015). - Ernst Hillebrand Hrsg. (2015). - Samuel Salzborn (2015).

<sup>199</sup> Theodor W. Adorno (1967/2019), S. 23 und 39.

<sup>200</sup> Manuel Funke & Moritz Schularik & Christoph Trebesch (2015).

Nachdem sich Sozialdemokraten und Grüne Jahrzehnte lang in das neoliberale Projekt mit hineinziehen ließen und nachdem linksliberale und linke Kräfte diese Fehlentwicklung mit ihren wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten und zerstörerischen Auswirkungen auf die Natur nicht genügend klar analysierten, breiten sich nunmehr rechtspopulistische Pseudoerklärungen für die Krisen, nationalistische Gegenbewegungen und dumpfe Feindbilder aus. Je weiter die entgrenzte neoliberal-kapitalistische Globalisierung der Wirtschaft voranschreitet, Konfliktherde schafft und Fluchtbewegungen auslöst, desto stärker wird die „zerbrechliche Freiheit“ (Fritz Stern) beschädigt und desto mehr treten antieuropäische oder gar menschenverachtende antisemitische und antimuslimische Ressentiments an die Stelle von Analysen der sozialen Ungleichheit in Deutschland, Europa und der Welt.<sup>201</sup>

Die Behauptung der früheren britischen Premierministerin Margret Thatcher, dass es zur neoliberalen Globalisierung keine Alternative gebe („There is no alternative“, TINA), richtete sich ursprünglich gegen die linksliberale und linke Globalisierungskritik. Mittlerweile ist eine ganz andere ‚Alternative‘ in Gestalt der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), der fremdenfeindlichen Pegida-Bewegung und anderer rechtsextremistischer Gruppierungen wie den „Reichsbürgern“ und „Identitären“ entstanden. Zunächst als eurokritische Partei gestartet, weiteten sich die AfD und ihre Netzwerke als Reaktion auf die Aufnahme mehrerer Hunderttausender Geflüchteter in Deutschland in bislang unvorstellbare Dimensionen aus. Bei Wahlen konnte die AfD hohe zweistellige Erfolge erringen und die bröckelnden Volksparteien in Bedrängnis bringen. Und nahezu durch die ganze Zeit seit der friedlichen Wende vom Herbst 1989 zieht sich eine erschreckende Blutspur von dem Mord an dem aus Angola stammenden Arbeiter Amadeu Antonio in Eberswalde über die Opfer der NSU-Verbrechen bis hin zum Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke sowie von brennenden Asyl- und Flüchtlingsunterkünften in Hoyerswerda, Rostock, Solingen und Mölln bis hin zu antisemitischen und fremdenfeindlichen Brandanschlägen wie in Chemnitz, Halle und Hanau.<sup>202</sup>

Die schon seit Jahren gestiegene Politikverdrossenheit erleichtert es der AfD, sich als Widerstand gegen abgehobene Eliten und als „echte politische Alternative“ darzustellen, die „in der Tradition der beiden Revolutionen von 1848 und 1989“ stehe. An die Französische Revolution von 1789 knüpft sie nicht an – wohl weil sie

---

<sup>201</sup> Oliver Decker & Johannes Kiess & Elmar Brähler (2010) und dies. (2016). – Matthias Quent (2019a) und (2019b), S. 20 – 25.

<sup>202</sup> Frank Decker (2015), S. 27 - 32. - Hans Vorländer & Maik Herold & Steven Schäller (2016). – Matthias Quent (2019c). – Fabian Virchow (2019). -Vgl. die Internetseite der Amadeu-Antonio-Stiftung <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/> und außerdem Cornelia Koppetsch (2019) sowie Interviews mit Cornelia Koppetsch im Deutschlandfunk am 6. Juli 2019 ([https://www.deutschlandfunkkultur.de/soziologin-cornelia-koppetsch-wer-waehlt-afd-und-warum.990.de.html?dram:article\\_id=453189](https://www.deutschlandfunkkultur.de/soziologin-cornelia-koppetsch-wer-waehlt-afd-und-warum.990.de.html?dram:article_id=453189)) und in der taz vom 7./8. September 2019 (<https://taz.de/Soziologin-ueber-AnhaengerInnen-der-AfD/!5621497/>) (Zugriffe am 24.3.2020).

keine deutsche Revolution war. Um sich einen demokratischen Anstrich zu geben, tritt die AfD nach schweizerischem Vorbild für eine direkte Demokratie mit Volksbegehren und Volksabstimmungen ein und verspricht, die Macht von Parteien und Lobbyisten begrenzen zu wollen. Die Volkssouveränität sei spätestens durch die Verträge von Schengen (1985), Maastricht (1992) und Lissabon (2007) zu einer Fiktion geworden. Deshalb verlangt die AfD, „das Experiment Euro geordnet zu beenden“ (im Wege einer Volksabstimmung) und „die EU zurückzuführen zu einer Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner, lose verbundener Einzelstaaten“.<sup>203</sup>

Sodann will die AfD „an die Prinzipien und Wurzeln anknüpfen“, die Deutschland in der frühen Nachkriegszeit „zu seinem Wirtschaftswunder und dann zu seinem jahrzehntelangen sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichem Erfolg geführt haben“. Ungeachtet der Tatsache, dass die politische Souveränität der Menschen und Völker schon seit den Anfängen des modernen Kapitalismus durch die wirtschaftliche Souveränität des Geldes sowie durch privilegierte Zugänge zum Boden und zu den Ressourcen ausgehöhlt war, verkündet die AfD die Jahrzehnte vor der Einführung des Euro als eine DM-Erfolgsgeschichte, obwohl sie von zahlreichen wirtschaftlichen Krisen durchzogen waren. Als Wolf im Schafspelz gibt sie sich den Anschein einer „Partei der sozialen Marktwirtschaft“ und vereinnahmt eine „Ordnungsethik“ für sich, „wie sie von Walter Eucken, Alfred Müller-Armack und Wilhelm Röpke entwickelt und von Ludwig Erhard umgesetzt wurde“, was die meisten Ordoliberalen wohl kaum widerspruchslos hingenommen hätten. Zudem ignoriert die AfD die beträchtlichen Unterschiede zwischen ihnen. Und sie ignoriert auch den Umstand, dass die Ordoliberalen allesamt die wettbewerbsverzerrende strukturelle Macht des kapitalistischen Geldes und die ebenfalls marktverfälschenden Privilegien beim Zugang zum Boden und zu den Ressourcen vollständig übersehen haben.<sup>204</sup>

Im Hinblick auf die aktuelle Diskussion über eine Abschaffung des gewiss erhaltenswerten Bargeldes verteidigt die AfD bezeichnenderweise nicht dessen unersetzliche Funktion als Tauschmittel und Recheneinheit, sondern sie wendet sich bezeichnender Weise dagegen, dass im Falle einer Abschaffung des Bargeldes „die Rolle des Geldes als unantastbarer Wertspeicher massiv eingeschränkt“ würde. Und in ihrer Großen Anfrage an die deutsche Bundesregierung „De-facto-Besteuerung und -Entwertung von Bargeld“ vom 13. Mai 2019 attackierte die AfD ausdrücklich das IWF-Working Paper von Ruchir Agarwal & Signe Krogstrup mit Überlegungen über eine noch weitere Absenkung der Negativzinsen. Dabei vermischte sie ihre Ablehnung einer Abschaffung des Bargeldes mit der gängigen Verteufelung von Negativzinsen als Betrug an den Sparern. Auch in der

---

<sup>203</sup> Alternative für Deutschland (2016), S. 11 - 12 (bürgerliche Revolutionen), 14 (europäische Verträge), 16 (direkte Demokratie) und 20 - 25 (Parteien und Lobbyismus), 30 und 35 (Euro beenden und EU auflösen).

<sup>204</sup> Alternative für Deutschland (2016), S. 14 (Wirtschaftswunder), 41 (Partei der sozialen Marktwirtschaft), 132 - 133 (Ordnungsethik).

rechtskonservativen Zeitung „Junge Freiheit“ gilt eine Welt mit negativen Zinsen als eine „surreale Welt“. Für Bruno Bandulet sind Negativzinsen „ein seltsamer Begriff – so als ob sich der Tod als negatives Leben bezeichnen ließe. ... So etwas ... kam ... in der 4.000 Jahre alten Zinsgeschichte noch nie vor.“ Normal sei es, dass ein vorläufiger Verzicht auf Konsum mit Zinsen belohnt werde.<sup>205</sup>

Und während die AfD vorgibt, „jegliche Form der Bodenspekulation“ mit landwirtschaftlichen Flächen „durch international tätige Konzerne“ unterbinden zu wollen, verwahrt sie sich zugleich gegen ein „unmäßiges Anheben von Grundsteuer und Grunderwerbssteuer“. In der Debatte um eine Reform der Grundsteuer trat der AfD-Bundestagsabgeordnete Kay Gottschalk gar für eine völlige Abschaffung der Grundsteuer ein.<sup>206</sup>

Ähnlich wie die NPD gibt sich auch die AfD betont mittelstandsfreundlich und – nur verbal – konzernkritisch. Aber ihr Programm enthält nicht den Hauch eines Verständnisses der Ursachen der Konzentration von marktbeherrschender wirtschaftlicher Macht in multinationalen ‚vaterlandslosen‘ Konzernen. Für den „freien Wettbewerb“ solle „es gleiche und eindeutige Regeln für alle Marktteilnehmer unabhängig von deren Größe oder Rechtsform“ geben. „Und staatliche Eingriffe – zum Beispiel um Monopole zu verhindern und Marktversagen entgegenzuwirken – sind auf das notwendige Minimum zu begrenzen.“ Zugleich fordert die AfD ganz im Sinne des Neoliberalismus eine „innovations- und technologiefördernde Politik“, um den „Hochtechnologie- und Medizintechnikstandort Deutschland“ international wettbewerbsfähig zu machen. Um die „Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit unseres Landes“ zu steigern, legt die AfD besonderen Wert auf die mathematische und naturwissenschaftlich-technische Bildung. Zwar gibt sie vor, die „Abhängigkeit unserer Nahrungsmittelversorgung von wenigen multinationalen Großkonzernen verringern“ zu wollen, aber zugleich „öffnet die sich der Forschung und Entwicklung im Bereich der Gentechnik“. Zu alledem passen auch ihr Gerede von einer „aktivierenden Grundsicherung“ und ihre Absicht, „die derzeit zur Erhebung ausgesetzte Vermögenssteuer und die Erbschaftssteuer abzuschaffen“.<sup>207</sup> Als vermeintliche Anwältin der kleinen abgehängten Leute vertritt die AfD in Wirklichkeit die Interessen von Privilegierten und verfestigt damit die soziale Spaltung.

Mit einem demokratisch-marktwirtschaftlichen Schein ummäntelt die AfD auch ihre den Interessen der großen Energie- und Autokonzerne dienende Energie- und

---

<sup>205</sup> Alternative für Deutschland (2016), S. 151 [Geld als Wertspeicher]. – AfD (2019). – Ruchir Agarwal & Signe Krogstrup (2019). – Bruno Bandulet (2019).

<sup>206</sup> Alternative für Deutschland (2016), S. 174 [Spekulation mit landwirtschaftlichen Flächen] und 186 [Grundsteuer]. – Zur Position des AfD-Bundestagsabgeordneten Kay Gottschalk vgl. Hans-Jürgen Leersch (2019), S. 8. Kay Gottschalk gehörte auch zu denjenigen Mitgliedern der AfD-Fraktion, die die Anfrage zu negativen Zinsen an den deutschen Bundestag stellten; vgl. AfD (2019) in Anm. 205.

<sup>207</sup> Alternative für Deutschland (2016), S. 72 [aktivierende Grundsicherung], 104 [mathematische und naturwissenschaftlich-technische Bildung], 133 [Monopole], 135 [Technologiepolitik], 137 [Mittelstand] und 148 [Vermögens- und Erbschaftssteuer] und 172 [Hochtechnologiestandort] – 173 [Gentechnik]. – Zur Wirtschaftsprogrammatische der NPD vgl. Werner Onken (2007c).

Verkehrspolitik. Sie präferiert die Energiegewinnung aus Erdgas, Erdöl und Kohle gegenüber erneuerbaren Energien, kritisiert sogar die „überhasteten Ausstiegsbeschlüsse aus der Kernkraft von 2002 und 2011“ und fordert eine „Laufzeitverlängerung der noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke“. „Radioaktive Reststoffe“ könnten an „gesicherten Orten“ gelagert werden und das Fracking berge zwar Risiken, aber es eröffne „auch neue Möglichkeiten der Energieversorgung“. Die Befürchtung einer Aufheizung des Weltklimas hält die AfD für unbegründet und sie denkt auch nicht an einen sparsameren Umgang mit Energie und Ressourcen - im Gegenteil, sie beklagt sogar noch, dass „Autofahrer auf Deutschlands Straßen durch immer mehr und nicht nachvollziehbare Geschwindigkeitsbegrenzungen behindert“ werden, und fordert „Freie Fahrt für freie Bürger“.<sup>208</sup>

Der Glaube an den technischen Fortschritt geht bei der AfD mit einem rückschrittlichen patriarchalischen Familienbild einher. Vor allem verabscheut sie „die vom ‚Gender-Mainstreaming‘ propagierte Stigmatisierung traditioneller Geschlechterrollen“ und die Geringschätzung derjenigen Frauen, die ‚nur‘ Hausfrauen und Mütter sind. „Die Gender-Ideologie marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und wirkt damit traditionellen Wertvorstellungen und spezifischen Geschlechterrollen in den Familien entgegen.“<sup>209</sup>

Das Eintreten der AfD für eine Rückkehr zur patriarchalischen Geschlechterhierarchie ist Teil ihrer „aktivierenden Familienpolitik“, mit der sie „eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung“ erreichen will. Auf den demografischen Wandel reagiert sie mit der fremdenfeindlichen Parole „mehr Kinder statt Masseneinwanderung ... hauptsächlich aus islamischen Staaten“. Der ihr verhassten „Ideologie des Multikulturalismus“ und insbesondere der Zuwanderung aus islamischen Ländern stellt sie eine „deutsche Leitkultur“ entgegen, die für sie aus der „religiösen Überlieferung des Christentums“ sowie aus der in Renaissance und Aufklärung verwurzelten „wissenschaftlich-humanistischen Tradition“ bestehe. Dabei verdrängt die AfD zum einen, dass nicht nur das Christentum, sondern auch das Judentum und der Islam wesentlich zu den Grundlagen der sog. Abendländischen Zivilisation beigetragen haben. Zum Kern aller drei Religionen gehört, nebenbei bemerkt, die Bereitschaft, Fremde nicht auszunützen (2. Mose 22.20). Und vor Christus handeln diejenigen gerecht, zu denen er sagen kann: „Ich war fremd und obdachlos, und ihr habt mich aufgenommen.“ (Matthäus 25.35) Zum anderen blendet die AfD die Tatsache aus, dass der moderne Kapitalismus die kulturschöpferischen Kräfte aller drei (und anderer) Religionen ausgehöhlt und *alle* Menschen zutiefst in ihrer Würde beschädigt hat - u.a. in der arabischen Welt, aus der das Öl für den westlichen Lebensstandard und für die von der AfD geforderte „Freie Fahrt für freie Bürger“ und auch viele Geflüchtete kommen.<sup>210</sup>

---

<sup>208</sup> Alternative für Deutschland (2016), S. 156 - 164 („Schluss mit der ‚Klimaschutzpolitik‘“ und mit dem EEG, überhasteter Atomausstieg und Fracking) und 183 (Automobilität).

<sup>209</sup> Alternative für Deutschland (2016), S. 80 - 87, 103 und 107 - 109 (patriarchalisches Familienbild).

<sup>210</sup> Alternative für Deutschland (2016), S. 81 - 82 (aktivierende Familienpolitik gegen Masseneinwanderung) und 92 (deutsche Leitkultur). - Vgl. auch Michael Lüders (2015).

Diese für Krisenzeiten typische, sich auf archaische Familien- und Volkszugehörigkeiten, auf Heimat und Traditionen sowie auf Geschichtsrevisionismus und Verschwörungsphantasien<sup>211</sup> verengende Weltsicht der AfD und auch der NPD ebenso wie des französischen Front National und rechtspopulistischer Parteien in anderen Ländern zeigt sich auch im sog. Ethnopluralismus, der Fremde nur ‚respektiert‘, solange sie – wie in einem Zoo durch Grenzzäune voneinander getrennt – sich von ‚unserem‘ Revier fernhalten und in ‚ihren‘ jeweiligen Herkunftsländern bleiben. Dabei werden das gemeinsame Menschsein *aller* Menschen und der Umstand ausgeblendet, dass die ungerechten und unfriedlichen Strukturen der kapitalistischen Weltwirtschaft *allen* auf dieser Erde lebenden Menschen materiell-seelisch-geistige Wunden zufügen. In allen Ländern, besonders in Kriegsgebieten außerhalb Europas und Nordamerikas, sind viele von ihnen so großen existenziellen Nöten ausgesetzt, dass ihnen nur der schwere Entschluss zur Flucht bleibt.

Der solchermaßen beschränkten Weltsicht der AfD entspringt auch ihre Forderung, den Waffenbesitz von Bürgern nicht einzuschränken. Will sie damit das Treiben von sog. „Bürgerwehren“, „Reichsbürgern“ und anderen gewaltbereiten Rechtsextremisten begünstigen?<sup>212</sup> Schließlich will sie den Schutz der Staatsgrenzen verstärken, im Hinblick auf „deutsche Sicherheitsinteressen“ die Bundeswehr durch eine Rückkehr zur allgemeinen Wehrpflicht stärken, das Grundrecht auf die Kriegsdienstverweigerung auf nicht näher definierte Ausnahmefälle beschränken und die „unverzichtbaren nationalen wehrtechnischen Fähigkeiten“ durch moderne Rüstungstechnologien steigern<sup>213</sup> - während gleichzeitig Menschen aus Afrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten vor Hunger, Gewalt und Kriegen flüchten und obendrein auf der Flucht oftmals im Mittelmeer ertrinken oder schon in der Sahara ums Leben kommen! Bewundernswert ist darum die von Menschen wie der Kapitänin Carola Rackete mit ihrer Crew und von Hilfsorganisationen wie „Sea-Watch“ gezeigte Zivilcourage bei der Rettung von Menschenleben.<sup>214</sup>

Die Auffassung der AfD, dass eine „großzügige Asylgewährung“ zu einer „ra-santen unaufhaltsamen Besiedelung Europas, insbesondere Deutschlands, durch Menschen aus anderen Kulturen und Weltteilen“ führe, erinnert in fataler Weise

---

<sup>211</sup> Vgl. hierzu Richard Stöss (2010) und Samuel Salzborn (2015).

<sup>212</sup> Zu den Reichsbürgern vgl. Katja Riha & Clemens Riha (2017). - Was für erschütternd widerwärtige Formen die rechtsextreme Propaganda mittlerweile annimmt, zeigt beispielhaft der Bericht „Nazi-Propaganda bei Daimler-Mitarbeitern“ im politischen Magazin „Report Mainz“ im Juli 2019; aber der Website <https://www.youtube.com/watch?v=4sxLKmyZhVA> (Zugriff: 31.7.2019).

<sup>213</sup> Alternative für Deutschland (2016), S. 51 (privater Waffenbesitz), 53 (Grenzschutz), 59 - 63 (Militärpolitik).

<sup>214</sup> Vgl. die ARTE-Dokumentation „Türsteher Europas - Wie Afrika Flüchtlinge stoppen soll (2018); auf der Website <https://www.youtube.com/watch?v=jDuLeGG43YU> (Zugriff: 20.5.2019). - Carola Rackete (2019), besonders S. 32 - 35 und 39 - 42.

an die NS-Ideologie vom „Volk ohne Raum“.<sup>215</sup> Sie verkennt sowohl die Rolle des sog. ‚christlichen Abendlandes‘ bei der Entstehung von Fluchtursachen in anderen Teilen der Welt als auch die dringende Notwendigkeit der Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung einschließlich der Verunmöglichung einer Auswanderung von Kapital in Billiglohnländer und Steueroasen. Davon ist bei der AfD jedoch keine Rede. Sie will sogar das „Steuer- wie auch das Bankgeheimnis“ vollumfänglich wiederherstellen. Hinsichtlich einer Bekämpfung von Fluchtursachen, „die für die westliche Wirtschaft zunächst Nachteile mit sich bringen könnte“ (!), reichen Vorstellungen der AfD nur bis zu einem „Exportstopp für hochsubventionierte landwirtschaftliche Erzeugnisse nach Afrika“. Und das Asylrecht will sie im Sinne einer „gesteuerten Einwanderung“ auf höher qualifizierte Zuwanderer beschränken, d.h. eine von wirtschaftlichen Interessen bestimmte Selektion betreiben.<sup>216</sup>

Das Programm der AfD enthält keinen einzigen klar durchdachten Programmpunkt, sondern es ist ein Gebräu aus neoliberaler Ideologie, aus frauen- und fremdenfeindlichen Ressentiments und aus „antiaufklärerischen Weltdeutungsansätzen“ (Samuel Salzborn<sup>217</sup>). Unter dem Dach ihrer Programmatik sammeln sich im Übrigen nicht nur Rechtskonservative, sondern unzählige Rechtsextremisten und ihre vielfältigen Netzwerke, deren Leitfigur der aus Hessen nach Thüringen ‚migrierte‘ Björn Höcke geworden ist und die Unmengen von Hass und Hetze in den sog. Sozialen Medien verbreiten. Diese Netzwerke reichen bis in die Polizei und in die Bundeswehr, wo hochrangige Sicherheitskräfte schon einen Staatsstreich am Tag X vorbereiten.<sup>218</sup>

Statt auf die Unterminierung der Rechtsstaaten und der EU, besonders ihrer Agrarpolitik, durch wirtschaftliche Macht mit der Forderung nach einer Zurückdrängung der Macht zugunsten einer Stärkung des Rechts zu reagieren, strebt die AfD lediglich nach einer Stärkung der *National*staaten. Die rechtspopulistischen bzw. rechtsextremistischen Ideologien in Deutschland<sup>219</sup> und zahlreichen anderen Ländern sind gleichsam ein Spiegelbild der strukturellen Schizophrenie der real existierenden ‚Normalität‘ und sie sind längst nicht mehr nur an den Rändern

---

<sup>215</sup> Alternative für Deutschland (2016), S. 117 (unaufhaltsame Zuwanderung aus anderen Teilen der Welt). - Zur NS-Programmatik vgl. das Kap. 8.6.2 im vorliegenden Buch. - Vgl. hierzu auch die Vorstellungen der rechtsextremen Partei „Der Dritte Weg“ von einer „raumgebundenen Wirtschaft“; auf der Website

[http://www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/63/Zehn\\_Punkte\\_Programm.html](http://www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/63/Zehn_Punkte_Programm.html) (Zugriff: 12.11.2016).

<sup>216</sup> Alternative für Deutschland (2016), S. 116 - 123 (Zuwanderung aus anderen Weltteilen) und 149 (Steuer- und Bankgeheimnis).

<sup>217</sup> Samuel Salzborn (2016), S. 94. - Zum 144-Punkte-Programm des französischen Front National vgl. Nikos Tsermias (2017) und Christoph Titz (2017).

<sup>218</sup> Vgl. hierzu Michael Würz (2019) und die ZDF-Dokumentation „Angriff von innen – Die Umsturzpläne rechtsextremistischer Sicherheitskräfte“ von Dirk Laabs auf der Website

<https://www.zdf.de/dokumentation/zdfzoom/zdfzoom-angriff-von-innen-100.html> (Zugriff: 15.4.2020).

<sup>219</sup> Vgl. zur gesamten Neuen Rechten auch Andreas Speit Hrsg. (2018) sowie Andreas Speit & Andrea Röpke (2019).

der Gesellschaft anzutreffen, sondern in alle Bevölkerungsschichten vorgedrungen. Diese Ideologien sind ein äußeres, um nicht zu sagen oberflächliches und vielleicht auch hilfloses Symptom für die innere Unordnung des Denkens in der kapitalistisch deformierten Marktwirtschaft. Mit ihrem angeblich „intelligenten Protektionismus“ bis hin zur Autarkie und zum Bau von Mauern ändern diese Ideologien nichts an den falschen wirtschaftlichen Grundstrukturen und sie zementieren darin nur die soziale Ungleichheit.

Die ‚Normalität‘ der kapitalistischen „Hyperglobalisierung“ (Peter Ulrich<sup>220</sup>) wird auch nicht dadurch erhaltenswerter, dass sie nach dem Abklingen der linken Globalisierungskritik an TTIP, CETA & Co. nunmehr immer stärker von rechts bekämpft wird. In Anbetracht der um sich greifenden Tendenzen zur protektionistischen Abschottung von *Nationalstaaten* ist es zweifellos notwendig, inmitten der falschen Verhältnisse realpolitische Vorkehrungen zum Schutz der Gesellschaft vor jeglichem Extremismus zu treffen. Jedoch kann dieser Schutz durch Aufklärung über rechte Ideologien und Aussteigerprogramme erst dann wirklich erfolgreich werden, wenn dem Extremismus jeglicher Couleur der Nährboden durch eine Transformation der kapitalistisch überdrehten Globalisierung in eine stärker regionalisierte und zugleich frei und offen bleibende, aber gerecht geordnete Weltwirtschaft entzogen wird, wenn also die „zerbrechliche Freiheit“ (Fritz Stern) gefestigt wird, indem sie innerhalb der Länder und weltweit in eine gerechte Rahmenordnung einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ eingebettet wird.

---

<sup>220</sup> Peter Ulrich (2016).